Nr. 62. Vorort-Ausgabe. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Auf zum 18. März!

Am 18. März begeht das deutsche Proletariat die Gedenkfeier der Freiheitskämpfe des Jahres 1848. Die damalige Revolution war die des deutschen **Bürgertums** — obgleich die Arbeiterklasse ihre Kerntruppen stellte. Aber das deutsche Bürgertum verleugnet heute die Taten seiner Vorfahren. Es ist satt und reaktionär geworden und bekämpft heute die politischen Freiheiten, für die es im Jahre 1848 das Volk sein Blut verspritzte!

Das Bürgertum hat sich seitdem in der Aera des sich mächtig entfaltenden Kapitalismus gewaltig bereichert. Es ist zur **Bourgeoisie** geworden, zu einer privilegierten Klasse, die sich mit der älteren privilegierten Klasse, dem Junkertum, ausgesöhnt hat, um mit vereinter Macht die politisch und wirtschaftlich entrechtete Klasse der Nichtbesitzenden und Ausgebeuteten, des **Proletariats, niederzuhalten.**

So ist das Erbe der ehemaligen politischen Ideale des Bürgertums auf die Arbeiterklasse übergegangen. Die historische Aufgabe des Proletariats ist es, jene Volksrechte, die das Bürgertum mit Hülfe der Arbeiterklasse im Jahre 1848 bereits auf kurze Dauer gewann, dann aber durch seinen Mangel an Tatkraft wieder verlor, **nunmehr von neuem zu erringen und für alle Zeiten zu sichern!**

Die Märzfeier des Proletariats gilt nicht den Toten, sondern den Lebenden! Die Erinnerung an die Freiheitskämpfe des aufstrebenden Bürgertums und die schmählichen Streiche der feudalen Reaktion soll für die Arbeiterklasse eine Mahnung sein, ihrer geschichtlichen Gegenwartsaufgabe zu gedenken! Die Märzerinnerungen sollen dem deutschen Volke sagen, daß es endlich Zeit geworden ist, die alte, längst verfallene Schuld der herrschenden Klasse an die entrechteten Klassen einzutreiben!

Die Märzfeier soll eine

Wahlrechtsdemonstration

sein, ebenso wuchtig, wie die des 21. Januar!

Diese erneute Demonstration soll der herrschenden Klasse zeigen, daß sie sich bitter verrechnet, wenn sie wähnt, der Wahlrechtskampf des Proletariats werde allmählich erlahmen. Sie soll zeigen, daß die Arbeiterklasse ihre Rechtlosigkeit in Preußen als empörende Schmach empfindet. Sie soll die **Zähigkeit** und **Unablässigkeit** des proletarischen Ansturmes gegen die Dreiklassenschmach beweisen. Sie soll die Armee des Proletariats nach innen und außen stärken, sie soll den **Kampf befeuern** und den **Sieg vorbereiten!**

Auf zum Massenprotest!

200 Millionen!

Die zur Prüfung der Stengelschen Steuerprojekte eingesetzte Kommission, die am Mittwoch letzter Woche die erste Lesung beendet hatte, nimmt heute ihre Beratungen wieder auf. Ein ansehnlicher Teil der Steuervorschläge, den in ihrem Eifer, neue Steuerquellen zu erschließen, die Vertreter der nach Besitz maßgebenden Parteien in die Kommission eingebracht haben, ist in erster Lesung unerledigt geblieben, darunter die Vorschläge der Einführung einer Plakat-, Inserat-, Zechenstillegungs-, Rentenschuldverschreibungs-, Aktien- und Kuxensteuer; ein anderer Teil, wie zum Beispiel die Anträge auf Einführung einer Kohlen-, Tantiemen-, Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer, ist abgelehnt worden. Dennoch hat die Kommission, wenn man lediglich die Steuermenge, nicht die Qualität in Betracht zieht, ein recht beträchtliches Stück Arbeit geleistet.

Die Brausteuer, die nach dem Stengelschen Projekt 67 Millionen Mark an jährlichem Mehrertrag bringen sollte, ist zwar so ermäßigt, daß sie nach dem Voranschlag nur 26 Millionen Mark ergeben dürfte und von dem Tabaksteuerprojekt ist fast nichts übrig geblieben; aber die Zigarettensteuer wird auch in der von der Kommission veränderten Form (der Banderolensteuer) den vom Reichsschatzamt geforderten Betrag von 15 Millionen Mark liefern, und auch die Stempelsteuern werden in der Fassung, welche die Kommission beschlossen hat, nicht viel weniger einbringen, als die Regierungsvorlage verlangte. Die Regierung veranschlagte den Ertrag der von ihr dem Reichstag vorgeschlagenen Stempelsteuern auf 72 Millionen Mark, und zwar sollte hiervon die Frachturkundensteuer 41, die Quittungssteuer 16, die Automobilsteuer 3 und die Fahrkartensteuer 12 Millionen Mark bringen. Angenommen hat die Steuerkommission nur die Automobilsteuer. Die Quittungsstempelsteuer ist ganz gefallen, und die Frachturkundensteuer ist derartig beschränkt und verändert worden (Landungs- und Schiffsfrachtstempel), daß ihr Ertrag sich nur auf etwa 17 Millionen stellen dürfte. Dafür hat aber die Kommission durch den von ihr gefaßten Beschluß eines Kilometerzuschlags auf Personenfahrkarten die Fahrkartensteuer beträchtlich erhöht, so daß nach den vorläufigen Berechnungen der Ertrag statt auf 12 sich auf 50, vielleicht auf 55 Millionen Mark stellen dürfte.

Ferner wird die Reichserbschaftssteuer nach den Beschlüssen der Kommission einen beträchtlichen Mehrertrag abwerfen. Zwar hat die Steuerkommission die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und direkte Nachkommen (Kinder und Enkel) abgelehnt und außerdem auch die an Eltern, Stiefkinder, Adoptivkinder, Geschwister, Großeltern, Stiefeltern, Schwiegereltern und Schwiegerkinder fallenden Erbschaften größtenteils der Besteuerung entzogen; und überdies haben eine Anzahl Privilegien für den ländlichen Grundbesitz Aufnahme in das Gesetz gefunden, z. B. soll für alle Grundstücke, die land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, ein Viertel des Betrages der Erbschaftssteuer nicht erhoben und weiter der Steuerbetrag nicht nach dem wirklichen Wert der Grundstücke, sondern nach dem sogenannten Ertragswert d. h. den 25fachen Betrag des Reinertrages berechnet werden; aber trotz aller dieser und verschiedener anderer den Agrariern zugestandenen Vergünstigungen wird immerhin die Erbschaftssteuer dem Reich nach Abzug der Rückvergütung an die einzelnen Bundesstaaten 54 statt 48 Millionen Mark jährlich einbringen.

Es ergeben sich also folgende Veränderungen. Es bringt:

	nach der Regierungsvorlage	nach den Kommissionsbeschlüssen
die Brausteuer . .	67 Millionen Mark	26 Millionen Mark
„ Tabaksteuer . .	28 „ „	— „ „
„ Zigarettensteuer .	15 „ „	15 „ „
„ Stempelsteuer .	72 „ „	70 „ „
„ Erbschaftssteuer .	48 „ „	54 „ „
	230 Millionen Mark	165 Millionen Mark

Der aus den veränderten Vorlagen zu erwartende Ertrag bleibt also um ungefähr 65 Millionen Mark hinter der Summe zurück, welche die Regierung zur angeblichen „Sanierung" der Reichsfinanzen fordert. Allerdings wird die Fahrkartensteuer in der Fassung, die ihr die Kommission gegeben hat, kaum von der Regierung, noch vom Reichstage akzeptiert werden. Sie wird voraussichtlich eine wesentliche Ermäßigung erfahren. Dagegen erscheint als nicht ganz ausgeschlossen, daß die Brausteuer doch noch nachträglich um 4 bis 5 Millionen Mark erhöht wird und ebenso der Einfuhrzoll für sogenannte Importzigarren.

Indes hat sich bekanntlich die Steuerkommission nicht darauf beschränkt, die Stempelsteuerprojekte ihren Absichten entsprechend umzugestalten, sondern sich zugleich nach Ersatz für den Ausfall umgesehen. In der Befürchtung, die Regierung könnte, um den Fehlbetrag zu decken, eine Reichseinkommen- oder eine Reichsvermögenssteuer fordern, also Steuern, die in der Hauptsache die Vermögenden aufzubringen hätten, hat sich die konservativ-klerikal-nationalliberale Mehrheit der Steuerkommission selbst auf die Steuersuche gemacht. Als Ergebnis ihrer Findigkeit offeriert sie der Regierung folgende Ersatzsteuern:

Fabrikatstempel für Ansichtspostkarten . . .	10	Millionen Mark
Portoerhöhung für Postkarten und Drucksachen im Ortsverkehr	12	„ „
Stempel für unausgefertigte Aktien	4	„ „
Reform der Maischraumsteuer	10	„ „
Wehrsteuer	20	„ „
Ausfuhrzoll auf Kali und Lumpen	10	„ „
	66	Millionen Mark

Es ist also der Fehlbetrag völlig gedeckt; doch hat ein Teil dieser schönen Steuervorschläge kaum Aussicht, Gesetzeskraft zu erlangen, z. B. nicht der Vorschlag einer Wehrsteuer und eines Kaliausfuhrzolles. Dagegen werden voraussichtlich Reichstag und Regierung für eine Reform der Maischraumsteuer, eine geringe Erhöhung der Ortstaxe im Postverkehr und eine Fabrikatsteuer auf Ansichtspostkarten zu haben sein. Demnach werden vielleicht aus diesem der Regierung von der Kommissionsmehrheit dargebotenen duftenden Steuerbukett noch einige Blüten im Gesamtwerte von 25 bis 30 Millionen Mark herausgezupft werden; so daß insgesamt die Regierung zu einer jährlichen Mehreinnahme von ungefähr 190 bis 200 Millionen Mark gelangt.

Und mit diesem Mehrertrag wird sie sich großmütig bescheiden — wenigstens vorläufig. Mit solcher Summe vermag sie nicht nur die beabsichtigten Flotten- und Heeresvermehrungen, sondern auch die anderen ihr am Herzen liegenden Pläne auszuführen: die Beseitigung der in den letzten Jahren zur Usance gewordenen Unterbilanzen des Reichshaushalts, die Regelung des Militärpensionswesens, Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten usw. Zudem greift die Annahme der Regierung, daß in den nächsten Jahren die Zollerträge aus dem neuen Zoll- und Vertragstarif nur um ungefähr 25 Millionen Mark steigen werden, entschieden zu niedrig. Die Mehreinnahmen aus den neuen Zöllen werden sich voraussichtlich nach Verlauf der Uebergangszeit erheblich höher stellen. Und sollte wirklich der Mehrertrag nicht reichen, dann bietet sich noch immer als Aushülfe das Mittel einer stärkeren Heranziehung der Matrikularbeiträge.

Die Regierung erhält also alles bewilligt, was sie verlangt, bis auf die für die Tilgung der Reichsanleiheschuld geforderten jährlichen 21 Millionen Mark. Um diese aber wird sie sich schwerlich grämen. Zwar heißt es in der offiziellen Begründung der Stengelschen Steuerpläne:

„In desto höherem Maße wird eine feste Tilgungspflicht als geboten anzuerkennen sein, wenn, wie im Reiche, die Anleihezwecke überwiegend keinen unmittelbaren Ertrag abwerfen. Das bisher im Reiche beobachtete Verfahren heißt die Zukunft zur Ungebühr belasten, die Nachkommen an den Erfordernissen der Gegenwart mittragen lassen, obwohl nach menschlichem Ermessen auch ihnen insbesondere für die Aufrechterhaltung der Wehrkraft des Reiches ständige und große Aufgaben zu erfüllen obliegen werden."

Doch hat diese Aeußerung nur den Zweck, den schönen Titel „Reichsfinanzreform", den man der Steuerschröpfung beigelegt hat, wenigstens etwas zu rechtfertigen. Wenn nicht, dann nicht. Der Hauptzweck der ganzen Aktion war für die Regierung von vornherein nicht die „Sanierung" der Reichsfinanzen, sondern die Erlangung neuer Mittel für die Flotten- und Heeresrüstung, wie sie denn auch von den geforderten 230 Millionen Mark gleich von Anfang an mehr als die Hälfte für Heeres- und Flottenvermehrungen bestimmt hatte. Diesen Zweck hat sie erreicht; das weitere wird sich nach ihrer Ansicht finden.

Die Revolution in Rußland.

Die Kompetenzen der Duma.

Der § 32 des neuen Gesetzes über die Gosudarstwennaja-Duma besagt, daß die „Grundgesetze des Staates" der Kompetenz der Duma nicht unterliegen. Diese „Grundgesetze" enthalten unter anderem Bestimmungen, laut denen die Hauptkonfession in Rußland die rechtgläubige Kirche ist (§ 40), der Zar der rechtgläubigen Kirche angehören muß (§ 41) und er das Haupt dieser Kirche ist (§ 42). Fernerhin besagen die Grundgesetze, daß der Zar Selbstherrscher ist und nur durch seine Bestätigung ein Gesetz in Kraft treten kann.

Außerdem werden auf Grund des § III des Gesetzes über die Reform des Reichsrates folgende Angelegenheiten der Kompetenz der Duma entzogen.

1. Der Kassenbericht des Finanzministers.
2. Die jährlichen Berichte der Staatsbank, der staatlichen Sparkassen, der staatlichen Bodenbank des Adels und der Bauernbank.
3. Die Berichte der Petersburger und Moskauer Leihkassen.
4. Fideikomiß-Angelegenheiten.
5. Die Bestätigung der Ehrentitel.
6. Die Untersuchungen betreffend die Verantwortung wegen Dienstpflichtverletzung seitens der Mitglieder des Reichsrates, der Minister, Generalgouverneure und des Chefs der Zivilverwaltung im Kaukasus, sowie die Ueberweisung anderer höherer Beamten an die Gerichte wegen Pflichtverletzungen.

Der Hunger.

Die Hungersnot wächst. Aus Tula wird gemeldet, daß die Bauern des Gouvernements ihre Strohdächer abdecken, um sie als Viehfutter zu verwerten. Die Not ist außerordentlich groß. Der Futtermangel berührt nicht nur die Bauern, sondern auch die Gutsbesitzer. So sind mehrere Pferde des reichen Gutsbesitzers Fürst Urussoff verhungert.

Aus dem Bezirk Jelissawetgrad wurde mehrfach der Ausbruch von Hungertyphus, Skorbut und anderen Epidemien gemeldet. Die Ziffern der Opfer sind sehr hoch. In einem einzigen Bezirke des Gouvernements leiden von 600 000 nichts weniger als 250000 Hunger, d. i. mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Statt die Hungersnot zu lindern, bietet die Regierung alles auf, um sie zu erschweren, indem sie jede private Hülfstätigkeit aufs schärfste kontrolliert und auf diese Weise oft behindert. Es kommt nicht selten vor, daß die Behörde öffentliche Volksspeiseanstalten als „politisch" verdächtig schließt.

Zum Fall Gapon.

Die „Russische Korrespondenz" meldet: Gapon richtete an den Petersburger Privatdozenten W. Gribowsky ein Schreiben, in dem er um die Konstituierung eines Schiedsgerichts bezüglich der letzten Anschuldigung gegen ihn bittet. Zuvor soll ein „Vermittelungsbureau" gebildet werden, dessen Aufgabe die Einsetzung der Richter sein soll. In diesem Bureau wäre ihm sehr erwünscht, außer dem Privatdozenten Gribowsky noch folgende Herren zu sehen: 1. den Akademiker K. K. Arsenjew, 2. Professor P. N. Miljukow, 3. den Schriftsteller S. N. Prokopowitsch, 4. N. J. Jordansky, 5. den Rechtsanwalt W. J. Dobrowolsky und 6. den Privatdozenten W. W. Swiatlowsky. Alle hier verzeichneten Herren sind prinzipiell bereit, in das Bureau einzutreten. Unter ihnen befinden sich Angehörige verschiedener politischen Richtungen, die sozialdemokratische nicht ausgenommen. Außerdem erfreuen sich fast alle einer großen Popularität in den gebildeten Klassen. Somit ist die Autorität des Richtspruches vollkommen gesichert.

Neue Gärung in Moskau.

Petersburg, 14. März. (Von einem besonderen Korrespondenten des W. T. B.) Der Kommandeur des Gendarmerie-

korps hat gestern angeordnet, daß Eisenbahngendarmerie die Postzüge begleitet.

In Twer ist gestern der Befehl eingetroffen, das dortige Dragoner-Regiment mit Artillerie nach Moskau zu entsenden.

Moskau, 14. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wegen erregter Stimmung unter den Eisenbahnangestellten wird der Nikolaibahnhof militärisch bewacht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Vereinsunrecht und — Revolutionsparagraph.

Für den deutschen Reichsbürger ist es ein ansehnliches Stück Arbeit, sich mit den verschiedenartigen, oft sich widersprechenden Gesetzen der 26 Bundesstaaten, die den Inbegriff des preußisch-deutschen Reiches bilden, bekannt zu machen. Viele Gebiete des öffentlichen Lebens weisen infolge der Verschiedenartigkeit der Landesgesetze eine Zerrissenheit auf, die ein blutiger Hohn auf die Einheit des Reiches ist. Vor allem macht sich dies bemerkbar an Angelegenheiten, in die mit Vorliebe die Polizei ihre Finger steckt, wie z. B. in Vereins- und Versammlungsangelegenheiten.

Die freisinnigen Parteien haben für den heutigen Schwerinstag einen Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechtes für Frauen durch Reichsgesetz beseitigt werden. Der weitergehende Initiativantrag der Sozialdemokratie fordert Vereins- und Versammlungsfreiheit für alle. Aber dieser Antrag war nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt worden, er wird also später beraten werden. Der freisinnige Antrag bedeutet günstigenfalls eine Flickerei am Vereins- und Versammlungsrecht, die zunächst die völlige Rechtlosigkeit speziell der preußischen Frauen im Vereinsleben beseitigen soll.

Die Abgeordneten Pachnicke und Bassermann begründeten den Antrag nach dem bekannten Worte: Kommt den Frauen zart entgegen — ihre Argumente für den Antrag waren mehr süßlicher Art, während die Abgeordneten Müller-Meiningen und Genosse Sindermann kräftigere Töne anschlugen. Letzterer legte dar, daß es höchste Zeit ist, endlich mit dem Tohuwabohu, das die verschiedenen Vereinsgesetze hervorrufen, aufzuräumen. Dahin zielt der sozialdemokratische Antrag. In der Abstimmung wurde dann der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Etwas lebendiger gestaltete sich die darauf folgende Beratung des Antrages der polnischen Fraktion, den § 130 des Reichsstrafgesetzbuches zu ändern, auf Grund dessen die germanisierenden Staatsanwälte in Deutsch-Polen die polnische Agitation im ausnahmegesetzlichen Sinne verfolgen. Die Gerichtsurteile, die der Abgeordnete Chrzanowski verlas und die Ansichtskarten, die er auf den Tisch des Hauses niederlegte, erinnern an die Verfolgung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz; diese Verfolgung ragt in unsere Zeit hinein, wie aus einer Jahrhunderte hinter uns liegenden Zeitperiode. Der polnische Redner erhielt für seine scharfe Kritik der Gerichtsurteile ein paar Ordnungsrufe, die der Vizepräsident Graf Stollberg dem Redner wie einem Stallknecht entgegenschrie.

Genosse Stadthagen ergriff die Gelegenheit, die Anwendung des § 130 auch in anderen Teilen des Reiches speziell gegen Sozialdemokraten an einigen prononcierten Fällen als juristische Ungeheuerlichkeiten hinzustellen, die als Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu wirken geeignet sind. Die von den Polen beantragte Aenderung des § 130, der bezeichnenderweise von dem Abg. Porzig neulich als Revolutionsparagraph deklariert worden sei, genüge nicht, dieser zu Ausnahmezwecken dienende Paragraph der Klassenjustiz müsse beseitigt, vor allem aber der Klassenjustiz selber ein Ende gesetzt werden.

Auch die Abgeordneten Dove, freisinnig, Bachem, Zentrum und der Däne Jessen, der noch weitere Beispiele bekannt gab, wie zwieschlächtig § 130 des Reichsstrafgesetzbuches angewendet werde, wandten sich gegen die gerügte Rechtsprechung. Besonders Bachem verkündete in volltönenden Worten, die Justiz dürfe nicht Dienerin der Politik sein, und die bürgerlichen Parteien zollten ihm uneingeschränkten Beifall. Aber sie vergaßen oder übersahen dabei, daß die Justiz im Klassenstaat als ein Produkt der Klassenwirtschaft die Unparteilichkeit nicht pflegen kann, die man von ihr verlangt; sie wird günstigenfalls Urteile von weniger prononciertem Klassengeist, d. h. milder fällen, wenn sie anders organisiert ist. Ausgemerzt wird die Klassenjustiz erst mit der Beseitigung des Klassenstaates.

Der Antrag der Polen wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Morgen: Kolonialetat. —

Neue „Isolierung"?

Während es schon so aussah, als ob Frankreichs versöhnliche Haltung dazu beitragen werde, der marokkanischen Konferenz-Komödie bald ein Ende zu machen, kommen urplötzlich Meldungen, nach denen es den Anschein gewinnt, daß der diplomatische Karren sich in Algeciras wieder festzufahren im Begriffe sei. So verlautet: Die Kommission habe in ihrer gestern (Mittwoch) abgehaltenen Sitzung bezüglich der leidigen Polizeifrage keine rechte Verständigung zu erzielen vermocht. Und Wolffs Depeschen-Bureau meldet:

Köln, 14. März. (W. T. B.) Wie der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" in Madrid seinem Blatte telegraphiert, macht dort die Unnachgiebigkeit Frankreichs in der Bank- und der Polizeifrage den übelsten Eindruck. Der frühere spanische Minister Villanueva erklärte dem Korrespondenten, er hoffe, daß Deutschland nicht weiter nachgeben werde, da das Vorherrschen französischen Einflusses in der marokkanischen Staatsbank Spanien ebensowenig passen könne, wie das Alleinsein mit Frankreich im Polizeiwesen. Wie er, dächten viele spanische Patrioten. — Der Korrespondent führt ferner eine Anzahl spanischer Blätterstimmen auf, die sich in demselben Sinne äußern.

Es versteht sich von selbst, daß die französischen Diplomaten im Augenblick nicht die rechte Haltung finden; ist ihnen doch durch den Ministersturz und den Kabinettswechsel daheim ihre Aufgabe sehr erschwert. Sobald sie im Besitze von Informationen sind, von denen sie annehmen dürfen, daß sie durch das neue Ministerium gedeckt werden, wird ihre Situation wieder behaglicher sein. Wenig nobel ist es indessen, aus jenem Umstande Kapital zu schlagen, und Spanien hätte eigentlich die geringste Veranlassung, seinem Alliierten von gestern schon heute in den Rücken zu fallen.

Mosses „Berliner Tageblatt", dessen Politiker bekanntlich die Weisheit gepachtet haben, äußert sich zu der neuen Situation so töricht, wie es wohl kaum das chauvinistischste deutsche Blatt fertig bekommen dürfte. Es schreibt nämlich: „Erfreulicherweise ist diesmal nicht Deutschland, sondern Frankreich „isoliert". — Wir finden das durchaus nicht „erfreulich", sondern wünschten, daß dieses unaufhörliche Spiel mit seinen ständig wechselnden „Isolierungen" endlich zu Ende wäre und alle beteiligten Nationen sich wichtigeren Dingen in ihren resp. Vaterländern zuwendeten.

Um die tolle Geschichte noch toller zu machen, taucht schließlich folgendes Laffan-Telegramm auf:

London, 14. März. Der französische Botschafter in Bern sondierte, wie die „Tribune" meldet, die schweizerische Regierung, ob sie eine Beteiligung an der Organisation der marokkanischen Polizei übernehmen würde. Die Antwort lautete unbestimmt.

Es wäre natürlich der Gipfel des Unsinns, die unbedeutende Schweiz, das fünfte Rad am politischen Wagen, in die Affäre hineinzuziehen, und ein Telegramm, das die „Vossische Zeitung" hierzu aus Bern erhält, scheint uns die durch jenen törichten Vorschlag ausgelöste Stimmung richtig wiederzuspiegeln. Das Telegramm lautet:

Bern, 14. März. Die hiesigen amtlichen Kreise sind nicht besonders erbaut von dem Vorschlag, der Sultan solle aus drei Offizieren, die von der Schweiz oder den Niederlanden ernannt würden, den Generalinspektor aller Polizeitruppen bezeichnen. Die Schweiz möchte mit dieser heiklen Polizeisache offiziell am liebsten nichts zu tun haben, um nicht zu ihrem Nachteil in internationale Händel verwickelt zu werden. Wenn Schweizer privatim in Marokko Polizeidienste verrichten, läge der Fall für die Regierung ganz anders.

Manche hochwohlweise monarchische Regierung könnte von der kleinen Republik noch etwas lernen. —

Das Urteil des Auslandes über die deutschen Flottenrüstungen.

„The Rinetheenth Century and after" befaßt sich in ihrem Januar-Heft mit den deutschen Flottenrüstungen in einem Artikel betitelt: „Englisches Mißtrauen gegen Deutschland", aus dem wir folgendes herausheben: Die Ursache des Mißtrauens Englands gegen Deutschland ist die nicht zu rechtfertigende und übertriebene Vermehrung der deutschen Flotte. Die Zurückziehung der neuen Marineforderungen, die vor dem Reichstage sind, würde in weit besserer Weise die englisch-deutschen Beziehungen ändern als alle die Bemühungen und Aeußerungen der offiziösen Presse und der Diplomatie oder das Geschenk eines Kaiserbildes an einen der englischen Offizierklubs. Die Vermehrung der deutschen Flotte mit immer neuen Forderungen für Schiffsbauten muß einen Zweck, ein Ziel haben und kann nicht auf nichts begründet sein. Sicherlich sucht Deutschland nicht aus purem Vergnügen auf alle Weise unter großen Opfern eine mächtige Flotte sich zu bauen in dem Tempo, daß in den letzten Tagen die Zahl seiner Schiffsbauten der der englischen gleichkam. Und in der Tat ist dieses Ziel mehr oder weniger offen bekannt geworden. Man begann damit, durch den Mund des Kaisers zu bekräftigen, „daß ein größeres Deutschland jenseits des Meeres begründet werden müsse". Darauf fielen die Worte, „unsere Zukunft liegt auf dem Wasser", und „der Dreizack des Neptun gehört in unsere Faust", um schließlich zu der Behauptung zu gelangen, „daß keine Entscheidung in fernen Landen und jenseits des Ozeans ohne Deutschland und seinen Kaiser fallen dürfe". Und allerletzt kam nach der Revue in Reval gelegentlich der Kaiserzusammenkunft von Bord der kaiserlichen Jacht „Hohenzollern" das Signal an den Zaren, worin der deutsche Kaiser sich selbst als den „Admiral des atlantischen Ozeans" bezeichnete. Allerdings — sagt der Autor des Artikels — haben mit den neuen Dispositionen der englischen Admiralität alle diese Bekräftigungen aufgehört, aber die neuen deutschen Marineforderungen sind immerhin da.

Die „Fortnightly Review" macht in ihrem Januarheft unter dem Titel „Das deutsche Flottengesetz" zwei interessante Beobachtungen:

Das neue dem Reichstag präsentierte Flottenprogramm kann nicht anders als eine neue Herausforderung der englischen und französischen Seemächte betrachtet werden und gleicher Weise als ein gezwungenes Bekenntnis des Mißerfolges des Flottenprogramms von 1898, das 1900 erweitert wurde.

Die zweite Beobachtung ist die, daß dank dem vorschauenden Blick der englischen Admiralität bezüglich ihrer Schiffskonstruktionen in derselben Zeit die deutsche Flotte heute nicht mehr von England so zu fürchten sei wie im Jahre 1898, dem Erwachen Deutschlands zur See.

Der „New York Herald" kommt in einem vor mehreren Wochen in seiner Pariser Ausgabe erschienenen Artikel zu demselben Schluß:

„Die Erklärung für die Tatsache, daß England heut Deutschland nicht mehr zu fürchten hat, ist die, daß die deutsche Marineverwaltung das Geld für eine Unzahl kleiner, minderwertiger Schiffe (ungeschützte Kreuzer) verausgabte, während die englische Admiralität dank vorzüglicher Ingenieure gut armierte und geschützte Panzerschiffe baute. Der Kaiser und die Marinefachmänner sind sich nunmehr ihres Mißgriffes vollkommen bewußt geworden und danach zu dem Entschluß gekommen, mächtige Panzerschiffe zu bauen und hierfür Geld zu verlangen. Nun, da alle vorgängigen Anstrengungen nutzlos gewesen sind, wird Deutschland auch gezwungen sein, noch weitere hieran sich knüpfende Unkosten in Höhe von einer halben Milliarde etwa auf sich zu nehmen behufs Vergrößerung der Docks, Erweiterung der Werftanlagen, Vertiefung der Fahrrinnen und Häfen bis zur Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals, wenn man dessen strategischen Wert, der bei seiner Anlage betont wurde, aufrechterhalten will. Man muß sich gewärtig halten, daß England durch vorzügliche Maßnahmen seiner Admiralität im verflossenen Kabinett sich in einer außerordentlich günstigen Lage der deutschen Seemacht gegenüber befindet. Schritt vor Schritt hat es die deutschen Herausforderungen angenommen, und Schritt vor Schritt ist Deutschland geschlagen worden, wenngleich die Aufwendungen für die deutsche Flotte in dieser Zeit der Rivalität bereits um das Dreifache gestiegen — und noch ist kein Ende abzusehen." —

Deutschland im Aegäischen Meer.

Die Londoner „Daily Chronicle" macht darauf aufmerksam, daß Deutschland in seiner Politik der kommerziellen Eroberung des nahen Ostens nicht im geringsten nachläßt. Im September 1905 erhielt Deutschland eine Minenkonzession auf der Insel Thasos, die in den nördlichen Gewässern des Aegäischen Meeres liegt. Dieselbe Konzession war früher an Oesterreicher und Franzosen gewährt worden, die deshalb Einspruch erhoben und Schadenersatz erhielten. Die Thasos-Konzession hat aber auch eine politische Bedeutung. Die Insel kann eine gute Kohlen- und Flottenstation bilden. Wie man sagt, war der Sultan bereits im Begriffe, dort den Deutschen die Errichtung einer Kohlenstation zu gestatten, aber Sir Nicolaus O'Connor, der britische Botschafter in Konstantinopel, protestierte gegen ein solches Unternehmen.

Der diplomatische Kampf in Konstantinopel ist noch nicht zu Ende. Man erwartet, daß der Sultan den deutschen Vertreter siegen lassen wird, um die Rivalität zwischen England und Deutschland zu verschärfen und somit den Auflösungsprozeß der Türkei zu verlängern. Je größer die Eifersucht der an der orientalischen Frage interessierten Mächte, desto fester der Thron Abdul Hamids.

Thasos liegt etwa auf halbem Wege zwischen Saloniki und der Dardanellenöffnung, wenn auch etwas nördlich der Route. Die Insel hat einen bedeutenden strategischen Wert für das Mittelmeer und eventuell für den Bosporus. Der Kohlenstation wird selbstredend eine Flottenstation folgen, und diese wird in dem Maße an Stärke zunehmen, als die deutschen Interessen in Kleinasien und auf der Balkanhalbinsel wachsen. Dehnt sich Deutschland nach Saloniki aus, so wird dieses der Handelshafen und Thasos der Kriegshafen sein. —

* * *

Deutsches Reich.

Rosa Luxemburg in Warschau verhaftet.

Nach einer uns zugehenden Mitteilung ist die Genossin Rosa Luxemburg, die seit mehreren Monaten sich in Russisch-Polen befand, Anfang März in Warschau verhaftet und in das Stadtgefängnis gebracht worden. Eine bestimmte Anklage ist noch nicht gegen sie erhoben worden. Man scheint erst noch Anklagematerial zu suchen.

Wie aus einem hier eingetroffenen Briefe der Genossin Luxemburg hervorgeht, sind die Zustände in dem Gefängnis, in dem sie sich befindet, geradezu schauderhafte; sie teilt ihre Zelle mit 16 anderen Personen — Männer und Frauen —, zeitweilig befinden sich in derselben Zelle nicht weniger als 60 Personen. Die russische Barbarei tritt auch in dem Zustande der Gefängnisse in hellste Beleuchtung.

* * *

Aus leicht begreiflichen Gründen haben wir bisher unterlassen, unseren Lesern mitzuteilen, daß unsere Genossin und Mitarbeiterin Rosa Luxemburg schon seit Monaten in Polen weilt. Als im Dezember die Reaktion im Zarenreich mit vehementer Gewalt einsetzte, als die Freiheitskämpfer von den Schergen Nikolaus des Blutigen niedergemetzelt und massenweise ins Gefängnis geworfen wurden, als überall in die Reihen der Revolutionäre blutige Breschen gerissen wurden, da litt es sie nicht mehr in unserer Mitte, da hielt sie es für ihre Pflicht, ihre Person einzusetzen für ihre Ideale. Während die Tintenkulis der bürgerlichen Presse, von denen keiner unter diesen Umständen den gleichen Mut bekundet haben würde, in ihren Zeitungen und Witzblättern über sie höhnten und sie aufforderten, in Rußland ihre „blutigen Tiraden" anzubringen, setzte sie dort ihr Leben ein. Wir konnten und wollten damals auf das Gegeifer der Gegner, der konservativen wie der liberalen und viertelsozialistischen, nicht antworten; sehr oft ist uns aber der Zolasche Ausspruch eingefallen: „Quels gredins que les honnêtes gens!" (Was für Lumpen sind doch diese anständigen Leute!) Allerdings wurde die Gemeinheit dieser anständigen Herren Journalisten vielfach noch durch die Einfalt übertroffen, mit der sie immer wieder, wenn ein scharfer Artikel im „Vorwärts" erschien, darin „Rosas Spuren" entdeckten, obgleich sehr oft der Artikel nicht das geringste von der journalistischen Eigenart unserer verehrten Mitarbeiterin enthielt.

Hoffentlich erlangt unsere tapfere Mitkämpferin bald ihre Freiheit wieder. —

Caro ist Trumpf!

Die „Deutsche Tageszeitung" kann sich nicht genug tun, immer wieder und wieder auf „die neuesten Berliner Adligen" zurückzukommen. Die Nobilitierung der Herren aus dem Stamme Juda läßt der Junkerpresse keine Ruhe. Die Herrschaften, die unzählige Male bewiesen haben, daß sie ihre patentierte Königs- und Kaisertreue nach den Vorteilen bemessen, die ihnen durch die jeweilige Politik der Regierung zufallen, diese selben Herrschaften halten sich für die berufene Instanz, auf gewisse „Wechsel"-Beziehungen hinzuweisen, die der einen Seite allerlei Aufmerksamkeiten und der anderen zum Dank dafür Adelstitel und sonstige Auszeichnungen eintragen. Am Dienstag bringt die „Deutsche Tageszeitung" aus Mitteilungen des „Magistratsberichterstatters" u. a. folgendes:

„Fritz Friedländer und Dr. Georg Caro, zwei in Preußen sehr bekannte Geh. Kommerzienräte, sind vom Kaiser geadelt worden. Diese Auszeichnungen sind vielen nicht überraschend gekommen, haben aber, wie es scheint, hier und da, besonders in Kreisen, die dem Hofe fern stehen, Aufsehen erregt. Geh. Kommerzienrat Fritz v. Friedländer, der Höchstbesteuerte in Berlin, ist katholisch und besaß schon den Adelstitel eines ausländischen Staates seit längerer Zeit. Ob Herr v. Friedländer-Fuld an der Zehnmillionenspende zur Unterstützung jüngerer Offiziere beteiligt ist, wissen wir nicht. Dagegen ist uns bekannt, daß Herr v. Friedländer-Fuld und der protestantische Geheime Kommerzienrat Dr. v. Caro die deutsche Politik, besonders die preußische, durch Ankauf von polnischen Gütern wirksam unterstützt haben im Gegensatz zu preußischen Adeligen, die ihre Güter an Polen verkauft haben. (?) Wir wissen ferner, daß v. Friedländer-Fuld sehr viel für die Jagd in der Mark Brandenburg getan hat, und zwar seit Jahren, und daß er die Häuser am Pariser Platz neben dem Brandenburger Tore angekauft hat, nachdem die Stadt den Ankauf der Häuser zur Freilegung des Brandenburger Tores abgelehnt hatte. Diese Häuser sollen niedergelegt werden. In Verbindung mit diesem Plane steht das Projekt der Erbauung eines Tunnels vor dem Brandenburger Tore und eines Tunnels „Unter den Linden" zur Aufnahme der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn."

Weshalb das Agrarierblatt gerade die Stelle mit einem Fragezeichen versieht, an der erzählt wird, daß preußische Adlige ihre Güter an Polen verkauft haben, ist nicht recht klar. Aber diese „Anzweiflung" ist um so interessanter, als das Blatt der Prozentpatrioten dadurch indirekt zugibt, daß es alles andere glaubt. Also auch die Geschichte mit den Häusern am Brandenburger Tor.

Unter so bewandten Umständen haben wir natürlich keine Veranlassung, an dieser neuesten Form byzantinischer Liebesgaben-„Politik", bei der die Rollen ein wenig vertauscht sind, zu zweifeln. —

Sozialdemokratie und Hof.

Karlsruhe, den 14. März. (Eig. Ber.)

Als das Zentrum gegen die Wahl des Genossen Geck zum Vizepräsidenten der Zweiten badischen Kammer durch Abgabe weißer Zettel protestierte, wurde dem Zentrum entgegnet, daß das Verkehren im großherzoglichen Schloß eine Sache gegenseitiger Erwägungen sei. Die Cour des Kammerpräsidiums beim Großherzog, der wegen längeren Unwohlseins den üblichen Empfang auf den letzten Mittwoch verschoben hatte, hat diese Antwort gerechtfertigt. Sie Sache gestaltete sich, wie vorauszusehen war, so, daß der Präsident Dr. Wilckens und der erste Vizepräsident Zehnter vom großherzoglichen Hofmarschallamt mit einer Einladung zum Empfang beehrt wurden, während dies beim sozialdemokratischen Vizepräsidenten unterblieb. Die beiden eingeladenen Präsidenten hatten, wie es das Zeremoniell vorsieht, nach ihrer erfolgten Wahl sich beim Hofmarschallamt einschreiben lassen und sich so den Weg ins Schloß gebahnt. Dem Großherzog ist also das Unangenehme erspart geblieben, jemand zu sich zu rufen, der bei etwaigen politischen Auseinandersetzungen das Recht beansprucht haben würde, seine entgegengesetzte Anschauung geltend zu machen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß im Schloß zu Karlsruhe ein solcher Widerspruch nicht beliebt und gestattet ist. Das mußte einmal der neugewählte demokratische Abgeordnete Muser erfahren, als er bei seinem ersten — aber auch letzten — Besuch am Hofe einer ungnädigen Beurteilung seiner damals erschienenen Broschüre „Sozialistengesetz und Rechtspflege" entgegentreten wollte.

Heimarbeit.

München, den 14. März 1906. (Telegr. Ber.)

Das bayerische Oberhaus hatte sich am Mittwoch in seiner Plenarsitzung mit einem Beschlusse der Abgeordnetenkammer zu be-

fassen betreffend die Vornahme von Erhebungen über die Verhältnisse der Heimarbeiter, sowie die Errichtung von Gewerbegerichten in Gegenden mit ausgedehnter Heimindustrie. Schon im Ausschusse war es deswegen zu einer längeren Debatte gekommen in der Prinz Ludwig in einsichtsvoller und in den meisten Punkten zutreffenden Weise sich über die Lage der Heimarbeiter äußerte und dabei u. a. die Bemerkung machte, daß die Arbeiterschaft sich in der schrecklichsten Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern befinde und häufig von Zwischenhändlern (soll heißen Zwischenmeistern) in der gewissenlosesten Weise ausgebeutet werde.

In der Plenarsitzung am Dienstag zog namentlich der liberale Reichsrat und Advokat v. Auer gegen den Antrag los. Er meinte, die Kammer sei nicht dazu da, akademische Zustände zu schaffen. Die Heimarbeiter seien auch ganz zufrieden — was schon daraus hervorgehe, daß sie den Bestrebungen, sie aufzureizen, nicht Folge geleistet haben. Wenn man jetzt amtliche Erhebungen pflege, so bringe man die Heimarbeiter zu der Anschauung, daß sie sich wirklich in einer elenden Lage befänden. Bei dem Bestreben, die Verhältnisse dieser Arbeiter zu regeln, spiele der Umstand eine große Rolle, daß man die Konkurrenz der Heimarbeiter gegen die Fabrikarbeiter aus der Welt schaffen wolle. Auch wäre zu besorgen, daß man nicht bei den Heimarbeitern stehen bleiben werde, sondern daß man auch das Dienstbotenwesen und die landwirtschaftlichen Arbeiter einer solchen Regelung unterziehen wolle. Dennoch wurde der Antrag des Ausschusses angenommen.

Aus Buddes Reich.

Wie nervös die Eisenbahnbehörden werden, wenn sich die Oeffentlichkeit mit den Zuständen in Buddes Reich beschäftigt, illustriert so recht die famose „Berichtigung" der Eisenbahndirektion Erfurt, die wir vorgestern gutmütig zum Abdruck brachten und die die Wirkung unserer neulichen Illustration: „Wenn Eisenbahner bitten wollen" in Nr. 47 abschwächen möchte. Dabei bestätigt die „Berichtigung" nur den dargestellten Vorgang, von dem sie ja auch nicht ein Jota abzuleugnen wagt. Es sei rekapituliert: Der Arbeiterausschuß der Erfurter Eisenbahnwerkstätten wollte sich an den Minister um Lohnerhöhung wenden. Da belehrte ihn der Vorsteher, daß der Ausschuß „nicht das Recht" habe, sich ohne weiteres an den Minister zu wenden. Ein Arbeiter las darauf aus einer Rede Buddes vor, man könne sich bei den höchsten Stellen und „bei mir" beschweren. Er wurde vom Vorsteher wie folgt „belehrt": „Ach was! In einer Rede sagt man wohl manches und sonst etwas, was einen nachher gereut, oder was man sich nicht gleich überlegt hat." Dies entspricht durchaus den Tatsachen, die die Direktion dadurch abschwächen möchte, daß sie unserem Gewährsmann „mißverständliche Auffassung" unterschiebt und erzählt, was der Vorsteher sonst noch gesagt habe. Das „sonst noch" war auch uns bekannt, aber für die Oeffentlichkeit durchaus gleichgültig. Weniger gleichgültig dürfte sein, daß die verlesenen bösen Sätze aus einer von Budde gebilligten Eisenbahnerzeitung (die des Kasseler Verbandes) stammten, die die Rede Buddes wörtlich nach dem amtlichen Stenogramm gebracht hatte. Das lustigste aber ist, daß die Eisenbahnverwaltung in ihrer „Berichtigung", will sagen Bestätigung, den „Vorwärts" — selbst entschuldigt und betont, das berühmte „Mißverständnis" sei „um so erklärlicher", als die Darstellung „nicht von einer beteiligten Person herrührt". Im Interesse dritter wollen wir die Eisenbahndirektion bei dieser guten Meinung lassen, jedoch den Glauben müssen wir ihr mitleidslos zerstören, daß ihre „Berichtigung" eine Berichtigung sei. Es war eine vielsagende Bestätigung!

Vom militärischen Strafvollzug.

Stuttgart, 12. März. (Eig. Ber.)

Aus der von uns kürzlich berichteten Ulmer kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen den Militärunterarzt Dr. Knödler werden heute noch einige Einzelheiten berichtet, welche unsere dem Bericht angefügten kritischen Bemerkungen in jeder Beziehung rechtfertigen. So werden die Darstellungen des Dr. Knödler über das System der Ernährung der militärischen Gefangenen nahezu völlig bestätigt durch die Aussagen zweier militärischer Zeugen. Der erste von ihnen, der Gefängnisarzt Oberstabsarzt Dr. Neidert erklärte die Kost im Festungsgefängnis für ungenügend, was den Fettgehalt betrifft, und zwar ungefähr um die Hälfte der erforderlichen Menge. Ferner sei die Kost unpassend in bezug auf die Zusammensetzung, da sie fast ausschließlich aus Hülsenfrüchten besteht. Diese Kost sei zwar billig, sie koste 23 Pf. **pro Kopf und Tag**, habe aber infolge der unpassenden Zusammensetzung die Folge, daß sie dem menschlichen Organismus nicht in dem Maße zu gute kommt, wie es der Zahl des Nährwerts nach erscheinen könnte. Aber über das gegebene Maß dürfe nun eben mal nicht hinausgegangen werden. Dazu kommt noch, daß die Ausnützung der gereichten Kost vermindert wird durch den Mangel an Reizmitteln und an Abwechselungsmöglichkeit.

Der Gefängnisvorsteher Major Schreiber sagte aus: **Sein Menagefonds reichte nicht aus, um den Klagen des Sträflings über Hunger nachzukommen.** (!) Er habe zunächst dasjenige noch bekommen, was die anderen übrig gelassen haben; aber auch das habe auf eine Beschwerde der anderen Gefangenen unterbleiben müssen.

Wie das Urteil nach diesen gravierenden Aussagen der für die Gefängnisverwaltung von Ulm amtlich maßgebenden Persönlichkeiten noch davon reden konnte, daß der Artikel des Dr. Knödler nach seiner allgemeinen, das System kennzeichnenden Seite hin als übertrieben bezeichnet werden müsse, erscheine einem gewöhnlichen Laienverstande unfaßbar.

Ueber den körperlichen Zustand des betreffenden Gefangenen selbst sagten sämtliche Zeugen aus, daß er nach seiner Entlassung abgemagert und schwach war. Aus den Bekundungen des Vaters des Sträflings seien die Worte angeführt: „Wenn man ein **Stück Vieh so herumlaufen ließe** (wie seinen Sohn), **so käme man unter Polizeiaufsicht!**"

Der direkte Vorgesetzte des Sträflings nach seiner Entlassung, Hauptmann Jordan, erklärte, daß er ihn in die Revierkrankenstube geschickt und dort selbst die Anregung zur Verabreichung doppelter Portionen an den Sträfling gegeben habe, bevor er ihn auch nur leichten Dienst in der Kaserne habe tun lassen.

Diese neuen Mitteilungen über die Beweisaufnahme stellen die Angelegenheit denn doch in einem anderen Lichte dar als der erste, zugunsten der Militärverwaltung schönfärberisch gehaltene Bericht. Die Darstellung des Dr. Knödler ist durch die mitgeteilten Aussagen durchaus bestätigt worden. Insbesondere ist bewiesen, daß die körperliche Verfassung des Gefangenen nach seiner Entlassung keineswegs als die Folge eines selbstverschuldeten „Diätfehlers", sondern nur als die Folge einer viermonatigen Unterernährung und chronischen Erschöpfung bezeichnet werden kann. Es erscheint daher nötig, daß die in diesem Prozeß zutage getretenen Tatsachen über den militärischen Strafvollzug der parlamentarischen Erörterung unterzogen werden, da nur auf solche Weise ein Bruch mit dem System der an falschester Stelle geübten und für die Gesundheit der betreffenden Soldaten verhängnisvollen Sparsamkeit, die man schon mehr als Knauserei bezeichnen muß, erwartet werden kann. —

Soldatenschinder.

Am Montag stand der aus Siegen gebürtige, wegen Soldatenmißhandlung bereits vorbestrafte Sergeant Friedrich Ahlers von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 138 (Straßburg) vor dem Kriegsgericht der 14. Division in Düsseldorf. (Die Angelegenheit war vom Straßburger Kriegsgericht an dasjenige in Düsseldorf überwiesen worden, weil die Mehrzahl der zahlreichen Zeugen in Rheinland und Westfalen ansässig ist.)

Nach der Anklage soll Ahlers in 25 Fällen die Soldaten mit der Klopfpeitsche mißhandelt, in 16 Fällen geohrfeigt, und in über 100 Fällen soll er sie mit der Faust bearbeitet haben. Für seine Faustschläge wählte er sich das Kinn oder den Rücken des Mißhandelten; er kniff diejenigen, die mit dünnen Drillichjacken bekleidet waren, in das Fleisch, meistens in die Brust, so daß große Schmerzen entstanden. Am glühenden Ofen ließ dieser Stellvertreter Gottes die Soldaten, mit **zwei** Mänteln, mit Helm und Kapuze bekleidet, „Gewehrübungen", „Kniebeuge" usw. machen. Ein besonderes Vergnügen bereitete es ihm, die Spinde der Leute auszukramen und die Sachen in der Stube durcheinander zu werfen. Wer dann unter dem Gesang: „Was man aus Liebe tut" seine Sachen nicht schnell und sauber genug wieder in sein Spind geräumt hatte, wurde mit der Klopfpeitsche verprügelt. Die Straftaten liegen zirka **fünf Jahre zurück.** Sie wären vielleicht gar nicht entdeckt worden, wenn sich nicht folgender Fall ereignet hätte: Eines **Sonntags nachmittag** im Juli 1901 ließ der Angeklagte auf der Mannschaftsstube die Rekruten bajonettieren. Jedenfalls aus Versehen versetzte hierbei der Musketier Stader dem Angeklagten einen leichten Stoß vor die Brust. Dies brachte den Ahlers derart in Wut, daß er den Stader schwer malträtierte und ihm zwei Stöße in die Magengegend versetzte, an deren Folgen Stader heute noch zu leiden hat. Als sich bei Stader keine Besserung einstellte, erhob er, als er vom Militär entlassen wurde, Anspruch auf Invalidenpension bezw. auf einen Zivilversorgungsschein, wurde jedoch abgewiesen. Darauf erstattete er über die Mißhandlungen Anzeige. Der Angeklagte stellt die ihm zur Last gelegten Straftaten in Abrede und erklärt, es handele sich bei der Anzeige gegen ihn nur um einen Racheakt.

Die Zeugenaussagen bestätigten im wesentlichen die Angaben der Anklage. Einer der vielen Zeugen, der heute **Polizeisergeant** ist, wollte erst nicht mit der Sprache heraus, gab aber schließlich zu, daß bei Ahlers Mißhandlungen an der Tagesordnung waren! — Ein Zeuge (Dambacher) sagt aus, der Angeklagte habe ihn beredet, von einer Anzeige wegen Mißhandlung Abstand zu nehmen. — Sämtliche Zeugen bekunden auf Befragen, sie hätten von den Mißhandlungen keine Meldungen gemacht, aus Furcht, es könne ihnen dann noch schlechter ergehen; sie würden dann von den „alten Leuten" verhauen worden sein.

Der Anklagevertreter beantragt, den Angeklagten in eine Gesamtstrafe von 7 Monaten zu verurteilen. Der Angeklagte habe die besten Zeugnisse aufzuweisen. Die Entscheidung bezüglich der Degradation überlasse er dem Gerichtshof. — Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis und Degradation, und zwar wegen vorsätzlicher Mißhandlung von Untergebenen in **159 Fällen** sowie in 16 Fällen wegen Anmaßung von Befehlsbefugnissen. Strafmildernd wurde die „gute Führung und die lange Dienstzeit" in Betracht gezogen. Der Soldatenschinder wurde sofort verhaftet. —

Wie Volksschullehrer behandelt werden.

In der „Schleswig-Holsteinischen Schulzeitung", die in Kiel erscheint, war vor einiger Zeit in einer Korrespondenz aus einem Dorfe des östlichen Holsteins bitter über die unwürdige Stellung der Lehrer in jener Gegend geklagt worden. Der Einsender schilderte, wie er zum Mittagessen „Reih um gehen" müsse bei den Bauern. Auch die Wohnungsverhältnisse seien miserabel. Die Redaktion der „Schulzeitung" hatte daran die Frage geknüpft, was die Aufsichtsbehörde zu solchen „seltsamen Verhältnissen" sage. Später erfuhr die Redaktion, daß eine behördliche Untersuchung stattgefunden habe, in der festgestellt worden sei, daß die Zustände durchaus der Wirklichkeit entsprechend dargestellt worden seien. In der neuesten Nummer der „Schulzeitung" teilt nun der Herausgeber, Rektor Stolley in Kiel, mit, er habe erfahren — nicht von dem ursprünglichen Korrespondenten, wie in bezeichnender Vorsicht hinzugefügt wird — daß jener Einsender von der königlichen Regierung zu 20 M. Strafe verurteilt worden sei unter Androhung von Strafverschärfung im Falle der Wiederholung.

Näheres erfährt man über diese „seltsamen" Vorgänge nicht, die „Schulzeitung" beschränkt sich — wieder bezeichnend! — auf die wiedergegebenen knappen Mitteilungen. Jedenfalls steht so viel fest: die Regierung nimmt einen Lehrer in Strafe, weil er es gewagt hat, in seinem Fachorgan die Wahrheit zu sagen — mehr noch, sie straft ihn, obwohl sie selbst sich überzeugt hat, daß er die Wahrheit gesagt. Man sollte nun meinen, es könne für die Lehrer nichts Alarmierenderes geben, als dieses Erlebnis, das viel mehr noch, als die in jener Korrespondenz geschilderten Mißstände, ihre unwürdige Lage kennzeichnet. Was tut aber die „Schleswig-Holsteinische Schulzeitung"? Sie druckt die Geschichte in der erwähnten dürftigen Fassung im „Korrespondenzteil", der unauffälligsten Stelle des Blattes, ab und schwingt sich dann zu folgenden Bemerkungen auf:

„Jeder Leser wird ja nun sich seine Gedanken darüber machen können, und diese Gedanken würden wahrscheinlich eine seltene (!) Uebereinstimmung zeigen, wenn sie zur Aussprache kämen. — Ob wohl eine etwaige Berufung an den Herrn Minister Abhülfe schaffen würde?"

Das ist alles! Die „Schlesw.-Holst. Schulzeitung" hat also keinen anderen Trost, als den alten Lakaienspruch von den zollfreien Gedanken. Und da wundern sich die Lehrer, daß sie nicht so behandelt werden, wie es ihrer verantwortungsvollen Stellung entspricht, und daß sie zumal von den Junkern nicht höher, denn als eine Art besserer, aber auch anspruchsvollerer Knechte estimiert werden.

Kein „grober Unfug".

Unser Erfurter Parteiblatt „Tribüne" hatte eine Meldung in gutem Glauben aufgenommen, die besagte, daß man in den städtischen Anlagen die Leiche eines Knaben gefunden habe. Es stellte sich heraus, daß das eine Erfindung war, doch sollte die „Tribüne" durch Aufnahme der kurzen Meldung „groben Unfug" begangen haben. Jetzt hat das Amtsgericht die Strafverfolgung abgelehnt unter dieser Begründung:

„Bei der Einrückung der Notiz „Leichenfund" hat sich der Beschuldigte in dem Glauben befunden, es wäre tatsächlich ein derartiger Leichenfund gemacht worden, und hat, sobald ihm die Unrichtigkeit der Notiz bekannt geworden war, **die geschehene Einrückung nicht mehr hindern können.**"

Ein merkwürdig vernünftiges Urteil, das anzuwenden sich das gleiche Gericht wohl hüten würde, wenn durch die Notiz irgend jemand zugleich „beleidigt" worden wäre. Die „Tribüne" ist unzählige Male wegen „groben Unfuges" bestraft worden, so daß das jetzige vernünftige Urteil sehr beachtenswert erscheint. Es ist ja wohl ausgeschlossen, daß deshalb die Verfolgung nicht eintrat, weil auch das Erfurter — polizeiliche Amtsblatt die gleiche Notiz, und zwar noch viel auffälliger gebracht hatte! . . .

Der Konflikt im Allgemeinen Knappschaftsverein, über den wir kürzlich berichteten, hat mit einer Niederlage des Bergrats Ludwig geendet. Der „Voss. Ztg." wird darüber aus Bochum gemeldet:

Infolge seines Konfliktes mit dem ihm untergebenen Direktor Bäumer hat Bergrat Ludwig sein Amt als Vorsitzender des Allgemeinen Knappschaftsvereins und als Vertreter des Knappschaftsvereins im Deutschen Knappschaftsbunde niedergelegt. In der Bergarbeiterschaft erregt diese Lösung des Konfliktes großen Unwillen.

Das Resultat überrascht nicht. Herr Ludwig ist schließlich entbehrlich, so ein nützliches Individuum wie Herr Bäumer, der sich für alle möglichen Dienste qualifiziert, bekommen die Kohlenbarone so leicht nicht wieder. —

Ausland.

Australien.

Gegen Bündnisse mit anderen Parteien. Auf der Jahreskonferenz, welche die Arbeiterpartei von Neu-Süd-Wales in Sydney abhielt, wurde über die Frage der Bündnisse mit anderen Parteien scharf debattiert. Eine Resolution, die solche Verbindungen **nicht** ganz verwirft, aber auf die Dauer einer Parlamentsperiode beschränkt, wurde mit 68 gegen 41 Stimmen angenommen. — Expremierminister Watson und Exminister Hughes bekämpften die Resolution sehr heftig. Watson erklärte, daß die Arbeiterpartei unter solchen Umständen kein Ministerium bilden dürfe. Dann sei es besser, sich prinzipiell gegen jede Koalition mit einer anderen Partei zu erklären, was Watson aber auch nicht wünschte. Die Freunde der Resolution suchten ihr stärkstes Argument darin, daß die Arbeiterpartei sich ihre Unabhängigkeit und damit ihre Macht bewahren müsse. Das Resultat der Abstimmung entfesselte einen Beifallssturm.

„The Worker" in Brisbane (Queensland) gibt seiner Zufriedenheit mit dieser Abstimmung Ausdruck und bedauert nur, daß die Resolution nicht weitgehend genug sei. Nur in einem Falle will „The Worker" eine Ausnahme in der Bündnisfrage machen, nämlich wenn es sich um die Erwerbung des vollen Wahlrechts handelt. Ohne das unbeschränkte Wahlrecht sei das Volk machtlos, und um dieses Recht zu gewinnen, oder zu schützen, sei eine Verbindung mit anderen Parteien immer zu entschuldigen.

Asien.

Weitere Reformen.

London, 14. März. (W. T. B.) „Standard" meldet aus Tokio: Das Abgeordnetenhaus hat den Vorschlag des Kriegsministers angenommen, nach welchem für die japanische Infanterie statt des gegenwärtig bestehenden dreijährigen Heeresdienstes die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden soll. —

Folgendes Schreiben

ist dem Genossen Bebel und der Redaktion des „Vorwärts" zugegangen:

9. März 1906.

Herrn A. Bebel
Deutscher Reichstag, Berlin.

Werter Genosse!

Durch das Exekutivkomitee bin ich beauftragt, den Empfang Ihres Briefes vom 20. Februar betreffend Ihr Telegramm an „Reynolds Newspaper" zu bestätigen.

Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei Großbritanniens wünscht deren entschiedenen Protest gegen Ihre Aktion in dieser Angelegenheit einzulegen. Die Meinung, die Sie in dem Telegramm zum Ausdruck gebracht haben, steht nicht im Einklang mit der Stellungnahme der Sozialisten in unserem Lande, wie sie in dem Manifest (betitelt: „Weshalb stimmen?") eingenommen wurde, das unsere Partei im vergangenen Januar herausgegeben hat. (Eine Abschrift des Manifestes liegt bei.) „Reynolds Newspaper" ist ein kapitalistisches Organ, das Ihr Telegramm gegen die Sozialisten und zur Unterstützung der Liberalen verwandt hat.

Das Exekutivkomitee bedauert, daß Anlaß zu diesem Proteste gegeben wurde, aber die Ansichten, denen Sie Ausdruck gaben, indem Sie die Wiedergewinnung der politischen Macht durch den Liberalismus als ein Anzeichen des Fortschritts in auswärtigen oder heimischen Angelegenheiten begrüßen, lassen uns kein anderes Verhalten übrig. In nationalen und internationalen Beziehungen können wir den Fortschritt nur von einer Partei erwarten, und das ist die sozialistische Partei, aber der Sozialismus wird nur durch die Besiegung des Liberalismus in Großbritannien und anderswo triumphieren.

Abschriften dieses Briefes werden der deutschen sozialdemokratischen Partei, dem Internationalen sozialistischen Bureau und dem „Vorwärts" zugehen.

Mit brüderlichem Gruß
C. Lehane, Generalsekretär.

* * *

Das Telegramm, auf das sich vorstehendes Schreiben bezieht, hat folgenden Wortlaut:

Ich begrüße das Wahlresultat als ein günstiges Zeichen der Stimmung des britischen Volkes für eine friedliche Entwickelung der Dinge nach Außen und als förderlich dem Fortschritt im Innern. Auf alle Fälle bedeutet der Ausfall der Wahlen für die Kriegshetzer hüben und drüben eine kalte Douche. Ob dagegen die Erwartungen für den Fortschritt im Innern sich erfüllen, wage ich nach früheren Erfahrungen nicht ohne weiteres zu bejahen.

* * *

In bezug auf diese Angelegenheit schreibt uns der Genosse Bebel:

Unmittelbar nach Beendigung der englischen Parlamentswahlen erhielt ich ein Telegramm von der Redaktion von „Reynolds Newspaper" mit dem Ersuchen, meine Auffassung über den Ausfall der englischen Parlamentswahlen ihr telegraphisch mitzuteilen. Mir wurde für diesen Zweck ein Freitelegramm bis zu 120 Worten zur Verfügung gestellt. Da mir der Charakter von „Reynolds Newspaper" als bürgerliches Blatt bekannt war, hegte ich anfangs Bedenken, ob ich antworten sollte. Ich überwand diese Bedenken aber und sandte das oben wiedergegebene Telegramm ab.

Ich bin aber doch nicht wenig erstaunt über die Bedeutung, welche das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei von Großbritannien meinem Telegramm gibt. Indem ich den Ausfall der englischen Wahlen als Zeichen der Stimmung des britischen Volkes für eine friedliche Entwickelung der Dinge nach Außen und als förderlich dem Fortschritt im Innern bezeichnete, konnte mir nicht im Traum einfallen, darunter nur den Ausfall der Wahlen zugunsten der Liberalen zu verstehen und etwa den Ausfall der Wahlen zugunsten der sozialistischen Partei dabei zu übersehen. Das Gesamtergebnis der Wahlen hat das von mir hervorgehobene Resultat — der erhobene Protest ändert nichts an dieser meiner Ansicht, die sich nach dreierlei Richtungen charakterisieren läßt:

1. Entschiedene Absage an die schutzzöllnerischen Projekte des Mr. Chamberlain und Genossen.
2. Absage an den Jingoismus und Chauvinismus, wie er unter der Herrschaft der Konservativen sich in England immer mehr entwickelt hatte.
3. Förderung der Fortschritte in der sozialen Gesetzgebung Englands, wesentlich hervorgerufen durch den Eintritt der Deputierten der sozialistischen Partei.

Allerdings äußerte ich im Schlußsatz des Telegramms Mißtrauen: ob Hoffnungen dieser Art sich gegenüber der liberalen Mehrheit des Parlaments erfüllen würden.

Wie auch das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei von Großbritannien aus meinem Telegramm herauslesen konnte, ich verkenne, daß ein wirklich internationaler und heimischer Fortschritt nur durch den Sozialismus herbeigeführt werden könne, ist mir ebenfalls rätselhaft. Man lege mir doch nicht etwas unter, was mir nach meiner Vergangenheit niemand unterstellen darf.

In welcher Weise „Reynolds News Paper" mein Telegramm gegen meine Parteigenossen in Großbritannien ausgenutzt hat, ist mir nicht bekannt. Eine loyale Auslegung meines Telegramms, die ich von der Redaktion von „Reynolds Newsaper" erwarten zu können glaubte, hätte dies unmöglich gemacht. Sollte ich mich darin getäuscht haben, so bedauere ich das.

Schöneberg-Berlin, den 13. März 1906.

A. Bebel.

Gewerkschaftliches.

Polizeischmerzen und Kammergerichtstrost.

Ein für die Gewerkschaften besonders interessanter Vereinsprozeß beschäftigte das Kammergericht. Der Zweigverein Velbert des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der eine große Zahl Mitglieder umfaßte, war im vorigen Jahre bei dem Metallarbeiterstreik stark beteiligt. Da mehrmals auf Grund des § 2 des preußischen Vereinsgesetzes polizeilicherseits ein Mitgliederverzeichnis eingefordert worden war und

man Grund zu der Annahme zu haben glaubte, daß die Fabrikanten von der Polizei die Mitglieder erfahren würden, so erschien, abgesehen von noch anderen Gründen, damals das Fortbestehen des selbständigen Zweigvereins nicht wünschenswert. Er wurde in aller Form aufgelöst, und der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, Sitz Stuttgart, führte vom Juni ab die zahlreichen Mitglieder in Velbert wieder, wie vor Gründung der Verwaltungsstelle Velbert, als Einzelmitglieder des Verbandes, was durchaus statutenmäßig war. Der bisherige besoldete Geschäftsführer des Zweigvereins, Nöbel, wurde nunmehr zur Führung der Geschäfte des Verbandes unter den Einzelmitgliedern in Velbert vom Zentralvorstand in Stuttgart zu seinem, des Zentralvorstands Bevollmächtigten ernannt. Er erhielt sein Gehalt jetzt vom Zentralvorstand. Seine Aufgabe war es, die Beiträge von den Einzelmitgliedern einzuziehen, eventuelle Unterstützungen auszuzahlen usw. Provisorisch revidiert wurde er von einer Revisionskommission, die von den Einzelmitgliedern alle drei Monate in öffentlicher Metallarbeiterversammlung zu wählen war. Die endgültige Kontrolle übte der Stuttgarter Zentralverband, der auch wiederholt Beanstandungen vornahm. Früher waren alle 14 Tage regelmäßig Zahlstellenversammlungen, jetzt gab es nur dann und wann eine öffentliche Versammlung. Auch veranstalteten die Einzelmitglieder mal ein Vergnügen.

Trotz der Auflösung des Zweigvereins nahm die Polizei immer noch das Vorhandensein eines Lokalvereins von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes in Velbert an, und sie stempelten Nöbel zum Vorsteher dieses immaginären Vereins. Er wurde im August, also schon geraume Zeit nach der Auflösung des Zweigvereins, aufgefordert, der Ortspolizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis des „Vereins" einzureichen. Da er dem nicht nachkam, so erhielt er eine Anklage wegen Uebertretung des § 2 des preußischen Vereinsgesetzes. Auch die Staatsanwaltschaft nahm an, daß in Wirklichkeit trotz der Auflösung der Zahlstelle in Velbert noch ein Verein bestehe, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke und dessen Vorsteher Nöbel sei, so daß dieser zur Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses verpflichtet wäre.

Die Strafkammer zu Elberfeld als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: Der Polizeikommissar bekunde, daß äußerlich Aenderungen nur sichtbar wären soweit, als nach der Auflösung statt Zweigvereinsversammlungen zwei öffentliche Versammlungen und zwei geschlossene Tanzkränzchen abgehalten seien. Auch gebe N. zu, daß die Einzelmitglieder dieselben Interessen verfolgen wie früher. Das könne aber nicht durchschlagen. Derselbe Zweck könne in verschiedener Art verfolgt werden. Der Metallarbeiterverband, Sitz Stuttgart, habe statutenmäßig neben Zahlstellen auch Einzelmitglieder. Selbstverständlich sei es auch Sache der Einzelmitglieder, das Verbandsinteresse zu wahren. Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung (wie es im oben mitgeteilten Tatbestand enthalten ist) müsse angenommen werden, daß durch die Auflösung die bisherige Organisation völlig geändert worden sei, daß für die Annahme, in Velbert bestehe trotzdem noch ein Verein von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, kein Raum mehr bleibe. Damit erledige sich alles andere.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob am 12. März dies Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an die Strafkammer zurück. Es war der Meinung, daß das Landgericht die Frage der Abhängigkeit vom Zentralvorstand in Stuttgart zu sehr in den Vordergrund geschoben und zu wenig berücksichtigt hätte, ob nicht die Einzelmitglieder in Velbert unter Leitung Nöbels trotz allem ein selbständiges Vereinsleben weiter geführt hätten. Es wäre zu prüfen, ob die Velberter Einzelmitglieder des Metallarbeiterverbandes sich in Velbert für eine gewisse Dauer vereinigt hätten, um unter fortdauernder Leitung des Angeklagten auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Deshalb die Zurückverweisung in die Vorinstanz.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Bauklempner.

Der für die Bauklempner Berlins bestehende Tarifvertrag ist von den Arbeitnehmern zum 1. April d. J. gekündigt worden, um die Möglichkeit einer Verbesserung des Lohnes zu erhalten. Es haben Kommissionsverhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien stattgefunden, um einen neuen Tarif vorzubereiten. In den meisten Punkten ist auch eine Uebereinstimmung der beiderseitigen Vertreter erzielt worden. Danach bleibt die neunstündige Arbeitszeit bestehen. Sonnabends soll eine halbe Stunde und an den Vorabenden der hohen Feste zwei Stunden früher Feierabend gemacht werden ohne Lohnabzug. Ueberstunden, sofern sie nicht zu vermeiden sind, werden mit einem Aufschlag von 25 Prozent, nach 10 Uhr abends und Sonntags mit einem solchen von 50 Proz. bezahlt. Ueber diese Punkte sowie über die Vertragsbestimmungen, welche sich auf Zulagen bei Landarbeiten, Schlichtung von Streitigkeiten usw. beziehen, sind die Parteien einig geworden. Ueber den Stundenlohn, der vom 1. April ab gezahlt werden soll, konnte dagegen keine Einigkeit erzielt werden. Der alte Tarif sieht einen Mindestlohn von 60 Pf. vor. Die Unternehmer wollen 70 Pf. bewilligen. Die Arbeiter fordern jedoch 72½ Pf., oder, falls diese Forderung nicht angenommen wird, sind sie bereit, sich für das erste Jahr der Vertragsdauer — bis 1. April 1907 — mit 70 Pf. zu begnügen, von da an bis zum Ablauf des Vertrages — 1. April 1909 — soll dann aber ein Stundenlohn von 75 Pf. gezahlt werden. Auch hinsichtlich der Entfernung, über die hinaus Fahrgeld und Fahrzeit zu vergüten sind, bestehen Differenzen. Nach dem alten Tarife wurde Fahrgeld vergütet, wenn die Arbeitsstelle mehr als vier Kilometer vom Geschäftslokale entfernt ist. Die Arbeiter fordern eine Herabsetzung dieser Grenze auf drei Kilometer. — Fahrgeld und Fahrzeit mußte nach dem alten Tarife bei einer Entfernung von mehr als 7½ Kilometer bezahlt werden. Hier sind die Arbeiter bereit, die Grenze bis 15 Kilometer auszudehnen, falls die von ihnen geforderte Erhöhung des Stundenlohnes bewilligt wird.

Am Mittwoch beschäftigte sich das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Herrn von Schulz mit dieser Angelegenheit, um die Differenzen zu schlichten. Trotz mehrstündiger Verhandlungen gelang es jedoch nicht, eine Vereinbarung zustande zu bringen. Das Einigungsamt wird deshalb einen Schiedsspruch fällen. Zur Verkündung desselben ist eine neue Sitzung am Freitag 1 Uhr angesetzt.

Achtung, Leistenvergolder!

Der allbekannte Oskar Kuba in Weißensee, Langhansstr. 38, spielt den Streikbrecheragenten für Herrn Feigl in Prag-Lieben. Lasse sich niemand durch falsche Vorspiegelungen verleiten, nach Böhmen zu machen, da der Streik bei Feigl unverändert fortdauert.

Herr Feigl war persönlich zur Anwerbung von Streikbrechern in Berlin, hat aber in Weißensee einen gründlichen Reinfall erlebt; der Vorstand hatte ihn in eine Falle gelockt. Gemütlich saß er, im Kreise von acht Vergoldern, welche er ausgiebig traktierte. Alles schien zu klappen, die Engagementsbedingungen wurden getroffen und die Stunde der Abfahrt bestimmt. Mit einem Male stellt sich ihm der Vorstand vor, der die ganze Zeit unbeachtet neben ihm gesessen hatte! — Die Situation, die jetzt folgte, kann sich jeder ausmalen. Herr Feigl stammelte nur einige Worte und konzentrierte sich schnell rückwärts der Türe zu. Unter allgemeinem Gaudium und mit Schimpf und Schande bedeckt, trabte er davon. An Weißensee dürfte er noch lange gedenken und hoffentlich den Versuch aufgeben, von Berlin Streikbrecher zu erhalten.

Der Vorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Steindruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen! Der Streik bei der Firma Lithoner u. Boysen ist durch Vermittelung einer unabhängigen Kommission beigelegt.

Verband der Buchdruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Achtung, Barbiere! Die vom Verband der Friseurgehülfen Deutschlands gesperrten Firmen Roy, Hermannstraße 207, Schmidt, Hermannstraße 35, Roddey, Herfurthstraße 32, und Strakow, Pflügerstraße 11, (sämtlich in Rixdorf) sind vom Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehülfen, wie uns dieser mitteilt, nicht gesperrt.

Deutsches Reich.

Warnung für Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen.

Auf der Suche nach arbeitsfreudigen und arbeitswilligen Arbeitern befindet sich, wie uns mitgeteilt wird, ein englischer Zigarettenfabrikant türkischer Herkunft — sein Name konnte nicht ermittelt werden —, welcher in Deutschland mit einer deutschen Arbeiterin namens Else Nakemann umherreist. Diese hat die Werbetrommel des Fabrikanten zu schlagen. Wie aus Aeußerungen des Fabrikanten hervorgeht, hat er seine bisherigen Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, aber nur zu dem zweifelhaften Zwecke, die leeren Plätze mit nur deutschen Arbeitern zu besetzen. Wodurch die deutschen Arbeiter die Aufmerksamkeit des liebevollen Herrn auf sich gelenkt haben, um so besonders bevorzugt zu werden, konnte leider nicht in Erfahrung gebracht werden. Ob es die „verdammte Bedürfnislosigkeit" ist gegenüber Arbeitern anderer Länder, oder die billigen und willigen Arbeitskräfte überhaupt, sei dahingestellt. Jedenfalls haben wir es hier mit einem plumpen Schwindel zu tun, der nichts weiter ist als eine Werbung von Streikbrechern. Nach einer Aeußerung der ehrlichen Begleiterin wurde den fast Geworbenen die bedeutsame Erklärung gegeben, daß sie unter polizeilichem Schutz zur Arbeit begleitet würden. Außerdem wurde hinzugefügt, um die Fleischtöpfe noch voller erscheinen zu lassen, daß man gewillt ist, einen Kontrakt auf zwei Jahre zu machen, womit die Arbeit garantiert werden soll.

Der Versuch, Arbeiter zu gewinnen, wurde zuerst in Hannover gemacht, wo sich denn auch fünf Arbeiter bereitfanden, den verlockenden Melodien der Schönen zu folgen. Natürlich folgte dieser Werbung eine ernste Aufklärung, die die Arbeiter veranlaßte, ihre Zusage wieder zurückzunehmen. Nach diesem negativen Erfolge haben denn der Fabrikant und seine liebliche Gefährtin ihre Tätigkeit aufgegeben und sich schleunigst nach Berlin gewandt, wo sie aufs neue ihr Ziel zu erreichen hoffen. Wir machen die deutschen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen und namentlich die in der Zigarettenbranche tätigen aufmerksam, ein wachsames Auge zu haben und den verlockenden Werbungen keine Gefolgschaft zu leisten. Vermutlich, wenn das Paar in Berlin kein Glück hat, wird es auch den Versuch unternehmen, ihre Werbungen in Dresden, München, Stuttgart, Hamburg usw. fortzusetzen, darum aufgepaßt.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Der Zuzug von Metallarbeitern ist von Eisenach fernzuhalten, da in der dortigen Fahrzeugfabrik 50 Metallarbeiter gemaßregelt und ausgesperrt sind. — Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ein bösartiger Verrat.

Wiederum hat Verrat in die Reihen der Ruhrbergleute Einkehr gehalten. Es ist ein Verrat verübt worden, so ungeheuerlich, wie er in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch nicht zu verzeichnen war. Der große Streik des Jahres 1905 brachte die Bergleute näher und zwang die Organisationen zu gemeinsamer Aktion. Es wurde eine Siebenerkommission aus den Führern aller Organisationen gebildet, die auf einer späteren Konferenz als ständige Einrichtung erklärt wurde, um Fühlung zu behalten und gerüstet und geeint dazustehen, wenn es gelte, Angriffe des Kapitals abzuschlagen und berechtigte Interessen der Bergleute zu schützen. Trotz verschiedener Plänkeleien war bisher unter dem Zwange der Verhältnisse die Einigkeit der Bergleute notdürftig bestehen geblieben. Noch vor einiger Zeit fand in Essen eine gemeinsame Konferenz der Organisationen statt; man beriet tagelang, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen; man beauftragte auch die Siebenerkommission, beim Bergbaulichen Verein um Lohnerhöhung vorstellig zu werden. Die Siebenerkommission trat in Aktion, die Forderungen wurden eingereicht, sie wurden aber, wie üblich, vom Bergbaulichen Verein abgelehnt. Darüber sind ja die Leser unterrichtet. . . .

Zur selben Zeit, als die Siebenerkommission den Auftrag der Konferenz ausführte, hielt der Verrat seinen Einzug. An Ausschußmitglieder des Christlichen Gewerkvereins wurde ein gedrucktes Zirkular versandt, das Lohnforderungen enthielt und an die Zechenverwaltungen überreicht werden sollte. Das Zirkular trug die Unterschrift Köster. Köster heißt auch der Vorsitzende des Christlichen Gewerkvereins. Hat er wirklich das Zirkular versandt? Das wäre ungeheuerlich! Der Vorstand des Christlichen Gewerkvereins wird sich baldigst äußern müssen. — — —

Das bisher Geschilderte wäre schon Verrat genug; aber es ist noch mehr geschehen. In dem an die Ausschußmitglieder versandten Zirkular, welches auch den Zechenverwaltungen überreicht worden ist, heißt es mit Fettdruck: **Wir akzeptieren in Zukunft den Verband und die Siebenerkommission nicht mehr.** Man bedenke: Während die Siebenerkommission, in welcher nach wie vor zwei Gewerkvereinsmitglieder sitzen, unter Zustimmung des Gewerkvereins in Tätigkeit getreten ist und eine Eingabe auf Lohnerhöhung eingereicht hat, überreichen die Ausschußmitglieder des Christlichen Gewerkvereins den Zechenverwaltungen eine Eingabe:

„Wir akzeptieren den Verband und die Siebenerkommission nicht mehr!"

Die Sache ist so ungeheuerlich, daß man sie beinahe nicht fassen kann. Aber die Dortmunder „Arbeiterzeitung" hat Zeugen zur Hand, die die Eingabe in Händen gehabt und gelesen haben. Sie weiß auch ferner mitzuteilen, daß die Eingabe der christlichen Ausschußmitglieder von den Zechenverwaltungen ebenso beiseite geschoben worden ist, wie es der Bergbauliche Verein mit der Eingabe der Siebenerkommission getan hat.

Der Verrat hat also nichts gefruchtet . . .

Jetzt gibt es nur noch eine Frage: Wer war der Verräter?

Schwerer Verdacht lastet auf der Gewerkvereinsleitung. Sie wird sich äußern müssen. Der Verräter muß gefunden werden. Und dann muß ein Strafgericht herniedergehen. Es muß ein Gewitter dazwischen fahren, damit endlich der Hinterlist, der Niedertracht und der Zweideutigkeit Einhalt geboten wird.

Ausland.

Eine „gelbe" Arbeiterzeitung in Zürich

ist der neueste Versuch zum Gimpelfang seitens kapitalistischer Arbeiterfeinde in der Schweiz. Sie will das „Organ der freien (nicht sozialdemokratischen) Arbeiterschaft in Stadt und Land sein und nennt sich auch Bruderorgan des „Jaune", Zentralorgan der gelben Arbeiterpartei Frankreichs. Den schweizerischen Arbeitern macht das Narrenblatt das verunglückte Kompliment, daß jeder echte, mit Vernunft ausgestattete Schweizer von Natur ein „Gelber" sei. Für die Redaktion zeichnet ein in den weitesten Kreisen unbekannter Junker R. v. Veldegg. — Leider gibt es in Zürich in der Tat „Gelbe", rückständige schweizerische Arbeiter, die aus purem Chauvinismus die gewerkschaftliche Organisation mit ihren ausländischen Kollegen ablehnen. Eine solche Organisation der Zimmerleute in Zürich hat jetzt hinter dem Rücken ihrer Verbandskollegen mit den Unternehmern eine Verabredung mit dem Zehnstundentag abgeschlossen, während die Verbandskollegen den Neunstundentag fordern. Die kapitalistische „Teile und Herrsche-politik" hat leider bei zurückgebliebenen Arbeitern dann und wann noch Erfolg.

Staatszuschuß zur Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften.

Aehnlich wie in Norwegen beabsichtigt man jetzt auch in Dänemark einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenkassen der Arbeiter zu gewähren. Die erste Anregung dazu haben die Sozialdemokraten bereits vor 25 Jahren durch einen Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften gegeben. Seit unsere Parteigenossen im dänischen Reichstag vertreten sind, haben sie Jahr für Jahr von neuem diese Forderung erhoben. Als im Jahre 1901 die Liberalen an die Regierung kamen, trachteten diese danach, die bestehende Altersversorgung durch eine Invaliden- und Altersversicherung zu ersetzen, wozu die Arbeiter Beiträge zahlen sollten. Als im Jahre 1903 eine Kommission zur Erwägung dieser Frage eingesetzt wurde, fiel ihr infolge der unablässigen Agitation unserer Genossen auch die Aufgabe zu, über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu beraten. Für den Plan, die Altersversorgung durch Versicherung zu ersetzen, wurden die Verhältnisse infolge des Fortschrittes der Sozialdemokratie und der Sprengung der Linkenpartei immer ungünstiger, so daß davon vorläufig nicht mehr die Rede ist. Ueber die Arbeitslosenfrage hat die Kommission nun, am 10. März, ein Gutachten abgegeben, das in einem Gesetzentwurf über anerkannte Arbeitslosenkassen besteht. Danach soll der Staat ein Drittel der Beiträge ersetzen, die von den Mitgliedern der Arbeitslosenkassen gezahlt werden, jedoch ist die Summe des Staatszuschusses für diese Zwecke auf ein Maximum von 250 000 Kronen festgesetzt. Die Kommunen können ohne Genehmigung der höheren Behörden ein Sechstel des Mitgliederbeitrages zuschießen, so daß also, sofern der Staatszuschuß ausreicht, die Hälfte der Beitragssumme der Versicherer aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird.

Die absoluten Herrscher des „freien" Amerika.

Die „Morning Post" meldet aus Washington, daß dem Präsidenten Roosevelt in ziemlich scharf gehaltener Form von den Kohlengrubenbesitzern der Wink gegeben worden ist, daß er nicht den Versuch machen solle, zwischen ihnen und den Bergleuten zu vermitteln, falls ein Ausstand ausbrechen sollte. Wenn die Leute zum Ausstande entschlossen wären, so müßten sie auch die Folgen ihres Vorgehens tragen.

Ist der „Bergbauliche Verein" nach Amerika übergesiedelt?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Für die Opfer von Courrières.

Essen (Ruhr), 14. März. (W. T. B.) Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat, wie die „Essener Volkszeitung" meldet, für die Opfer der Katastrophe von Courrières 5000 M. gespendet.

Buchdruckerstreik in Lemberg.

Lemberg, 14. März. (W. H.) Da sich die hiesigen Setzer dem Streik des Hülfspersonals der Druckereien angeschlossen haben, konnte heute keine Zeitung erscheinen.

Sozialistische Interpellation über die Grubenkatastrophe.

Paris, 14. März. (W. T. B.) In der Deputiertenkammer beantragte Basly (Soz.), eine Untersuchung darüber anzustellen, wen die Verantwortung für die Katastrophe von Courrières trifft. Redner wirft den Minengesellschaften Mißachtung der die Arbeiter betreffenden Gesetze vor. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ersucht den Vorredner, Einzelfälle anzuführen, und verspricht, für Achtung vor dem Gesetz zu sorgen.

Ursachen der Grubenkatastrophe.

Lens, 14. März. (W. T. B.) Die Ingenieure, die von der Regierung beauftragt sind, die Rettungsarbeiten zu leiten und die Werke wieder betriebsfähig zu machen, haben einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit erstattet. In diesem Bericht wird die Katastrophe auf eine Gasexplosion als Folge eines bereits bestehenden Brandes zurückgeführt. Die Art und der Ursprung der explodierten Gase werden sich erst feststellen lassen, wenn man bis zum Explosionsherd vorgedrungen sein wird.

Paris, 14. März. (W. T. B.) Die Minenkommission der Deputiertenkammer hat nach Anhörung des Radikalen Dron, der auf die Notwendigkeit hinwies, daß festgestellt werden müsse, wen für die Katastrophe von Courrières die Verantwortung trifft, beschlossen, sich an Ort und Stelle zu begeben, sobald der Stand der dortigen Arbeiten es ermöglichen wird, sich ein Urteil über die Umstände der Katastrophe zu bilden.

Bergung der Toten.

Lens, 14. März. (W. T. B.) Die deutschen Rettungsmannschaften setzen in Grube 2 die Bergung der Leichen fort. Heute vormittag sind 22 Leichen rekognosziert worden. Im ganzen sind jetzt 223 Leichen zutage gefördert; in einer Galerie waren 105 Leichen aufgefunden worden.

Unter der Obhut des Bischofs.

Sainte-Anne d'Auray, 14. März. (W. T. B.) Um die Inventaraufnahme zu verhindern, hatten sich vor der hiesigen Kirche mehrere tausend Landleute aus der Umgegend versammelt, von denen eine Anzahl Waffen unter den Röcken trug. Auch der Bischof und die konservativen Deputierten und Senatoren des Departements hatten sich vor der Kirche versammelt. Der mit der Aufnahme des Inventars beauftragte Beamte mußte sich unverrichteter Sache zurückziehen.

Rauferei im Parlament.

Madrid, 14. März. (W. T. B.) Gestern kam es zu einem Zwischenfall in der Kammer, denn der Oberst Primorivera, ein Neffe des gleichnamigen Generals, hieb dem Abgeordneten Soriano mit der Faust ins Gesicht und schlug ihm zwei Zähne aus. Es erhob sich großer Lärm, und die Republikaner verließen darauf die Sitzung, doch hofft man, daß ihr Fernbleiben nur vorübergehend sein wird. Die Gerüchte von einer Ministerkrisis werden als unbegründet bezeichnet. Primorivera wurde vor das Kriegsgericht gestellt, Soriano und er haben sich ihre Zeugen geschickt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

65. Sitzung vom Mittwoch, den 14. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Dr. Pachnicke (frs. Vg.)-Schrader (frs. Vg.)-Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.) und -Schmidt-Elberfeld (frs. Vp.), welcher lautet:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechtes für Frauen durch Reichsgesetz beseitigt werden.

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.): Von einem ähnlichen, zugleich mit den Nationalliberalen und dem Zentrum eingebrachten Antrag unterscheidet sich der vorliegende dadurch, daß er sich nicht auf die sozialpolitische Tätigkeit der Frauen beschränkt, sondern ganz allgemein gefaßt ist. Unsere Vereinsgesetze sind veraltet. Das preußische Vereinsrecht z. B., das aus den fünfziger Jahren stammt, verbietet, wie es sich höflich ausdrückt, „Frauenspersonen" die politische Tätigkeit. Demgegenüber will es wenig sagen, daß der preußische Minister des Innern und die Berliner Polizei den Behörden eine gewisse Latitude gelassen hat, indem sie den Frauen das Anhören von politischen Vorträgen gestattet und ihnen nur das „Teilnehmen" an diesen politischen Vereinsversammlungen verboten hat. Die Frauen dürfen seitdem an den Versammlungen politischer Vereine „im Segment" teilnehmen. In Köln wollte eine Dame ein Referat sozialpolitischen Inhaltes halten. Sie mußte aber in dieser Versammlung „ins Segment" und durfte sich nicht äußern! Dagegen ließ man eine Engländerin reden, weil man sich vor dem Auslande zu sehr blamiert hätte. (Sehr wahr! links.) Eine große Rolle spielt der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei der Ueberwachung der Versammlungen. Die Rechtslage ist augenblicklich auf diesem Gebiete durchaus unbefriedigend; rechnet man dazu die enge Begrenzung des Begriffes einer Versammlung und die verletzende Gleichstellung der Frauen mit Schülern, Lehrlingen und bürgerlich Ehrlosen, so muß man den jetzigen Zustand als unhaltbar bezeichnen. Landesgesetzliche Bestimmungen über die Beaufsichtigung von Versammlungen haben nur soweit Geltung, als das Reich nicht selbst Bestimmungen darüber trifft. Durch Reichsgesetz ist aber bereits eine Aufhebung des Verbindungsverbotes erfolgt, und wenn man sich wirklich nicht zu einer generellen Regelung des Vereinswesens durch Reichsgesetz entschließen kann, so sollte man wenigstens in der von uns angeregten Beziehung eine Aenderung herbeiführen. Graf Posadowsky, den ich zu meiner Freude auf seinem Sitze sehe, hat vor zwei Jahren erklärt, daß im Ministerium des Innern ein Entwurf vorbereitet werde, durch welchen den Frauen Gelegenheit zur Vertretung ihrer Interessen in Vereinen und Versammlungen gegeben werden würde. Aber seitdem ist nichts geschehen. Wir verlangen eine Aenderung auf reichsgesetzlichem Wege. Warum soll im Norden verboten sein, was im Süden erlaubt ist? Das Strafrecht, das Privatrecht, die Gewerbeordnung, die Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze gelten für das ganze Reich gemeinsam. Warum soll nicht auch eine Einheitlichkeit auf dem Gebiete des Vereinsrechtes herrschen? Schon heute sind ungefähr ein Fünftel aller auf gewerblichem Gebiete tätigen Personen Frauen. Nach der letzten Statistik waren 5¼ Millionen Frauen auf diesem Gebiete tätig. Im Handelsgewerbe ist bereits die vierte erwerbstätige Person eine Frau. Da sollte man den Frauen doch endlich eine Gelegenheit zum Zusammenschluß zu Vereinen geben.

Wie traurige Verhältnisse in der Heimarbeit herrschen, hat ja die Ausstellung bewiesen. Wir alle wollen diese Verhältnisse bessern, aber es soll geschehen ohne Teilnahme der Heimarbeiterin selbst! Ist das richtig? Aus Frauenmunde fiel in der Ausstellung das Wort: „Die Arbeiterinnen sollen sich organisieren!" Die Dame ahnte nicht, wie recht sie damit hatte. Viele sagen: Die Heirat ist Ziel und Inhalt des weiblichen Lebens. Gut! Aber nicht jede Frau gelangt zur Heirat! (Heiterkeit.) Es gibt in fast allen Kulturländern (außer Frankreich und den Vereinigten Staaten) bedeutend mehr Frauen als Männer. Dazu kommt, daß heutzutage viele Junggesellen nicht heiraten wollen, weil sie zu wenig verdienen, oder auch weil sie zu viel ausgeben! (Heiterkeit.) Alle nicht heiratenden Frauen und viele andere sind auf das gewerbliche Verdienen angewiesen. Da aber gilt das Wort: Ein freies Koalitionsrecht ist mehr wert, als ein Bündel von Schutzgesetzen! (Sehr wahr! links.) **Das politische Stimmrecht fordern wir zurzeit nicht;** darin sind sich fast alle freisinnigen Abgeordneten einig, daß man nicht das mögliche Ende an den Anfang setzen darf, weil das ungeschichtlich wäre. Man sage nicht, daß die Frau politisch uninteressiert sei. Von der Schulfrage hängt die Zukunft ihrer Kinder ab, und die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Höhe des Getreidepreises bleibt nicht ohne Wirkung auf den Hausstand und die Zahl der Eheschließungen. Die Hochschulen, die Bureaus und Kontore, selbst die Börse hat sich den Frauen geöffnet. Gerade um ihren wahren Beruf zu erfüllen, müssen die Frauen geistig, wirtschaftlich und sittlich emporsteigen, und wir wollen ihnen dazu die Stufen bauen. Auch derer dürfen wir doch nicht vergessen, denen die Ehe versagt ist, die nicht fragen dürfen: Wessen bin ich? sondern: Wer bin ich? In diesem Sinne kann ich Sie nur bitten, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. **Bassermann** (natl.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde bereit, für den Antrag zu stimmen: Da eine allgemeine Vereinheitlichung des deutschen Vereinsrechtes zurzeit noch keine Aussicht auf Durchführung hat, so ist in der Tat ein solches Notgesetz, wie es der vorliegende Antrag will, zurzeit das beste. Auf die Gefahr, wiederum den Zorn des Abg. Träger zu erregen, muß ich ein paar Worte über die sozialdemokratische Frauenbewegung sagen. Diese hat nämlich die bürgerliche Frauenbewegung stets mit Hohn und Spott beworfen und hat allen Frauen zugerufen: Flüchtet Euch an die Brust der Rosa Luxemburg und der Anita Augspurg! (Schallende Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Augspurg lehnen wir ab! Heiterkeit.) Na ja, aber Anita Augspurg hat auch immer die radikalsten Frauenforderungen erhoben! Dieser **Radikalismus schadet nur!** Aber zweifellos ist es, daß heute kaum ein Gebiet des kulturellen Lebens den Frauen verschlossen ist. Deshalb muß man die Frauen den Männern gleichstellen, wie es der Antrag Pachnicke verlangt. Extreme Forderungen, wie die der freien Liebe, können wir natürlich nicht unterstützen. Wir müssen aber auch den Frauen, die in der Heimarbeit beschäftigt sind, Gelegenheit geben, in Vereinen und Versammlungen ihre wirtschaftliche Lage zu besprechen und deren Besserung zu erstreben. Wir müssen die Gleichstellung der Frauen mit den Männern auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens verlangen, und ich möchte daher um Annahme des Antrages Pachnicke bitten. (Beifall.)

Abg. **Sindermann** (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß unser Antrag auf Schaffung eines völlig freien Reichs-Vereins- und Versammlungsrechts für Männer und Frauen nicht heute mit auf die Tagesordnung gekommen ist. Heute wurden von allen Rednern ganz andere Töne gegenüber den deutschen Frauen angeschlagen, als die waren, welche wir bei der Wahlrechtsdebatte hörten; heute hat man anerkannt, daß die Frauen das Recht auf ein freies Vereinsrecht haben. Wenn man konsequent sein will, dann muß man weitergehen und ihnen auch das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht im Reichstag und den Einzellandtagen geben; denn was nützt den Frauen das freie Vereins- und Versammlungsrecht, wenn sie nicht in den Parlamenten ihre Interessen vertreten können? Einer der Herren Vorredner hat auf England verwiesen. Wenn aber in England eine Ungerechtigkeit besteht, dann braucht der deutsche Liberalismus nicht danach zu geizen, diese Ungerechtigkeit auch in Deutschland aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bassermann hat betont, daß

die sozialdemokratische Frauenbewegung

die bürgerliche von vornherein bekämpft habe. Das ist nur geschehen, weil die bürgerliche Frauenbewegung nicht konsequent genug vorgegangen ist, weil sie nicht die Interessen der proletarischen Frauen, sondern die der Damenwelt vertreten hat. Fräulein Anita Augspurg wird übrigens höchst ungehalten darüber sein, daß sie hier durch Herrn Bassermann der sozialdemokratischen Partei einverleibt ist. Wenn Herr Bassermann von der Regierung verlangt, sie solle die Quelle der Unzufriedenheit verstopfen, so ist das etwas viel verlangt. Es wird das der Regierung schwerlich gelingen, wenn die Nationalliberalen diese Quellen der Unzufriedenheit durch ihre Stellungnahme zugunsten neuer Steuern und immer erneuter Lasten für Heer und Marine wieder öffnen. Wir verlangen die Abschaffung aller Bestimmungen, welche das Vereins- und Wahlrecht der Frauen benachteiligen. Einer Deputation von 35 Frauen gegenüber hat der Herr Reichskanzler erwidert, daß er zwar nicht allmächtig sei, daß er aber gern zur Anregung von Aenderungen auf dem Gebiete der Vereins- und Versammlungsfreiheit der Frauen bereit sei. Da ist es doch wunderbar, daß die Regierung bisher keine Schritte unternommen hat, um diese ihre Absicht zur Tat werden zu lassen. Unbedingt notwendig ist eine

reichsgesetzliche Regelung

dieser Materie. Wenn man die Mannigfaltigkeit der einzelnen Bestimmungen in den verschiedenen Staaten sieht, wird man nicht behaupten können, daß Deutschland an der Spitze der Kultur marschiert. Die Frauen haben dieselben Interessen zu vertreten wie die Männer, das ergibt sich namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Abg. Pachnicke hat auf das Vereinsrecht in Sachsen hingewiesen. Es mag ja verwunderlich erscheinen, aber ich muß doch sagen, daß bis 1898 Sachsen das liberalste Vereins- und Versammlungsrecht gehabt hat. In Sachsen können sich die Frauen politisch nicht organisieren, aber auf wirtschaftlichem Gebiete ist es ihnen gestattet. Es ist allerdings vorgekommen, daß man minderjährige Frauen aus den Versammlungen ausgewiesen hat, wenn es sich um die Besprechung der Versicherungsgesetzgebung oder der Arbeiterschutzgesetzgebung handelte, weil der überwachende Polizeibeamte meinte, das seien politische Angelegenheiten, deshalb dürften minderjährige Frauen der Versammlung nicht beiwohnen. Dadurch macht man das Koalitionsrecht vollständig illusorisch. Man muß auf dem Vereins- und Versammlungsgebiete allen ohne Unterschied des Geschlechts dasselbe Recht geben. In Bayern und Württemberg haben die Frauen das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, aber von der politischen Bewegung sind sie vollständig ausgeschlossen. Es ist die größte Heuchelei, wenn man auf allen Vergnügungen und Festlichkeiten die Frauen besingt und in demselben Atemzuge ihnen jedes politische Recht verweigert, wenn man sie auf der einen Seite über den grünen Klee lobt und ihnen auf der anderen Seite sagt: Ihr sollt ausgeschlossen sein von allen Rechten, die die Männer haben. —

Wenn es gilt, dem bürgerlichen Kapital Schlepperdienste zu leisten, dann sind die Frauen gut genug zu dieser Arbeit. Von protestantischen wie katholischen Kanzeln herab werden die Frauen aufgefordert, für den antisozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren. Da sollte man doch wenigstens die nötige Konsequenz ziehen! Und deshalb fordern wir: Freie Bahn dem Ausdruck jeder Ueberzeugung auch des weiblichen Geschlechts! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.): Es ist zu bedauern, daß wir heute nicht gleichzeitig alle Vereinsrechtsanträge beraten. In der sächsischen ersten Kammer, die doch wirklich nicht im Geruch des Revolutionarismus steht, erklärte jüngst der Ministerpräsident, daß **die polizeiliche Vielregiererei in Deutschland** uns zum Spott der Welt mache. Eines der törichtesten und aufreizendsten Stücke des alten Polizeistaates, von dem Graf Posadowsky in seiner denkwürdigen Rede vom 12. Dezember sprach, ist das Vereinsrecht. Hier liegt ein Hauptherd für die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Trotzdem sind wir seit 30 Jahren keinen Schritt weiter zum Reichsvereinsgesetz gekommen, und das trotz der übergewaltigen Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages. Nur durch die rechtswidrige Segmentspraxis mit der verbotenen „Vermischung der Geschlechter" hat man das unhaltbare Gesetz überhaupt aufrecht erhalten. (Zuruf links: Mit Rücksicht auf die Frauen des Bundes der Landwirte!) Aber wehe, wenn auf dem Tanzkränzchen ein Redner eine Ansprache vor „vermischten Geschlechtern" hält oder gar eine Frau „Bravo!" ruft. Dann tritt die kleinliche Nadelstichpolitik gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften sofort in Aktion, dann bleibt höchstens noch der Rauchklub „Blaue Wolke" als unpolitischer Verein anerkannt. Die Sozialdemokratie hat, wie der Abgeordnete Ledebour auf dem Münchener Parteitag offen ausgesprochen hat, ihre Freude an dieser Verworrenheit des Vereinsrechts, die eine lächerliche Reminiszenz aus vormärzlicher Zeit ist.

Eine vernünftige Sozialpolitik ohne eine Reform des Vereinsrechts ist undenkbar. Diese Reform, die der Herabwürdigung des weiblichen Geschlechts ein Ende macht, muß und wird kommen. (Bravo! links.)

Die beiden nächsten Redner, die Vizepräsident Graf Stolberg aufruft, die Abgg. Lattmann (Wirt. Ver.) und Stychel (Pole) sind nicht anwesend. Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Antrag Pachnicke wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Chrzanowski und Genossen (Pole):

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf betr. die Abänderung des § 130 des Strafgesetzbuches vorzulegen, um der dem Sinne des gedachten Paragraphen widersprechenden Interpretation der Begriffe der „Gefährdung des öffentlichen Friedens" sowie der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" seitens des Reichsgerichts Einhalt zu tun."

(Staatssekretär Graf Posadowsky verläßt den Saal.)

Abg. **von Chrzanowski** (Pole) begründet den Antrag: Ein Artikel führte aus, daß in einem eventuellen Kriege zwischen Deutschland und England die Polen alle Hoffnung auf England setzen sollten. Ich gebe zu, daß dieser Artikel kein Wohlwollen gegen die Deutschen verriet. (Sehr wahr! rechts.) Aber er enthielt in keiner Weise eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Trotzdem wurde sein Verfasser nach § 130 **zu drei (?) Jahren Gefängnis verurteilt.** Selbst in Liedern und historischen Spielen für Kinder (Redner legt sie auf den Tisch des Hauses) hat man Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gesehen! (Heiterkeit.)

Die Haltung der preußischen Gerichte in politischen Prozessen zeigt eine Mißwirtschaft in Preußen, die das Ansehen des Richterstandes vollständig diskreditiert. Die preußischen Staatsanwälte beunruhigen geradezu das öffentliche Leben durch ihre Anklagen auf Grund des § 130. Werden Redakteure auf Grund dieses Artikels angeklagt und freigesprochen, so legt der Staatsanwalt dagegen die Revision ein. Oft muß man sich wundern, daß sich Gerichte zur Eröffnung des Hauptverfahrens gefunden haben. Man geht gegen alles vor, was den nationalen Geist bei uns wecken könnte. In den Gastwirtschaften verlangt man die Entfernung von Bildern mit nationalen Motiven. Die Träger von Mützen, die sich seit 80 Jahren als Tracht des Volkes eingebürgert haben, (Redner legt unter der Heiterkeit des Hauses eine solche Mütze vor) werden angeklagt. Erfolgt eine Freisprechung, so wird vom Staatsanwalt Revision dagegen eingelegt, weil das Tragen der Mütze als Aufreizung zur Begehung von Gewalttätigkeiten angesehen wird! Die Buchhändler wissen nicht mehr, welche Bücher sie führen und was sie drucken lassen dürfen. Das Vorgehen der Gerichte hat eine große Verbitterung der Bevölkerung herbeigeführt. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Der § 130 ist nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen uns Sozialdemokraten ausgebeutet worden.

Die Auslegung des § 130

erfordert allerdings verständige Richter. Wenn man schon die Abbildung von polnischen Lanzenträgern auf Postkarten als geeignet bezeichnet, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, wie muß dann erst der Anblick der deutschen Kavallerie auf das Volk aufreizend wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Soviel bekannt ist, sind in der Provinz Posen doch außerordentlich viel Kanonen, warum erblickt man nicht in diesen eine Aufreizung? (Große Heiterkeit.) Es zeigt sich eben, daß dieser Paragraph ein politischer Paragraph ist, geschaffen, um politische Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Wenn man schon ein harmloses Kinderspiel in den polnischen Provinzen als „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" auffaßt, wie wird es dann erst werden, wenn diese Kinder das Polerspiel kennen lernen? (Große Heiterkeit.) Wenn man auch Kleidungsstücke als Aufreizung auffaßt, so scheint es ja, als ob die Richter annähmen, die Polen müßten nackt gehen. (Heiterkeit.) Dabei will man doch aber immer eine Lex Heinze haben! (Heiterkeit.) Jedenfalls wird man es verstehen, daß unsere Mitbürger polnischer Zunge annehmen, daß sie außerhalb jedes Rechtsgebietes stehen, wenn man so gegen sie vorgeht.

Der Vorredner hat die russischen Richter als Beispiel hingestellt und meinte, selbst diese könnten nicht schlechter sein. Dieser Hinweis ist verfehlt. Wir verwahren uns entschieden dagegen, russische Richter mit ihren ungeheuerlichen Willkürlichkeiten als Vorbilder hinzustellen. Schlimm genug, daß nach Ansicht des Herrn Vorredners, wenn es schlimmere Richter als die russischen gibt, diese gerade in Deutschland zu finden sein sollen. (Heiterkeit.) Die Antragsteller meinen, mit einer authentischen Interpretation des § 130 könne Abhülfe geschaffen werden. Das ist eine falsche Ansicht. Der Paragraph ist dazu da, um in der Hand eines politischen Gegners als politische Waffe gebraucht zu werden. Je nachdem es sich um Polen oder Nichtpolen, um Sozialdemokraten oder Nichtsozialdemokraten handelt, bietet seine Anwendung das Gegenteil einer Justiz. Ich verstehe es, wenn die Polen von dieser Empfindung aus annehmen, daß es selbst in Rußland noch besser sein könnte, möchte aber unter keinen Umständen zulassen, daß darin eine Empfehlung der russischen Justiz gesehen würde. Der Paragraph ist eben dazu da, demjenigen entgegenzutreten, der einen Fortschritt haben will. Selbst wenn die besten Richter da wären, könnte mit diesem Paragraphen nichts anderes als Unrecht herbeigeführt werden. Der Paragraph beruht auf dem alten Verachtungsparagraphen, von dem früher die preußische Regierung zugeben mußte, daß er so viel Haß und Verachtung geschaffen habe, daß es besser wäre, ihn in das deutsche Strafgesetz nicht aufzunehmen. Aber man wollte nach seiner Abschaffung dem Staate doch einigen Schutz geben und brachte deshalb einen § 130 in Vorschlag, der sich von dem jetzt geltenden nur dadurch unterschied, daß an Stelle des Wortes „Gewalttätigkeiten" das Wort „Feindseligkeiten" stand. Dieses Wort wurde wegen seines quecksilberhaften, kautschukartigen Charakters durch den Reichstag beseitigt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß es nicht verboten sein solle, Ausführungen zu machen, die eine innere Abneigung, eine innere feindselige Stimmung hervorriefen, sondern daß ausdrücklich unmittelbar zu Gewalttätigkeiten angereizt sein müsse. Die vertrauensseligen Nationalliberalen — so vertrauensselig wie jetzt, waren sie allerdings damals noch nicht (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — glaubten, durch diese Abänderung gegen jeden Mißbrauch dieses § 130 genügend geschützt zu sein. Aber die Unabhängigkeit der Rechtspflege, die früher selbst von Konservativen gefordert wurde, ist in Deutschland nie Wirklichkeit geworden, sondern unsere gesamte Rechtsordnung wird beherrscht von den politischen Verwaltungsorganen, von der verantwortungslosen Staatsanwaltschaft. Ohne ein gesetzliches Recht, ohne selbst den Schein des Rechtes, aber doch mit einigen „Entschuldigungsgründen" — so nennt man ja wohl die schriftlichen Entscheidungsgründe, die nach der Verurteilung zu ihrer Begründung erdacht werden — ist man so zu Urteilen gekommen, von denen der Vorredner ja viele Beispiele zitiert hat und von denen wir noch schlagendere Beispiele in der Fülle von Prozessen gegen die Sozialdemokratie haben. Was hat man da alles aus diesem Paragraphen gemacht? Das französische Recht, dem dieser Paragraph entstammt, ebenso wie die englische Rechtsprechung, haben konstant daran festgehalten, daß unter „verschiedenen Bevölkerungsklassen" unter keinen Umständen politische Parteien, Junker, Liberale, Doktrinäre, Patrioten usw. verstanden werden dürften, da es ein Unsinn sei, bestimmten politischen Parteien einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen. In Deutschland hingegen hat man sich ungefähr folgendes Formular zurecht gemacht: Diese und diese Ausführung war geeignet, verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufzureizen. Es kommt nicht darauf an, ob Gewalttätigkeiten begangen worden sind, sondern nur darauf, ob durch sie vielleicht in grauer Zukunft eine Klasse geneigt gemacht werden könnte, Gewalttätigkeiten zu begehen; oder es bedürfe nicht einmal des Begehens, denn es genüge, daß die Anreizung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erfolgt sei. Das widersprach natürlich dem klaren Wortlaut der ganzen Entstehungsweise und insbesondere der Abänderung des § 130 im Reichstage. Noch mehr als unter dem alten preußischen Haß- und Verachtungsparagraphen ist jeder politische Gegner in Gefahr, unter die Schraube des § 130 gepreßt zu werden. So hat man denn in Düsseldorf schließlich den Verfasser eines anarchistischen Flugblattes, das die Notwendigkeit eines Generalstreiks betonte und im übrigen mit Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie angefüllt war, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er zu Gewalttätigkeiten gegen die Sozialdemokraten aufgehetzt hätte und die Sozialdemokraten sich dadurch bedroht fühlen könnten! Wenn ein preußischer Richter das wirklich glaubt, so hätte man ihn doch nicht zum Richter machen sollen; denn von einem Richter sollte man doch einige Kenntnis von den politischen Dingen und der Wirklichkeit verlangen. Aber eine solche Annahme, die den tatsächlichen Verhältnissen schnurstracks widerspricht, wird natürlich nur gemacht, um jemand, den man als Anarchisten kennt, verurteilen zu können. — Als zuerst im Herrenhause einige Junker darauf aufmerksam machten, daß sie durch ein in Ostpreußen verteiltes Flugblatt der Sozialdemokratie beunruhigt seien und daraufhin der Verfasser in Königsberg wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die „Bevölkerungsklasse" der Junker angeklagt und zu zwei oder drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, da ging ein Schrei der Entrüstung durch Deutschland, und die Richter erklärten einstimmig, daß es unsinnig sei, die Junkerpartei als Bevölkerungsklasse bezeichnen zu wollen. Dem praktischen Leben schlagen derartige Verurteilungen tatsächlich ins Gesicht, nicht weil die Richter absichtlich falsch urteilen, sondern weil der § 130, wie jeder politische Paragraph, mit der Zeit notwendig dazu führt, daß an Stelle des Richters der politische Parteimann dasteht.

In den Zeiten der schärfsten Reaktion, im Prozeß gegen Johann Jacoby erklärte Herr Brüggemann, daß man sich hüten müsse, dem Angeklagten seine politische Ueberzeugung zum Vorwurf zu machen; heute wird sowohl den Polen wie den Sozialdemokraten alles mögliche aufs Kerbholz geschrieben, woran die Parteien nicht im geringsten denken. Wenn etwas geeignet ist, die Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander aufzureizen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, dann sind es solche Urteile, wie sie gegen meine Parteigenossen ergangen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Demgegenüber würden die Aenderungen, die der Antrag Chrzanowski an dem § 130 vorsieht, gar nichts nützen. Der Paragraph muß überhaupt beseitigt werden; denn er schlägt dem Fortschritt ins Gesicht. Herr Parzig hat ihn neulich Revolutionsparagraphen genannt. Damit scheint er zu

meinen, daß jeder Richter daran denken müsse, es könne einmal eine Revolution kommen, und um dem vorzubeugen, müsse so schnell wie möglich verurteilt werden. Eine größere Beleidigung der Richter kann es doch nicht geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dem Zentrum gegenüber ist früher, als es noch um sein Recht stritt, auch dieser § 130 angewendet worden, und das Zentrum hat sich damals gegen diese Rechtsprechung aufgebäumt.

Gestern ist hier in Berlin wieder ein Prozeß auf Grund des § 130 geführt worden. Aus einer einfachen Broschüre, die in ruhiger Weise für die Fortentwickelung der Arbeiterklasse eintritt, wurde deduziert, daß Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten in ihr enthalten seien. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, während das Gericht zur Freisprechung kam. Schon der Titel der Broschüre „Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung!" schien ausgereicht zu haben, um gegen die Broschüre loszugehen. Das Volk ist heute so geknechtet und ausgebeutet, daß, wer es darauf aufmerksam macht, es zu Gewalttätigkeiten auffordert. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß an einer Stelle der Broschüre es heißt: „Auf die Schanzen!" und er erklärte, das bedeute natürlich einen Aufruf: wirklich die Schanzen zu erstürmen! Der Angeklagte wies darauf hin, daß es an der Stelle weiter heißt: „Auf die Schanzen, stürmt den Wall, hinter dem das preußische Abgeordnetenhaus . . ." Wenn man das Eine wörtlich nähme, müsse man auch das Andere wörtlich nehmen. Ob aber das Gericht annähme, daß aufgefordert werde, die Leipzigerstraße zu stürmen? Das hat dem Gericht eingeleuchtet. In der Verhandlung rief der Staatsanwalt dem Gericht zu: „Schrecken Sie nicht zurück vor dem Vorwurf einer

Tendenzjustiz,

sondern verurteilen Sie den Angeklagten!" In allen kulturell vorwärtsschreitenden Ländern würde man eine solche Aufforderung für eine schwere Beleidigung der Richter halten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung hat behauptet, sie wolle die Polen germanisieren. Durch derartige Urteile aber kann man nur Haß und Verachtung hervorrufen. Mir genügt der Antrag nicht, wenn er nur die jetzt mögliche, widersprechende Interpretation der Begriffe „Gefährdung des öffentlichen Friedens" und „Anreizung zu Gewalttätigkeiten" beseitigen will. Ich würde für den Antrag stimmen von dem Standpunkt aus, daß der § 130 zu beseitigen ist, daß wir ein anderes Richtermaterial bekommen, und daß die Staatsanwälte durch wirklich unabhängige Leute ersetzt werden, daß sie nicht abhängige Beamte sind, die nach dem politischen Wind von oben her horchen und nicht der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Wir sehen jetzt, daß Verurteilungen und Freisprechungen wegen des Inhalts einer Broschüre bei demselben Gericht erfolgen, je nachdem, ob die Verhandlung am Montag oder am Mittwoch stattfindet: Montags erfolgt Freisprechung, Mittwochs Verurteilung.

Bei der Beratung über die Fassung des § 130 wurde seinerzeit ausdrücklich betont, daß die „Aufreizung zur Gewalttätigkeit" die Bedeutung habe, daß eine Gewalttätigkeit eingetreten sein müßte, wenn eine Verurteilung erfolgen solle. Es genügt aber jetzt, daß Tatsachen festgestellt werden, die darauf hindeuten, daß in irgend welcher Zukunft mal vielleicht die — Junker Gewalt anwenden werden, wenn ihnen auf gesetzlichem Wege ihre Vorrechte genommen werden sollen: Wenn die Sozialdemokraten auf gesetzlichem Wege für die Rechte der Arbeiterklasse eintreten, so werden die Junker aufgereizt, und die Sozialdemokraten müssen bestraft werden! Das heißt: Klassenjustiz in der schlimmsten Weise, Klassenjustiz, die betrieben werden muß, solange der § 130 besteht. Wenn die polnische Partei für die höheren Zölle eingetreten ist und damit selbst Klassenpolitik getrieben hat, so darf sie sich auch nicht darüber beklagen, wenn die Klassenjustiz gegen sie angewendet wird. Ich bitte Sie, dem Antrage in der Erwartung zuzustimmen, daß § 130 völlig beseitigt wird. Notwendig ist aber eine

Reform der Klassenjustiz an Haupt und Gliedern,

der Ersatz der Berufsrichter durch aus allen Kreisen der Bevölkerung gewählte Richter. Wenn das erreicht sein wird, so werden solche dem Volke ins Gesicht schlagende Urteile nicht mehr möglich sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dove** (frs. Vg.): Ich möchte nicht, daß der Eindruck erweckt würde, als ob das Gefühl des Erstaunens über diese Gerichtsurteile nur bei den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei vorhanden sei. Es läßt sich nicht leugnen, daß die zugespitzten nationalen Gegensätze ihre Schatten in die Justizpflege hineinwerfen. Ich habe selbst eine Anklage gesehen, in der die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt wurde, weil es in einer Schrift heißt: „Eisern ist die Hand des preußischen Systems, die unser polnisches Leben bedrückt, es scheint als sollte unser Geist und unsere Energie erdrückt werden." Wenn daraus der Schluß auf Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gezogen wird, so zeigt dies, daß der Paragraph 130 eine Klausel wie der Grobeunfugsparagraph geworden ist. Als einmal ein ungewandter Nachtredakteur der „Frankfurter Zeitung" das Telegramm: „Vom Auswärtigen Amte ist Herr v. Bülow hier", an dessen Ende sich als Telegrammschluß ein Kreuz befand, in folgender Form in die Zeitung setzte: „Vom Auswärtigen Amte ist Herr v. Bülow hier verstorben" (Große Heiterkeit), da fühlte sich die Familie Bülow natürlich etwas beunruhigt. Der Nachtredakteur wurde angeklagt und zwar wegen groben Unfugs. (Große Heiterkeit links.) Das Gericht aber wollte die Familie Bülow nicht als „Bevölkerungsklasse" ansehen, (Große Heiterkeit) sondern fragte erst bei den Polizeidirektionen verschiedener Städte an, ob dort Beunruhigungen weiter Kreise durch dieses falsche Telegramm stattgefunden hätten. (Stürmische Heiterkeit.) Das war nicht der Fall, und der Redakteur wurde freigesprochen. Der § 130 ist ein ebensolcher Kautschukparagraph wie der des groben Unfugs. Ob er ganz abzuschaffen sei, kann fraglich sein. Jedenfalls ist ein Zustand ohne § 130 besser als der gegenwärtige. (Beifall links.)

Abg. **Bachem** (Z.): Eine nationale Tendenz kann an sich noch nicht strafbar sein. Der größte Teil dieses hohen Hauses ist der Meinung, daß Justiz und Politik scharf zu trennen sind. Die Dinge, die bestraft sind, sind nicht so schlimm wie die Urteile, die der polnische Redner besprochen hat. Man hat das Gefühl, daß die Richter in der Ostmark nicht über den politischen Kämpfen gestanden haben. Der § 130 darf nicht dazu benutzt werden, alles das zu bestrafen, was nicht als Hoch- und Landesverrat bestraft werden kann. Die Resolution wendet sich aber an die falsche Adresse. Das Reichsgericht hat nur das Recht einer rechtlichen Nachprüfung; es kann oft nicht anders als die Urteile der vorderen Instanzen bestätigen. Wir wollen deshalb, daß das Wort „Reichsgericht" in der Resolution fortgelassen wird und diese dadurch eine allgemeine Tendenz erhält.

Abg. **Jessen** (Däne) verliest ein plattdeutsches Gedicht, in dem Dänemark verhöhnt wird und stellt diesem ein dänisches gegenüber, das als Aufreizung aufgefaßt sei.

Abg. **Bruhn** (Antis.) tritt ebenfalls für die Resolution ein.

Abg. **v. Chrzanowski** (Pole) erklärt das Einverständnis der Antragsteller mit der Streichung der Worte „seitens des Reichsgerichts".

Die Resolution wird unter Streichung der Worte „seitens des Reichsgerichts" angenommen. Gegen die Resolution stimmen die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen!

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Nachtragsetats für die Kolonien).

Schluß $5^1/_4$ Uhr.

* * *

Vom parlamentarischen Bureau Baake-Guttmann erhalten wir folgende Zuschrift:

Das heute vorliegende amtliche Stenogramm der Sonnabendsitzung bestätigt den sachlichen Inhalt der in der Dienstagnummer erschienenen Berichtigung des Genossen Richard Fischer. Die irrtümliche Wiedergabe mancher Stellen der Fischerschen Rede im Reichstagsbericht erklärt sich daraus, daß der Redner von seinem Platze aus sprach und der Journalistentribüne den Rücken zuwandte. —

C. Baake.

Die Krisis in der italienischen Partei.

Rom, 10. März. (Eig. Ber.)

Die in kurzen telegraphischen Berichten skizzierte und durch weitere Depeschen voraussichtlich bald in ihren Endphasen angedeutete Entwickelung der Ereignisse, jene Entwickelung, die mit dem Beschlusse der Fraktion endete, zugunsten Sonninos zu stimmen, verdient, in ihren Einzelheiten dargetan und mit Dokumenten belegt zu werden. Wenn sie dadurch nicht klarer und verständlicher wird, so ist das nicht unsere Schuld. Besonders befremdend ist hier ja gerade der völlige Mangel an Entwickelung, das Fehlen jedes gradweisen Ueberganges von der offen antiministeriellen Haltung bis zur Gewährung eines politischen Votums für das neue Kabinett.

Wir lassen den Tagesordnungen, die den Wert parteigeschichtlicher Dokumente haben, das Wort. Auf dem Parteitag von Bologna gelangte folgende Tagesordnung Ferri mit 16 304 gegen 14 844 Stimmen zur Annahme:

„In der Ueberzeugung, daß die Methode des Klassenkampfes mit der Unterstützung einer Regierungsrichtung oder der Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung unvereinbar ist, erklärt der Kongreß, daß für die umfassende Wirksamkeit der sozialistischen Partei vielfache Formen der täglichen Aktion nötig sind, die auf die Bildung des sozialistischen Klassenbewußtseins, auf die kritische Bekämpfung des Ausbeutungs- und Schmarotzersystems und auf die Eroberung wirtschaftlicher, politischer und administrativer Reformen gerichtet sein muß, und bestätigt — auf der Grundlage der disziplinierten Unterordnung der Minorität und der gemeinsamen Arbeit aller Sozialisten — die Einheit der Partei."

Diese Tagesordnung, die uns nicht danach angetan scheint, verschiedenen Interpretationen Spielraum zu bieten, hatte im April 1904 keine aktuelle Bedeutung. Die Fraktion war bereits zur Opposition übergegangen, und die schlaffe reaktionäre Haltung der „liberalen" Regierung verlockte wahrlich nicht zu einer veränderten Taktik der Partei. Inzwischen sind keine neuen Elemente in das politische Leben getreten. Die Politik Giolittis hat ihre Selbstzersetzung vollendet. Ihr Wahlsieg im November 1904, der der Sieg der Unredlichkeit war und jene Kammer zeitigte, in deren marklosschleimiger Masse jede Aktion versinkt, beschleunigte nur den Prozeß der Auflösung. Kann sein, daß neben diesem Prozeß sich die Neubildung um einen gesunden bürgerlichen Kern, um ein ehrliches Reformprogramm vollzog. Wir können es auch nicht als ausgeschlossen erklären, daß Sonnino den Mittelpunkt dieser bourgeoisen Reaktion gegen die Fäulnis und Stagnation der herrschenden politischen Clique bildete. Nur haben wir keinerlei Beweis für diese Annahme. Sonnino hat manche Rede gehalten, hat wacker gegen das Ministerium gestimmt, aber wir wußten nicht, woher er das Vertrauen gewonnen haben könnte, das ihn heute umgibt — es sei denn, daß dieses Vertrauen, von Giolitti enttäuscht, sich an Sonnino geklammert habe, einfach aus dem psychologischen Bedürfnis nach einem Anhaltspunkte oder aber aus dem Verlangen: das, was Giolitti nicht war, in irgend einem anderen Staatsmanne zu personifizieren. Man sagte sich: Sonnino hat allezeit Giolitti bekämpft, er ist also anders als Giolitti, frei von den Fehlern, die dieser hatte, er ist sein Gegenpart, kann also kein Opportunist sein, kein Mann der Phrase. Und so geschah das Unglaubliche, daß bei den ersten Anzeichen der vorigen Krise der „Avanti" dem Gedanken eines Ministeriums Sonnino offen seine Sympathie aussprach.

In der Tat war der Ekel, den die verlogene Phrasenpolitik der „Liberalen" erregte, tief und berechtigt; man konnte verstehen, daß das bloße Ende dieser Aera als eine Erleichterung empfunden wurde — auch von den Sozialisten, die sonst keine Veranlassung haben, feine Unterscheidungen zwischen einer Fraktion der Bourgeoisie und der anderen zu machen. Es wäre nun wohl bei dieser rein beschaulichen Befriedigung geblieben, wenn nicht Fortis durch eine geringe und schwankende Mehrheit gestürzt worden wäre. Dieser Umstand scheint unserer Fraktion den Gedanken eingegeben zu haben, daß ihr die Pflicht zufalle, die Rückkehr der Clique Fortis-Giolitti zu verhindern.

Nebenbei gesagt — es ist dies wirklich eine Nebensache — findet diese Auffassung in den Tatsachen keine Bestätigung: die äußerste Linke, nicht aber die sozialistische Partei allein, konnte durch ihre Stimmenzahl die Wage zur einen oder zur anderen Seite senken. Die Radikalen mit einigen 30 Stimmen waren dem Kabinett sicher, die kleine Fraktion der Republikaner hatte sich — in konsequenter Anwendung ihrer Prinzipien — zur Opposition geschlagen: der kleinen Schar der Sozialisten fiel die Verantwortung für den Ausgang des Votums also noch nicht einmal zu, ganz abgesehen davon, daß ein Ministerium der Rechten und des Zentrums aufhört lebensfähig zu sein, wenn es den 16 oder 20 Stimmen der Sozialisten seine parlamentarische Existenz verdanken muß.

Angesichts der in der Parteipresse zutage tretenden Tendenz, bei dem nächsten politischen Votum für Sonnino zu stimmen, beschäftigte sich also der Parteivorstand mit der Frage in Abwesenheit Ferris, der andere, nach Festsetzung der Sitzung übernommene Verpflichtungen für dringender hielt, und in Abwesenheit Bissolatis, den bekanntlich die römische Parteifraktion ausgeschlossen hat. Die Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte und über die wir am 7. d. M. telegraphisch kurz berichteten, hatte folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die sozialistische Aktion im Lande nicht von der im Parlamente zu trennen ist und daß daher der Parteivorstand die Stellung der Partei gegenüber den heute an der Spitze der italienischen Regierung stehenden Personen nicht unbeachtet lassen kann; in Erwägung, daß das Proletariat in jeder Regierung nur die Interessenvertretung der herrschenden Klasse sehen kann; unter Berufung auf die vom Parteitag zu Bologna angenommene Resolution Ferri, die — in folgerichtiger Anwendung der Methode des Klassenkampfes — jeder Regierungsrichtung die Unterstützung verweigerte; in Erwägung ferner, daß seit dem Parteitag von Bologna keinerlei neue Geschehnisse eine Aenderung in der Stellung der Partei rechtfertigen könnten, und daß die von jedem Ministerium versprochenen Reformen eine Täuschung sein werden, solange die ganze italienische Politik und Finanz durch unkontrollierbare Verpflichtungen an Interessen gebunden bleiben, die dem Lande fremd sind: fordert der Vorstand der italienischen Partei das organisierte Proletariat auf, die Agitation für die wichtigsten Eroberungen auf dem Gebiete der Volksrechte, des politischen Einflusses und der wirtschaftlichen Verbesserungen zu verschärfen ohne Rücksicht auf kleinliche Opportunitätsgründe, und spricht den Wunsch aus, daß die parlamentarische Vertretung der Partei, obwohl sie dem Parteivorstande gegenüber autonom ist, wie dieser ihre Aktion den Kongreßbeschlüssen unterordnen werde, dem Ministerium Sonnino jede offene oder versteckte Unterstützung verweigernd und ihr Vertrauen nicht in parlamentarische Kombinationen setzend, sondern in die Solidarität und Organisation der Arbeiterklasse." —

Auch diese Tagesordnung scheint uns von jeder Zweideutigkeit frei zu sein. Trotzdem erklärte Ferri in der Fraktionssitzung vom 8. März: er stände ganz auf dem in ihr vertretenen Standpunkte, was aber keineswegs seine Absicht ausschlösse, beim nächsten politischen Votum für Sonnino zu stimmen! Ein politisches Votum bedeute, so sagte er, nicht die „Unterstützung einer Regierungsrichtung", sondern sei schlechthin auf eine Linie zu setzen mit einem von Fall zu Fall konkreten Gesetzesentwürfen gewährten Votum. Niemand könne es der Fraktion verargen, wenn sie einem guten Regierungsentwurf ihre Stimme gäbe. Warum sollte sie sie daher einer Reihe guter Entwürfe verweigern, bloß weil diese die Form eines Regierungsprogramms hätten? Er (Ferri) könne auch das Votum des Parteivorstandes nur in diesem Sinne auffassen.

Man lud den Vorstand auf gestern früh zu einer gemeinsamen Sitzung ein, die aber natürlich nicht zu einer Versöhnung der Gegensätze führen konnte. Der Vorstand, vertreten durch Guarino und Lerda, erklärte lediglich, daß er ein Vertrauensvotum in allen Fällen als Unterstützung einer Regierungsrichtung, nicht als Votum für konkrete Projekte ansehen könne. Die Fraktion nahm darauf einstimmig — gegen de Felice, der nicht Partei-, wohl aber Fraktionsmitglied ist — die folgende von Ferri eingebrachte Tagesordnung an:

„In der Ueberzeugung, daß das Proletariat kein politisches Vertrauen zu irgend einer bürgerlichen Regierung haben kann; erwägend, daß im gegenwärtigen Falle es den arbeitenden Klassen nicht nützlich wäre, die Rückkehr einer angeblich liberalen Regierung heraufzubeschwören, die in Wirklichkeit die Affaristen beschützt und sich mit den Klerikalen verbündet, beschließt die sozialistische Parlamentsfraktion, für das Ministerium zu stimmen, um es nach seinen Taten bewerten zu können, und erklärt sie sich schon jetzt bereit, zu energischer Opposition überzugehen, falls die Regierung gegen die Volksrechte Stellung nimmt oder sich schlaff zeigt in der Verwirklichung der angekündigten Reformen."

Die Fraktion behielt sich vor, nach den weiteren Erklärungen der neuen Minister vor dem Votum noch einmal zu beraten. —

Aus der Diskussion ist hervorzuheben, daß Turati vorschlug, den ersten Satz zu streichen, und daß mehrere Abgeordnete, vor allem unser blinder Genosse Rigola, auf die Spärlichkeit des Programms Sonnino und auf seinen ausschließlich konservativen Charakter hinwiesen. Trotzdem — so unfaßlich dies scheinen mag — erfolgte die Annahme der Resolution Ferri einstimmig. Man darf aber nicht glauben, daß hierfür das Programm des neuen Kabinetts ausschlaggebend war. Dies ist ein echtes und rechtes Programm konservativer Reform, dem man eine gewisse Einheitlichkeit, praktischen Sinn und Durchführbarkeit nicht absprechen kann. Besonders die Abschaffung der Präventivbeschlagnahme der Zeitungen ist freudig zu begrüßen. Auch die süditalienische Frage, das Eisenbahnproblem, die innere Kolonisation finden Anbahnungen zu einer friedlichen Lösung, und für den Ausbau der Arbeiterversicherung, für die Gründung eines Arbeitsministeriums sind Versprechungen gegeben worden. Was aber in dem Programm fehlt, das sollte gerade die sozialistische Fraktion am wenigsten vergessen: Es fehlt die Herabsetzung des Kornzolles, die Konvertierung der Rente, das Gesetz über die Ehescheidung, das doch in der Thronrede versprochen worden ist. Es fehlt die Erweiterung des Wahlrechts, für die Sonnino doch in seiner Kandidatenrede eingetreten war. Das Programm Sonninos ist also ein konservatives Reformprogramm, nicht mehr und nicht weniger. Ein solches mag dem Lande nützlich sein, tausendmal nützlicher als die Phrasenpolitik a la Giolitti, aber nie und nimmer ist es der sozialistischen Partei nützlich, sich den Zwecken eines konservativen Programms unterzuordnen. Man lasse die innere Logik der Dinge sich vollziehen: Repräsentieren die Konservativen um Sonnino den gesunden und tüchtigen Teil des italienischen Bürgertums, so werden sie auch die Kraft haben, sich durchzusetzen; repräsentieren sie ihn nicht, nun — so braucht sich die Partei wahrlich nicht um ihr Siegen oder Unterliegen zu kümmern.

Zweifellos war die Fraktion formell im Recht, als sie über das Votum des Parteivorstandes zur Tagesordnung überging. Durfte sie aber einem Parteitagsbeschluß das gleiche widerfahren lassen? Wir glauben das nicht und glauben auch nicht, daß sie bei ihrem Tun einen auch nur minimalen Bruchteil der Parteigenossen hinter sich hat.

Auch die Stellung des Zentralorgans, des „Avanti", ist die denkbar schwierigste geworden: durch den Uebergang zum Ministerialismus setzt sich das Blatt in Widerspruch zum Parteivorstand, dem die Oberaufsicht über die politische Stellung der Zeitung zukommt. Man scheint die Lehren der jüngsten Vergangenheit vergessen zu haben, man scheint sich nicht mehr zu erinnern, daß vor gar nicht langer Zeit nicht nur die Existenz des „Avanti", sondern auch die Einheit der italienischen Partei am Ministerialismus zugrunde zu gehen drohte! Will man das einmal mißglückte Experiment heute wiederholen, unter ungünstigeren Bedingungen und bei weit wertloserem Einsatz?

Parlamentarisches.

Militärisches Allerlei.

Die Budgetkommission des Reichstages trat gestern in die Beratung des Militäretats ein. Abg. Genosse Hue brachte Geschützoptierungen zur Sprache. Nach Ansicht von Sachkennern enthalten die für die deutsche Feldartillerie bestimmten Geschütze im Verschluß schwere Konstruktionsfehler, die unter Umständen das Leben der Bedienungsmannschaften gefährden. Genosse Hue erörterte eingehend die technischen Details und betonte, seine Darlegungen bezwecken natürlich keineswegs, auf eine Verbesserung der Mordwerkzeuge hinzuarbeiten, sie sollen nur dem Schutze der Bedienungsmannschaften dienen, die nach dem Urteil von Gewährsmännern an Leib und Leben gefährdet seien, wenn der jetzige Verschluß an den Geschützen belassen werde. Der Kriegsminister erklärte, ein Geschütz und Verschlüsse, wie sie der Abg. Hue beschrieben habe, existieren in der deutschen Armee überhaupt nicht. Die deutsche Feldkanone Modell 96, sei unzähligen und gründlichsten Prüfungen unterworfen worden, die, ebenso wie die seitherige Benutzung der Geschütze ergeben haben, daß Deutschland mit dieser Kanone ein vorzügliches Geschütz besitze, das, wie er hoffe, Generationen überdauern werde. Dieser kühnen Behauptung fügte der Kriegsminister einen feierlichen Protest dagegen an, daß der Kriegsverwaltung jemand zutraue, sie stelle mangelhaft konstruierte Geschütze in den Dienst. Genosse Hue hielt seine Darlegungen aufrecht, weil er fest auf seine Gewährsmänner vertraue, die bestimmt behaupten, der neuerdings an dem genannten Geschütz angebrachte Kompromißverschluß enthalte schwere Fehler. — Der Abg. Roeren, unterstützt von seinem Fraktionskollegen Erzberger, kritisierte die zahlreichen und seiner Ansicht nach oftmals völlig unnützen Stellen von Platzmajoren und ähnlichen Chargen. Auf der „Festung" Königstein (Sachsen), wo nur eine Kompagnie liegt, ist ein Kommandant, ein Platzmajor und ein Adjutant vorhanden. Aehnlich steht es in vielen anderen Garnisonen. Die Leute stehen sich nur gegenseitig im Wege; die Stellen seien wohl nichts weiter als Sinekuren. Die Militärverwaltung führte dagegen haltlose „Gründe" ins Feld. So führte ein sächsischer Offizier für die Notwendigkeit der drei monierten Chargen auf dem Königstein an, der Platzmajor müsse u. a. auch als — Standesbeamter fungieren. An die historisch bekannten Rangstreitigkeiten auf dem Regensburger Reichstag erinnerte die weitere Debatte über die beiden Ulmer Platzmajore (einen bayerischen und einen württembergischen). Das Zentrum wollte einen davon streichen. Ein bayerischer Oberst setzte auseinander, es könne höchstens den württembergischen Platzmajor streichen, weil die bayerische Stelle auf Reservatrecht beruht, da laut Staatsvertrag die Bayern sich nicht von Offizieren einer „fremden" Macht kommandieren lassen. Ergebnis der hochpolitischen Debatte: der Platzmajor auf Königstein wurde als — künftig wegfallend bezeichnet. Mit dieser köstlichen Randbemerkung versehen,

wird er noch sehr lange im Etat stehen. Die Forderung für weitere 20 patentierte Oberstleutenants die Gehaltszulage von 1150 M. pro Jahr zu gewähren, brachte das bekannte Liebersche Wort von den blamierten Europäern wieder einmal zu Ehren. Der Reichstag hat seinerzeit den Infanterie-Oberstleutnants diese Zulage gewährt, weil bei der Infanterie die Avancementsverhältnisse schlechtere sein sollten als bei anderen Waffengattungen. Im Vorjahre gewährte die flottenbegeisterte Mehrheit, einschließlich der Freisinnigen, glattweg auch den Korvettenkapitänen diese Zulage. Der Kriegsminister nahm von dieser Bewilligungslust sofort Notiz und fordert jetzt für alle Oberstleutnants eine Zulage von 1150 M., ebenso auch für die General-Oberärzte. Als die Herren Roeren und Erzberger (Z.) und Müller-Sagan (frs. Vp.) auf Ablehnung der Neuforderungen drangen, erwiderte ihnen freundlich lächelnd der Kriegsminister: „Sie sind so liebenswürdig gewesen, für die Fregattenkapitäne die Zulage zu geben; also erfülle ich nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn ich um die gleiche Vergünstigung für alle patentierten Oberstleutnants fordere. Ich wäre nie auf diesen Gedanken gekommen, wenn Sie die Vergünstigung nicht auch auf die Kapitäne ausgedehnt hätten.“ Die Ausreden der in der eigenen Schlinge gefangenen Herrschaften hörten sich recht amüsant an. Der Kriegsminister hatte ja schließlich die Logik und Konsequenz für sich. Daß er von Herrn Müller und seinen bewilligungslustigen Kollegen ebenfalls Konsequenz erwartete, machte Herrn Müller einfach sprachlos. Die Neuforderung wurde schließlich mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso der Vorschlag des Kriegsministers, die Zahl der Zulage empfangenden Oberstleutnants endgültig auf 195 festzulegen. — Donnerstag Fortsetzung der Beratung.

Befreiung Schwachsinniger vom Militärdienst.

Ueber eine aus Hamburg eingegangene Petition, die gestern in der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung gelangte, beschloß diese die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. In der Petition wird u. a. vorgeschlagen, daß die Leiter der in vielen Großstädten errichteten Schulen für Schwerbefähigte, nach Abgang der Schüler ein Verzeichnis derselben der Militärbehörde zustellen sollen. Der Regierungskommissar erklärte, daß die Militärverwaltung selbst ein großes Interesse daran habe, geistig minderwertige Personen vom Militärdienst auszuschließen. Es sei jedoch nicht immer möglich, bei der Ausmusterung der jungen Leute ein richtiges Urteil über deren geistige Fähigkeiten zu fällen. Es fänden deshalb auch versuchsweise Einstellungen in den Militärdienst statt. Die Leiter von Irrenanstalten seien verpflichtet, ein Verzeichnis der in den betreffenden Anstalten verpflegten Geisteskranken der Polizeibehörde einzureichen. Es würde sich vielleicht empfehlen, solche Verzeichnisse auch der Militärbehörde zugehen zu lassen, soweit es sich um junge Männer handelt, die sich zur Ausmusterung noch nicht gestellt haben.

Verböserungskommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Berggesetznovelle betreffend Regelung der Knappschaftskassenverhältnisse beriet am Mittwoch zunächst den § 175, der von der Bildung des Reservefonds der Krankenkassen handelt. Die Vorlage will, daß ein Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgaben der letzten drei Jahre angesammelt werden müsse, eine Bestimmung, die von nationalliberaler Seite wie vom Zentrum bekämpft, aber schließlich in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurde. Dann wurden die Bestimmungen über die Wahl der Knappschaftsältesten beraten. In der Regierungsvorlage war die geheime und direkte Wahl vorgesehen; die geheime Wahl wurde aber von der Kommission abgelehnt, die direkte angenommen. Außerdem wurde ein von den Nationalliberalen und dem Zentrum gestellter Antrag, daß auch die Verhältniswahl zulässig sein kann, angenommen.

Aus der Partei.

Der staatsgefährliche Heine. Als Genosse Düwell kürzlich in der zu Dresden gehörigen Vorstadt Mickten einen Vortrag über Heinrich Heine hielt, zitierte er auch einige Gedichte. Bei der Rezitation aus der „Deutschlandsreise“ wurde ihm das Wort entzogen. Der Beamte wollte verhindern, daß der gefährliche Satz vom Himmel, Engeln und Spatzen mit vorgelesen wurde. Zum zweitenmal wurde die Rezitation bei dem Vortrage einer an den früheren Bayernkönig gerichteten Strophe aus dem „Atta Troll“ polizeilich unterbrochen. Diesmal wurde dem Genossen Düwell das Wort ganz entzogen. Er durfte überhaupt nicht weiter rezitieren. Sachsen war gerettet.

Die Partei in Hamburg. Nach dem von den sozialdemokratischen Vereinen in Hamburg herausgegebenen Jahresbericht beträgt die Zahl der Abonnenten des „Echo“ 45 000. — Seit Abfassung des Berichts hat sich die Ziffer um 2000 erhöht. — Für die russischen Revolutionäre konnte die Hamburger Parteileitung bis Schluß des Jahres 1905 die Summe von rund 40 000 M. an den Parteivorstand in Berlin absenden; inzwischen sind weitere Summen eingegangen. Die Sammlungen werden fortgesetzt. Der Vertrieb des „Hamburger Echo“ in Parteiregie schloß mit einem Aktivsaldo von 10 781,71 M. ab. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine bezifferten sich am Schluß des Jahres 1905 wie folgt: Erster Wahlkreis 4832, zweiter Wahlkreis 5190, dritter Wahlkreis 11 756. Die Gesamtzahl ist also 21 756 gegen 18 186 im Vorjahre; die Zunahme beträgt 3570 Mitglieder. Am stärksten vertreten ist die Altersstufe von 30—40 Jahren mit 7473 Mitgliedern, 6283 gehören der Altersstufe von 20—30 Jahren an, 4624 der von 40—50, 1970 der von 50—60, 33 Mitglieder sind über 70 Jahre alt.

Versammlungsauflösung gegen — Revolution. Die schwere, bange Frage, die so manchem Spießer Angstschweiß auspreßt, Staatsanwälte, Richter, Minister, Militärs, Polizisten, Gendarmen und Spitzel in Aufregung hält, die Frage: wie verhindern wir die Revolution? hat ein Versammlungsüberwacher in — Königsberg in genialer Weise spielend gelöst. Als der Referent in einer Versammlung sich über die Formen des politischen Massenstreiks äußerte und dabei das Wort Revolution gebrauchte, löste der Sicherheitsmann die Versammlung kurzerhand auf. Da nach Meinung der Staatsweisen Revolutionen von Agitatoren gemacht werden, ist das Gegenmittel gefunden. Jedesmal wenn ein Referent „Revolution“ sagt, wird aufgelöst und die Revolution ist tot. Hoffentlich nimmt und erhält der Beamte — Buchhorn ist sein Name — ein Patent auf sein Heilmittel gegen Revolution.

Parteitag in Dänemark. Auf dem Parteikongreß der dänischen Sozialdemokratie zu Aarhus 1903 wurde beschlossen, den nächsten Kongreß im Jahre 1906 zu Kopenhagen abzuhalten. Der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Verbandes hat nun den Kongreß auf den 12. April einberufen. Er wird drei Tage dauern. Wie vor drei Jahren wird es auch diesmal eine der Hauptaufgaben sein, über die Stellung zu den bevorstehenden Folkethingswahlen zu beschließen.

Kommunale Politik. Die von Paul Hirsch herausgegebene Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinend, ist um eine neue lehrreiche Arbeit bereichert worden. Hugo Lindemann hat in Heft V das wichtige Gebiet der „Steuern und Gebühren“ behandelt. Gerade dieser Frage ist bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt worden. Wohl hat die Sozialdemokratie bestimmte Grundsätze hierfür aufgestellt, aber ihre Propagierung wird den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeinden erheblich erschwert, da ihnen das zur Begründung erforderliche Material nicht zur Verfügung steht. Diese Lücke in unserer Literatur füllt das neue, drei Bogen starke Heft aus. Bei der beschränkten Steuerautonomie der Gemeinden ist die Kenntnis der einschlägigen landespolizeilichen Bestimmungen unbedingte Voraussetzung für ein ersprießliches Wirken in der Kommune. Auch nach dieser Richtung hin hat Lindemann die ihm gestellte Aufgabe gelöst. Die Broschüre ist fesselnd geschrieben und gibt in gemeinverständlicher Weise Aufschluß über eine Reihe von Fragen, die fast täglich an die in der Praxis stehenden Genossen herantreten.

Der Preis für die Broschüre ist 60 Pf.; eine Agitationsausgabe kostet 30 Pf. Alle Parteibuchhandlungen, in Berlin auch die Parteispediteure, liefern diese Broschüre sowie sämtliche in dieser Sammlung bisher erschienenen.

Die „März-Zeitung“ der Buchhandlung Vorwärts ist erschienen. Der reichhaltige, mit vielen Illustrationen versehene Text gilt dem Freiheitssänger und Satiriker Heinrich Heine. In die Wesenheit des Dichters, in sein Leben und Wirken führt uns ein schwungvoller Aufsatz Hermann Wendels, der vor uns in lebendigster Weise ein prächtiges Charakterbild des Gefeierten erstehen läßt. Ergänzt wird es durch Anton Fendrich, welcher den bedeutenden Einfluß der Frauen auf das Leben und Schaffen des Dichters schildert. Von der Freundschaft, die Heine mit Karl Marx verband, spricht Wilhelm Blos; auch ein abgedruckter Brief gibt davon Kunde. Ueber die Prosaschriften schreibt John Schikowski; besonders interessant aber sind die Ausführungen Hermann Molkenbuhrs, der uns erzählt, wie Heine in den Tabakqualm geriet und den Hamburger Arbeitern Agitationswaffen lieferte. Heinrich Schulz endlich zeigt uns, warum die Denkmalsfreudigen keinen Marmor für den heute noch bitter gehaßten Sänger übrig haben. Einige Zitate vervollständigen den Inhalt der 16seitigen Nummer, die für 20 Pf. in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist und ebenfalls durch die Kolporteure und Zeitungsausträger, in Berlin auch bei den Parteispeditenren bezogen werden kann.

Soziales.

Die Einführung des Befähigungsnachweises, welche früher als Allheilmittel zur Hebung des Handwerks eifrig propagiert wurde, ist in den letzten Jahren auch in den Kreisen der Handwerker selbst als ungeeignet zur Erreichung des gesteckten Zieles erkannt worden. Um so mehr muß es auffallen, daß jetzt in dem Berufe der Musiker für die Einführung des Befähigungsnachweises im Musikergewerbe Propaganda gemacht wird.

Als Frucht dieser Agitation darf wohl eine dem Reichstage zugegangene Petition des Deutschen Musikdirektoren-Verbandes in Leipzig betrachtet werden. Die Petenten fordern, daß den Titel: Musikdirektor, Kapellmeister usw. nur diejenigen führen sollen, welche eine „staatlich geregelte“ Prüfung bestanden haben. Die Namen der Personen, welche den Befähigungsnachweis erbracht haben, sollen dann in vom Bundesrate zu bestimmenden Blättern veröffentlicht werden.

Außerdem schlägt die Petition vor, in der Gewerbeordnung zu bestimmen, daß Musikunternehmer eine von den zuständigen Ortsbehörden festzusetzende Kaution zu hinterlegen haben.

Mit Recht fordert die Petition ferner, es solle die Unsicherheit bezüglich der Zuständigkeit der Gewerbegerichte und der Krankenversicherungspflicht für die im Musikgewerbe beschäftigten Personen beseitigt und die Fortbildungsschulpflicht der Musikschüler durch gesetzliche Bestimmungen geregelt werden.

Mißglückter Versuch, hygienische Vorschriften zu umgehen. Der Ziegeleibesitzer Siepmann aus Röhlinghausen war auf Grund einer bereits früher vom Kammergericht für gültig erklärten Regierungspolizeiverordnung vom 20. Februar 1904, betreffend die Beschaffenheit von Massenquartieren für landwirtschaftliche und gewisse gewerbliche Arbeiter (Ziegler z. B.), angeklagt worden. Bei seiner Ziegelei in Röhlinghausen besitzt er auch Schlaf- und Wohnräume für Arbeiter, welche in verschiedener Hinsicht den hygienischen und sittlichen Anforderungen der Verordnung nicht entsprachen. Er lehnte die strafrechtliche Verantwortung ab, weil er die etwa dreißig Personen, die während der Kampagne dort hausten, nicht beschäftige. Das täten die Ziegelmeister, denen er vertraglich die Fabrikation überlasse. Mit diesen werde pro Tausend Steine ein bestimmter Preis verabredet. Weiter habe er nichts mit der Arbeit zu tun. Die Leute nehme an, beschäftige und entlohne der Ziegelmeister. Also stelle der jeweilige Ziegelmeister den Arbeitern die Schlaf- und Wohnräume zur Verfügung. — Das Landgericht Bochum als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten und führte aus, daß er als derjenige gelten müsse, der den Leuten die Räume zur Verfügung halte. Bei den Verträgen mit den Ziegelmeistern handele es sich lediglich um Werkverträge, und im übrigen enthielten diese nicht die geringste Bestimmung bezüglich der Arbeiterquartiere. Weder sei der Ziegelmeister haftbar, noch könne er irgend etwas zur Beschaffenheit der Räume tun. — Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision als unbegründet, da dem Vorderrichter kein Rechtsirrtum zur Last falle.

Zur Beschickung hygienischer Kongresse durch Krankenkassen. In der neulichen Wiedergabe des Referats des Geschäftsführers (nicht Vorsitzenden) der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Albert Kohn, ist als Höchstbetrag der Summe, die die Statutenänderung für die Beschickung von Kongressen usw. forderte, 15 000 M. angegeben. Es muß heißen: 1500 M.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftslage in der Maschinenindustrie. Die Rentabilität in der Maschinenindustrie war im verflossenen Jahre weit günstiger als 1904. Von 25 Maschinenbaugesellschaften, die in allerjüngster Zeit ihr Gewinnergebnis für das abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlichten, ist noch nicht eine einzige, die eine geringere Dividende zur Verteilung brächte als im Vorjahre; fünf von ihnen können das Aktienkapital sogar wesentlich höher verzinsen als 1904/05.

Alle Zweige der Maschinenindustrie, mit Ausnahme vielleicht des Lokomotivbaues, haben große Mengen ihrer Erzeugnisse ins Ausland versandt. Die Zollbelastung trifft insofern den Werkzeugmaschinenbau am schärfsten, als gerade dieser Zweig in den letzten Jahren seinen Export ganz beträchtlich gesteigert hat. Im Januar 1905 betrug die Ausfuhr mehr als das Vierfache von der des Januar 1900; im laufenden Jahre ist die Zunahme noch bedeutend größer. Hervorragend ist der Anteil, den Rußland und die Schweiz an dem deutschen Werkzeugmaschinenexport genommen haben. Eigenartig ist die Entwickelung des Außenhandels bei landwirtschaftlichen Maschinen. Während in allen früheren Jahren ein Ausfuhrüberschuß erzielt wurde, geht im Januar 1906 trotz einer starken Steigerung der Ausfuhr der Import über den Export hinaus. Gegen 1856 Doppelzentner im Januar 1905 wurden in diesem Jahr 11 702 Doppelzentner eingeführt. Besonders kräftig war die Ausfuhrsteigerung auch noch bei Dampfmaschinen. Bei den verschiedenen Maschinengattungen stieg der Januarexport von 169 010 Doppelzentnern im Jahre 1905 auf 227 445 im Jahre 1906, also um 58 435 Doppelzentner, während 1905 die Zunahme gegen das Vorjahr nur 17 548 Doppelzentner betragen hatte.

Preisüberspannung. Der bis auf 74 Mark hinaufgetriebene Preis für Luxemburger Roheisen konnte sich auf der Höhe nicht halten. Nachdem schon vor einigen Tagen in Kampfstellung gegen englisches Eisen der Preis auf 70 Mark herabgesetzt wurde, ist nunmehr eine weitere Reduktion um 2 Mark eingetreten.

Die deutsche Treuhand-Gesellschaft erzielte im letzten Jahre einen Gewinn von 414 259 M. — 901 M. mehr als im Vorjahre —. Daraus werden der Spezialreserve 125 000 M. überwiesen, der Aufsichtsrat erhält 18 454 M., 45 805 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen und 225 000 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 15 Proz. verwandt.

„Nordstern“ Bergwerks-Gesellschaft. Der pro 1905 erzielte Bruttogewinn beläuft sich auf 5 406 622 M. Nach Abzug von 1 664 607 M. (1 738 007 M.) Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 3 742 013 M. (3 729 271 M.), aus welchem 15 Proz. Dividende — im Vorjahre 14 Proz. — verteilt werden sollen. Die Selbstkosten pro Tonne sind um 3,51 Proz. gefallen. Die Gesellschaft klagt darüber, daß seitens des Syndikats die Kohlen nicht durchweg in den Sorten abgerufen worden sind, als sie vom Nordstern angemeldet waren. Trotz der günstigen Konjunktur mußten größere Mengen besserer Sorten, wie Nüsse, Generatorkohlen usw. zu den Preisen geringwertigerer Sorten abgegeben werden, wodurch ein Schaden von weit über 100 000 M. erwachsen ist. Die Zechen befinden sich bei derartigen Dispositionen des Syndikats in einer üblen Lage, indem sie einfach vor die Alternative gestellt werden, entweder die guten Sorten zu den Preisen minderwertigerer Qualitäten abzugeben oder keinen Absatz zu haben — und sich mit Notstandsdividenden von „nur“ 15 Proz. zu begnügen.

Zentralverband der Konditoren. Donnerstag, den 15. März cr., abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Mitteilungen der Lokalverwaltung. Verbandstagsanträge. Verschiedenes.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Luckau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 15. März, abends 8½ Uhr: Monatsversammlung bei Weinacht, Grünstraße 21.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins. Donnerstag, den 15. d. Mts, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Mitgliederversammlung.

Todes-Anzeige.

Am 13. März, früh 5½ Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur

Johannes Jusseit.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in der Seestraße aus statt. 4715

Um stilles Beileid bitten

Die trauernde Witwe und Kinder

Stettinerstr. 37.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 13. d. M. verstarb unser Mitglied, der Restaurateur

Johannes Jusseit

Stettinerstr. 37.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Pauls-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

247/13 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.

Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Albert Schulze

am Dienstag, den 13. d. M., im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lutzen-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg (Westend) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

195/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Wilhelm Mittelstädt

am 12. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Auferstehungsgemeinde in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

62/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß **meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter** am 12. d. M., 8½ Uhr abends, an Bauchfellentzündung nach kurzen schweren Leiden gestorben ist.

Herm. Tausendschön

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Krankenhauses am Friedrichshain auf dem Gethsemane-Kirchhofe in Nordend 4½ Uhr statt. 4492

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Hierdurch den Kollegen zur Mitteilung, daß unser Mitglied

Karl Prause

am Sonntagnachmittag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Golgatha-Friedhofes (Barfusstraße) aus statt.

156/9 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes und unseres guten Vaters, des Maurers

Hermann Oenigk

sagen wir allen Genossen und Freunden, insbesondere dem Genossen Obst sowie dem Gesangverein Rote Nelke I. unseren innigsten Dank. 4685

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Richard Hinnrasky

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

114/6 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein für Tegel und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Herm. Lüders

am 12. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Golgatha-Kirchhofes (Barfusstraße) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

222/6 **Der Vorstand.**

Allen Freunden, Genossinnen und Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere sorgsame Mutter

Eva Hoffmann

geb. **Friedrich**

am 12. d. Mts. im Alter von 39 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus. 4482

Um stilles Beileid bittet

Der trauernde Gatte

Paul Hoffmann nebst Kindern,

Rixdorf, Wanzlickstr. 13.

Hierdurch den Kolleginnen zur Nachricht, daß unsere langjährige Mitarbeiterin, Frau

Eva Hoffmann

am 12. März verstorben ist.

Ein treues Andenken werden der Verstorbenen stets bewahren

Die Angestellten der Parteiexpedition in Rixdorf.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. 4472

Rixdorf.

Verein gewerbl. tätiger Frauen und Mädchen.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau

Eva Hoffmann

am Montag, den 12. d. Mts., verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. 289/18

Um rechtzahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Restaurations-Grundstück,

Vorort, mit Garten, Winter- und Sommergeschäft, viel Versammlungen, Tanzsaal, Kegelbahn, 340 Tonnen Bierumsatz ohne Weißbier, viel Kaffee, krankheitshalber zu verkaufen, Anzahl. 10 000 M. Näheres **E. Beckmann, Rixdorf,** Pannierstr. 29. 4725

Patent-Bureau

Anmeldung v. Patenten im In- u. Auslande. Verwertung, Finanzierung, 1a Referenzen. Coulante Bedingungen.

Wolters & Co. Berlin

Wilhelmstr. 119/120.

10-1 u. 4-6 Sonntags 11-1.

Auf Grund verschiedener Anfragen machen wir hiermit bekannt, daß der Musiker

Albert Heine,

wohnhaft in Rixdorf Bergstraße 22, unserer Ortsverwaltung Berlin des Zentral-Verbandes der Instrumentenmacher Deutschlands noch nie angehört hat.

50/2* **Der Vorstand.**

Achtung! **Moabit!** **Achtung!**

Arbeiter! Parteigenossen!

Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8½ Uhr, bei **Peters,** Wiclefstr. 24 und Emdenerstr. 41:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 108/7

„Die Lebensmittelverteuerung durch den Zolltarif".

Referentin: Frau **Dr. David.**

Der Einberufer.

Zentralverband der Schmiede.

Bureau: Stralauerstr. 48. **Zahlstelle Berlin.** Telephon: Amt I, 7779.

Wir machen unsere Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß **heute Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8½ Uhr,** eine 176/7

Außerordentliche General-Versammlung

in den **Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m,** stattfindet.

Wegen der hochwichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig, und ersuchen wir alle Vertrauensleute für guten Besuch Sorge zu tragen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mit der vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande einberufenen öffentlichen Schmiede-Versammlung, welche ebenfalls heute abend stattfinden soll, haben wir nicht das geringste zu tun. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, in anbetracht unserer General-Versammlung die **Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes nicht zu besuchen,** sondern sämtlich nach der Mitglieder-Versammlung zu gehen, wo wir noch zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen werden. Mit Gruß **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung

aller in Spezialbetrieben für Anfertigung von Herrenschreibtischen und Büfetts arbeitenden Kollegen

in den Andreas-Festsälen (früher Stecherl), **Andreasstr. 21.**

Tagesordnung: **Ist es möglich, für unsere Spezialbranche einen Grundtarif aufzustellen?** 82/4

Kollegen! Agitiert für regen Besuch dieser Versammlung.

Die Kommission.

Maler!

Freitag, den 16. März, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in „Träseld Festsälen", Neue Friedrichstraße Nr. 35.

4608* Tages-Ordnung:

1. **Streik oder langfristiger Tarif?** 2. **Diskussion.**

Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung Mann für Mann und wahret Eure Rechte! **Die Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend.**

Deutscher Senefelder-Bund

(Alle Filialen Berlins.)

Die Tagesordnung der in der gestrigen Nummer angezeigten, für **Donnerstag, den 15. März, abends 8 Uhr,** nach **Kellers Festsälen, Koppenstr. 29,** einberufenen

Großen öffentlichen Versammlung

wird nach Beilegung des Streiks der Hülfsarbeiter bei Littauer u. Boysen wie folgt abgeändert: 289/17

1. **Bericht über den Abschluß des Streiks der Hülfsarbeiter bei Littauer u. Boysen.** Referent Kollege **Joh. Haß.**
2. **Unsere jetzigen Aufgaben im Senefelder-Bund.** Referent Kollege **Hermann Müller.**

Um vollzählige Beteiligung wird dringend ersucht

Der Einberufer.

Vergolder!

Filiale Berlin.

Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **„Maxim Gorki",** der jüngste russische Freiheitsdichter, mit Rezitationen aus seinen Werken. Rezitator: Herr **C. A. Stripp.**
2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Es wird ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und mit Frauen zu erscheinen. — Vor und während des Vortrages darf nicht geraucht werden.

225/7 **Der Vorstand.**

✚ Männer-Vortrag ✚

morgen **Freitagabend 8½ Uhr, Arminhallen, Kommandantenstraße 20,** erklärt an Lichtbildern

Was ist? Wie entsteht? Welche Folgen hat

Neurasthenie?

Bekannter Vortragender prakt. Naturheilk. **Grundmann.**

Sprechstunde **Köpenickerstr. 72** 1—2, 6—7.

Eintritt 20 Pf. 1 Broschüre. **Naturheilverein Reform.**

Zentralverband der Dachdecker.

54/7* **Filiale Berlin.**

Die Mitgliederversammlung des Verbandes findet nicht am 18. März, sondern am 25. März bei Feind, Weinstraße 11 statt.

Der Vorstand.

256L*

Inventur-Ausnahmepreis

Mit kleinen Webfehlern!

Eine große Partie **echter**

Plüsch-Tischdecken

mit reicher Stickerei

ca. 33⅓% unter Preis!

130×130 cm	6.75 M.	Wert 10.00
140×140 cm	7.85 M.	Wert 15.00
130×160 cm	10.50 M.	Wert 18.00
145×175 cm	13.50 M.	Wert 22.50

— Nach außerhalb — per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranien-Straße 158.

Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Bei Husten, Heiserkeit wirken Reichels **Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico" versch. offen. Flasche 50 Pf.

Erhältlich in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO 43 Elsenbahnstr. 4.

Der **Haupt-Katalog** Nr. 29 für Frühjahr u. Sommer ist in vornehmer Ausstattung mit über 280 Abbildungen, vielen neuesten echt englischen Modebildern u. 28 Seiten Inhalt erschienen u. wird auf Wunsch **kostenlos u. portofrei** zugesandt.

Der **Haupt-Katalog** Nr. 29 für Frühjahr u. Sommer enthält sämtliche Artikel der Herren- u. Knaben-Kleidungs-, Wäsche- und Hüte-Branche, Sport- und Automobil-Bekleidung usw. Derselbe wird auf Wunsch **kostenlos u. portofrei** zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Zentralverein aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

(Filiale Berlin).

Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Wilkes Festsälen, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die hiesigen Mitglieder zur Anstellung eines zweiten Beamten für die Hauptverwaltung. 2. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Bureau-Angestellten.

Die in der Generalversammlung vom 29. November v. J. beschlossene zweite Abänderung zum Kassenstatut: Die Kosten für Heilmittel auf 60 M., das Krankengeld auf ⅔ des durchschnittlichen Tagelohnes zu erhöhen, Kosten für Hebammendienste bis zum Betrage von 20 M. zu übernehmen, die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung" und die „Volkstümliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversorgung" als weiteres Publikationsorgan einzuführen, ist vom Bezirksausschuß genehmigt worden und tritt mit dem Tage dieser Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 15. März 1906.

O., Stralauerstr. 56.

Der Vorstand. G. Bauer.

Raucht **Spree-Blume-** Zigaretten.

Kränze u. Blumen empfiehlt F. Jacobitz, Koppenstr. 44.

Brauerei F. Happoldt

Berlin S. **Hasenheide 32—38**

empfiehlt ihr

Lager- Münchner- Tip-Top- **Bier**

in **Flaschen** und **Gebinden.**

Telephon: Amt IV. No. 9115. 5835L*

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Verbrechen von Courrières!

Ueber nationale Grenzen hinaus reicht die Solidarität des Kapitals, wenn der Kampf sich gegen die Arbeiter und deren Interesse richtet. Das rückt für jeden sichtbar in Erscheinung das entsetzliche Unglück von Courrières. Die deutsche Kapitalistenpresse findet nicht nur kein Wort des Tadels, obwohl sie weiß, daß das kapitalistische System von der Schuld an dem gräßlichen Ereignis gar nicht freigesprochen werden kann, sie hüllt sich auch noch heuchlerisch in ein esthetisches Mäntelchen, markiert sittliche Entrüstung und eine alle anderen Gedanken und Empfindungen als die des Mitleids zurückdrängende Gemütstiefe, um auf diejenigen ihren Groll abzuladen, die im Interesse des Volkswohles rücksichtslos auf die Ursachen des Unglücks hingewiesen. Daß das kapitalistische System mit Aesthetik und Gemüt nichts zu tun hat, daß Profit ihr oberstes Prinzip und ihr Empfindungsbestimmer ist, enthüllte in dem vorliegenden Falle in recht krasser Weise die gestern von uns mitgeteilte Auslassung der „Köln. Volksztg." Wie die Unternehmerpresse den

Kapitalismus zu retten

versucht, davon gibt die „Rh. Westf. Ztg." in folgendem eine nette Probe. Sie schreibt:

Nur ein Gedanke durchzuckt die Welt, das Unglück, soweit es Menschenkräfte vermögen, zu lindern.

Nur die sozialdemokratische Presse leistet sich eine Ausnahme, sie benützt die entsetzliche Katastrophe zu einer ausgiebigen Hetze gegen die Unternehmer, die Zechenverwaltungen und deren Beamte. Noch ist es nicht möglich, auch nur im geringsten festzustellen, wen etwa die Schuld an der Katastrophe treffen könnte, und schon schicken die sozialdemokratischen Blätter Artikel in die Welt mit den bezeichnenden Titeln: „Die Mordtat von Courrières", die „Mörder im Bergbau" usw., schon wissen sie auf das genaueste, daß einzig und allein die Zechenverwaltungen und deren Beamte an dem Unglück schuld sein müssen.

Es lassen sich schwer die rechten Worte finden, um ein solches Verfahren zu kennzeichnen. Gerade die Größe der Katastrophe legt jedem Denkenden den Gedanken nahe, daß bei dem Unglück Umstände mitgewirkt haben, die sich dem Einfluß menschlicher Erfahrung und Entschließung völlig entziehen. Zum mindesten soll sie jeden anständig Fühlenden veranlassen, mit seinem Urteil zurückzuhalten, bis der Fall durch die Untersuchung der zuständigen Gerichte völlig aufgeklärt ist. Es ist töricht, aus dem Umstand, daß in der vom Unglück betroffenen Grube vor längerer Zeit ein Grubenbrand ausbrach, der abgedämmt wurde, auf ein Versäumnis der Beamten zu schließen. Wer mit dem Bergbau nur einigermaßen vertraut ist, weiß, daß sich solche abgedämmte, noch nicht gelöschte Feuerherde in allen Kohlenrevieren der Welt befinden; wollte man in solchen Fällen den Bergwerksbetrieb einstellen, so würden sich die Knappen selbst am allerentschiedensten dagegen wehren. Es gibt zahlreiche Kohlengruben, in welchen es in solchen durch die Eindämmung lokalisierten Feuerherden seit vielen Jahren brennt, ohne daß die in der Grube arbeitenden Knappen auch nur im geringsten gefährdet sind.

Zu den letzten Bemerkungen des von einem Fachmann eingesandten Artikels bemerkt die Redaktion vorsichtigerweise, daß sie für die Behauptung dem Einsender die Verantwortung überlassen müsse. Das hier bekundete Mitleid steht auf einer Stufe mit dem, das man gegenüber den auf den Schlachtfeldern hingemordeten Volksgenossen betont. Aus selbstsüchtigen Interessen jagt man tausende Menschen in den Tod, dann weint man ihnen — öffentlich — eine Träne nach, diejenigen aber, die den verbrecherischen Krieg verdammen, sind die bösen Kreaturen, über die man sich entrüstet. So auch bei diesem Massenmord! Daß wir übrigens weniger die Träger des Systems als dieses selbst für das Verbrechen von Courrières verantwortlich machen, scheint man nicht zu erkennen, oder stellen sich die kapitalistischen Retter nur so? Das Unternehmerblatt zeigt übrigens gute Lust, den christlichen Herrgott für die Vernichtung der 1400 Menschen verantwortlich machen zu wollen. Das ist kapitalistische Moral! Gegenüber dem Versuch, die Einrichtungen als einwandfrei zu retten, heben wir nochmals die unbestreitbaren Tatsachen hervor:

Seit längerer Zeit wütete in der Grube ein umfassender Brand. Anstatt das Element durch Aufziehen fester Mauern zu lokalisieren und zu dämpfen, begnügte man sich mit Holzwänden als Verschalung! Schon einige Tage vor der Katastrophe wurden Besorgnisse laut, trotzdem ließ man die Leute unbekümmert einfahren! Man inhibierte die Einfahrt nicht, obwohl die Glut des Feuers in den Gängen eine intensive Hitze verbreitete!

Diese unbestrittenen Tatsachen machen es unmöglich, das System von der Schuld an der Katastrophe freizusprechen. Bei Feststellung der Schuldmomente sehen wir noch ganz ab von den mangelhaften Einrichtungen der Grube selbst, das Fehlen ordentlicher Leitern, Arbeiten bei offenem Licht, nicht genügend sichere Fördereinrichtung usw. Unser französisches Bruderblatt „L'Humanité" behauptet übrigens auch noch, die Explosion sei dem Umstande zuzuschreiben, daß der Feuerherd nicht vollständig abgeschlossen wurde. Daß man auf anderen Zechen entstandene Brände durch absolut dichte Abschlußmauern eingedämmt hat, ist wahrlich keine Entschuldigung für die grenzenlose Sorglosigkeit auf der Unglücksgrube. Da die Praxis die Möglichkeit gründlicher Abschließung längst ergeben hat, kann man in dem vorliegenden Falle nicht einmal als Entschuldigung das Vorliegen besonderer Umstände anführen.

Nachdem der lähmende Schrecken über das Ereignis sich etwas gelegt hat, kommt eine wachsende

Erregung der Bevölkerung

gegen die Verwaltung zum Durchbruch. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Lens, 13. März. (W. T. B.) In Billy-Montigny wurden heute 38 Opfer des Grubenunglücks bestattet. Die Trauerfeier vollzog der Bischof von Arras. Den Särgen folgten die Angehörigen der Verunglückten, auch mehrere Deputierte nahmen an der Feier Teil. — In Méricourt fand die Beerdigung von nicht rekognoszierten Leichen statt. Der vom Bischof geleiteten Trauerfeier wohnten der Minister der öffentlichen Arbeiten Dubief sowie die Senatoren und Deputierten des Bezirkes bei. In mehreren anderen Gemeinden wurden bei den Trauerfeiern sehr scharfe Reden von den Vertretern der Arbeiter gehalten, namentlich in Fouquières, wo man einen Ingenieur, der die Bergwerksgesellschaft vertrat, nicht zu Worte kommen ließ.

Lille, 14. März. Die gestrige Beisetzung der rekognoszierten Opfer der Grubenkatastrophe gab Anlaß zu verschiedenen Zwischenfällen. Am Grabe wollte ein Ingenieur eine Rede halten, er wurde aber von den erregten Arbeitern bedroht und mußte sich zurückziehen. An seiner Stelle hielt ein Arbeiter eine Rede, in welcher er die Ingenieure für das Unglück verantwortlich machte.

Lille, 14. März. Unter den Bergarbeitern macht sich eine gewisse Erregung bemerkbar, die an Stärke zuzunehmen droht und sich auf andere Gruben ausbreitet; die Arbeiter verlangen eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Bergleute von Ostrecourt haben bereits beschlossen, zu streiken.

Die Bergungsarbeiten,

bei denen die deutschen Mannschaften fortgesetzt große Dienste leisteten, gehen im allgemeinen nur langsam vorwärts.

Aus Lens wird am 13. telegraphiert: Die deutschen Rettungsmannschaften in Courrières haben durch ihr mutvolles Verhalten die Bewunderung der französischen Bergleute erregt. Aus Schacht 2 konnten in der vergangenen Nacht dank der Hülfe der westfälischen Bergleute 26 Leichen heraufbefördert werden, von denen 19 rekognosziert worden sind. Gegen Mittag wurden in allen Dörfern des betroffenen Bezirkes unter großer Beteiligung der Bevölkerung Trauerfeiern abgehalten; die Feier in Méricourt-Coron galt dem Gedächtnis der nicht rekognoszierten Opfer der Katastrophe. In der ganzen Gegend ist starker Schneefall eingetreten.

Lille, 14. März. Die Arbeiten, welche seit der Grubenkatastrophe in den Schächten VII und IX unterbrochen waren, sind gestern wieder aufgenommen worden. Die Obersteiger begaben sich persönlich in die Wohnung der Arbeiter und ersuchten sie, wieder einzufahren, ein Verlangen, was vielfach übel aufgenommen worden, da die Arbeiter unter allen Umständen der Beisetzung ihrer Kameraden beiwohnen wollten.

Brüssel, 14. März. Ein Teil der westfälischen Grubenarbeiter, sind gestern von Courrières auf der Rückreise nach Deutschland hier eingetroffen. Sie erklärten, ihre Mission sei zwecklos gewesen, da man sie zu spät zu Hülfe gerufen habe.

Paris, 14. März. Der Abgeordnete Laure, welcher in Grubenangelegenheiten eine Autorität ist, hat die Ueberzeugung ausgedrückt, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen, noch Arbeiter in der Grube III am Leben sein müßten und daß dieselben vielleicht noch zwei Tage aushalten könnten.

Die Voraussetzungen, von denen Laure zu seiner Annahme kommt, sind nicht bekannt; sie werden wohl nur trügerische Hoffnungen wecken.

Aufforderung zu Spenden!

Die „L'Humanité" erläßt einen Aufruf zu Sammlungen für die Hinterbliebenen. Nicht nur solle dem Minenproletariat dadurch finanzielle Hülfe geleistet werden, es gelte auch der Sympathie Ausdruck zu geben. Weiter kündigt unser Parteiorgan eine parlamentarische Aktion zwecks Veranstaltung einer Enquete über die Katastrophenursachen an.

Die französische Kammer hat die sofortige Hergabe von 500 000 Frank einstimmig votiert. Weiter wird gemeldet:

Paris, 13. März. Rouvier drückte dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin den Dank der Regierung für den von dem deutschen Quartettverein in Paris für die Opfer des Grubenunglücks in Courrières gespendeten Betrag von 2000 Frank aus.

Rom, 14. März. Die italienischen Blätter haben eine Subskription für die Hinterbliebenen der Opfer von Courrières eröffnet. Der Presseverband hat seine Mitglieder aus dem gleichen Anlaß zusammenberufen. Die Blätter fordern das italienische Volk auf, seine Sympathien gegenüber Frankreich zu beweisen.

Paris, 14. März. Die Subskription, welche gestern von der Presse zu Gunsten der Opfer der Grubenkatastrophe eröffnet worden ist, hat bereits am ersten Tage die Summe von 284 841 Frank ergeben.

Wie verbreitet man in Preußen straflos Flugblätter und Zeitungen?

Aus Anlaß der Verbreitung des Wahlrechtsflugblattes sind in Dutzenden von Fällen völlig unberechtigte Anklagen gegen Verbreiter der Flugblätter erhoben. Allein in Danzig sind zehn Flugblattverbreiter mit je 100 — sage und schreibe einhundert — Mark Geldstrafe belegt. Drei dieser „Sünder" sind bereits freigesprochen, die weiteren sieben harren der Freisprechung. Wie in Danzig, so überall, insbesondere auf dem platten Lande. Die Scherereien, die mit Vorladungen vor Gericht verbunden sind, können nicht rückgängig gemacht werden. Oder erachten die Staatsbehörden, voran der neue Justizminister, die Aufklärung, die die Behörden durch derlei unberechtigte, objektiv widerrechtliche Anklagen schaffen, für hinreichende Sühne des einzelnen? In vielen Fällen sind nicht einmal die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen (Arbeitsversäumnis, Verteidigungskosten, Reisekosten, Schreibaufwand usw.) erstattet. Das wirkt natürlich recht aufklärend für die Erkenntnis: die Justiz des Klassenstaates ist nicht in der Lage, das Recht des Arbeiters zu schützen, wohl aber dem Staatsbürger deshalb Nachteile zuzufügen, weil er nichts Strafbares begangen, der Anklagebehörde aber die Möglichkeit der Erkenntnis der Straflosigkeit fehlte oder kürzer: Justiz und Gerechtigkeit muß im Klassenstaat zweierlei sein. Deshalb muß wer Gerechtigkeit will, die Einrichtungen dieses Klassenstaates bekämpfen, deren Wirkungen Rechtsverletzungen darstellen.

Nachstehend stellen wir die Vorschriften zusammen, die für Flugblattverteilung nach Recht und Gesetz in Preußen gelten.

1. In Wohnungen und anderen geschlossenen Räumen kann die Verbreitung von Druckschriften jeder Art stattfinden, wenn die Verbreitung nicht gewerbsmäßig und wenn sie ferner unentgeltlich geschieht. Zu geschlossenen Räumen gehören auch Hausflure, Treppenflure, Gastlokale, überhaupt alle Räume unter Dach und Fach, nicht aber die Vorgärten. Diese Art der Verbreitung ist die übliche und ist deren Beibehaltung zu empfehlen. Sie ist durch § 43 der Reichs-Gewerbeordnung geschützt.

2. Auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen dürfen Bekanntmachungen, Plakate oder Aufrufe nur mit polizeilicher Genehmigung verteilt werden. Da es möglich ist, alles Mögliche unter den Begriff Bekanntmachung oder Aufruf zu bringen, so empfiehlt es sich, von der Verbreitung auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen abzusehen. Restaurationsräume sind aber keine öffentlichen Plätze, vielmehr sind es geschlossene Räume; in ihnen kann verbreitet werden.

3. Kann am Sonntag, insbesondere während der Kirchzeit, verbreitet werden? In ganz Preußen sind in den Jahren 1895 bis 1898 Oberpräsidial- und Polizeiverordnungen ergangen, die gegen die Verfassung verstoßen und auch als verfassungswidrig vom Kammergericht anerkannt wurden, so lange der Kammergerichtsrat Havenstein im Strafsenat des Kammergerichts wirkte. Dieser Richter — ein Beispiel zum Märchen von der Unabhängigkeit der Richter — ist ohne seinen Wunsch vom Strafsenat entfernt. Seitdem ist die Rechtsprechung des Kammergerichts eine andere geworden. Es hat angenommen, die Oberpräsidialverordnungen (in der Provinz Brandenburg trägt sie das Datum des 4. Juli 1898) seien wenigstens nicht in allen Teilen ungültige. Gültig sei das in ihnen enthaltene Verbot der „öffentlich bemerkbaren Arbeiten" am Sonntag. Völlig irrig — das erkennt selbst das Kammergericht an — ist aber die Ansicht, das Tragen von Flugblättern sei stets eine öffentlich bemerkbare Arbeit. Die Oberpräsidialverordnungen untersagen nur und können solche Arbeiten untersagen, die öffentlich bemerkbar sind und sie durch ihre Art die äußere Heilighaltung der Sonntage, also die innere Sammlung und Erhebung allgemein, nicht aber die eines einzelnen, zu stören und zu beeinträchtigen geeignet sind.

Das Tragen von Druckschriften zwecks Verteilung in den Häusern oder die öffentlich bemerkbare Verteilung von Wahlflugblättern ist keine Arbeit. Zum Begriff der Arbeit im Sinne der Ober-Präsidialverordnung ist nach ständiger Rechtsprechung des Kammergerichts erforderlich, daß bei der betreffenden Beschäftigung eine gewisse Anstrengung der Kräfte in die Erscheinung tritt (Entsch. d. Kammergerichts vom 1. Februar 1900. Johow, Bd. 20, C. 41). Das Tragen von Druckschriften macht nicht mehr Arbeit, als das Tragen eines Gebetbuches oder eines Gesangbuches. So wenig das Tragen eines Gesangbuches als eine am Sonntag verbotene Arbeit erachtet werden kann, ebensowenig das Tragen der Flugblätter. Die Flugblätter sind so leicht, daß nicht etwa das Tragen derselben dem Tragen einer Last gleich geachtet werden könnte. Das Kammergericht hat nicht einmal das Tragen eines Gewehrs, das bei weitem schwerer ist als die gesamten Flugblätter, die ein Genosse zu tragen vermag, und das Schießen mit einem Gewehr am Sonntag für eine „Arbeit" erachtet. (Entscheidungen des Kammergerichts vom 21. Dezember 1899, 20. Juni 1898, 24. September 1900, Johow Bd. 19, S. 324, Bd. 20, S 116 in Sachen wider Bräuer u. Gen. und wider Haack u. Gen. vom Jahre 1903 sowie Urteil vom 11. Januar 1904.) Die gesamten Flugblätter eines schwer belasteten Verbreiters wiegen selten auch nur annähernd ein Kilo, meist weit weniger als eine Bibel. Und das Tragen einer Bibel hat bislang das Kammergericht noch nicht für eine „Arbeit" erachtet.

Daß die Verbreitung der Flugblätter keine Handlung sein kann, die durch die Oberpräsidialverordnung verboten wäre, ergibt sich schon daraus, daß sonst auch die Arbeit von Briefträgern an Sonntagen verboten wäre. Es wäre ferner verboten, daß jemand an den Sonntagen Einkäufe macht und die Einkäufe nach Hause bringt. Denn in all diesen Fällen geht er genau wie die Flugblattverteiler auf der Straße, hält Pakete, die keine Lasten darstellen, unter dem Arm und geht von Laden zu Laden oder von Haus zu Haus. Das Tragen ist nicht verboten, das Gehen ist nicht verboten und die Abgabe von Flugblättern ist ebenso wenig verboten. Letztere ist ja reichsgesetzlich gestattet und einer Einwirkung der Polizei überhaupt entzogen. Die Polizei kann lediglich die äußere Heilighaltung bezwecken und bezweckt haben. Weder die Hingabe der Flugblätter in den Wohnungen, noch das Gehen mit denselben auf der Straße ist eine Tätigkeit, welche die äußere Heilighaltung des Sonntags zu stören geeignet ist und strafbar wäre.

Trotz alledem ist es geboten, das Auge des Mißtrauens gegen die Rechtsprechung des Kammergerichts offen zu halten. Denn trotz der Offensichtlichkeit, daß das Tragen von Flugblättern keine Arbeit ist, sind doch entgegen den angeführten Urteilen auch Urteile ergangen, die eine Bestrafung straflosen Flugblattverteiler für gerechtfertigt erachteten. Bei der Art der Flugblattverteilung ist auf diese ungünstige Rechtsprechung Rücksicht zu nehmen. Bevor wir auf diese eingehen, sei nur hervorgehoben: wiewohl nicht strafbar, ist aus agitatorischen Rücksichten insbesondere auf dem Lande dringend zu empfehlen, Flugblätter nicht während der Zeit des Gottesdienstes zu verbreiten.

Was sagt nun die ungünstigste Art der kammergerichtlichen Rechtsprechung?

Das Kammergericht hat angenommen, daß eine während der Kirchzeit vorgenommene Verbreitung eine öffentlich bemerkbare Arbeit darstelle und daher nach den Oberpräsidial-Verordnungen verboten sei. Aber das Kammergericht hat auch angenommen, daß der Charakter der öffentlichen Bemerkbarkeit fehlt, wenn die Flugschriften, Zeitungen usw., umhüllt — sei es in Papier, sei es in einer Mappe oder in einer anderen Hülle — getragen werden. Da, wo Flugblätter usw. verhüllt getragen sind, ist eine Bestrafung nicht eingetreten. Es empfiehlt sich daher für die Sonntage und Festtage, die Zeitungen oder Flugblätter auf der Straße verhüllt und in nicht auffallend großen Paketen zu tragen.

4. Die Reichspostgesetznovelle vom 20. Dezember 1899 (Artikel 8, letzter Absatz) bestimmt, daß die gewerbsmäßige oder nicht gewerbsmäßige Beförderung von unverschlossenen politischen Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenzen eines Ortes jedermann gestattet ist, „auch an Sonn- und Feiertagen während der Stunden, in denen die kaiserliche Post bestellt". Es erhellt, daß hiernach eine Auslegung einer Oberpräsidialverordnung, nach der die Verbreitung von Zeitungen in diesen Stunden verboten werden dürfte, auch dies Reichsgesetz verletzt. Kann die Verbreitung von Zeitungen die Festtagsruhe nicht stören, so kann der gesunde Menschenverstand nicht einsehen, wie die Verbreitung viel leichterer Flugblätter die Sonntagsruhe stören könnte.

Was hat zu geschehen, wenn trotz Beobachtung der vorstehend angegebenen Verhaltungsmaßregeln ungerechtfertigte Anklagen ergehen?

In jedem Falle soll nicht der einzelne, sondern lediglich die von der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation mit der Ausführung der Agitation betrauten Genossen darüber entscheiden, ob man lieber Unrecht leiden als Recht bei preußischen Gerichten suchen will. Wird dem Unschuldigen nicht sein Recht, werden insbesondere dem ungerecht Angeschuldigten nicht auch die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen erstattet, so mögen die zuständigen Instanzen prüfen, ob zur Abschreckung gegen gesetzwidrige Drangsalierungen die Erhebung einer Schadenersatzklage gegen die Beamten sich empfiehlt, die für den Eingriff in die staatsbürgerlich gewährleisteten Rechte verantwortlich sind. Solche Klage gegen Beseler und Genossen oder Bethmann-Hollweg und Genossen ist in erster Instanz von dem Landgericht, in letzter Instanz vom Reichsgericht zu entscheiden. Es kann aber hierbei das Oberverwaltungsgericht der Justiz in den Arm fallen. So agitatorisch aufklärend der Versuch einer solchen Klage als Zeichen eines Restes von Vertrauen zur Rechtspflege wäre, so ist dabei doch der Kostenpunkt zu berücksichtigen, und nicht zu vergessen, daß das „Land mit den vollendetsten Rechtsgarantien", sofern es sich um Rechte der nach Freiheit und Gerechtigkeit strebenden Klasse handelt, von dem Grundsatz beherrscht wird:

Recht haben und Recht bekommen ist zweierlei.

Aus der Frauenbewegung.

Um das Frauenwahlrecht.

Aus London wird uns unterm 10. März geschrieben: Der Kampf unserer englischen Genossinnen um die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen nimmt unausgesetzt seinen Fortgang. Durch Proteste in öffentlichen politischen Versammlungen, durch eigene Demonstrationen und durch Belästigung von hervorragenden Politikern halten sie ihr Programm vor der Oeffentlichkeit. Während der Wahlen haben sie in jeder größeren Versammlung auf die Rechtlosigkeit der Frauen hingewiesen und scheuten sich auch nicht, den Männern ganz unangenehm zu werden. Gestern begab sich eine sozialistische Frauendeputation zum Premierminister, um ihm ein Versprechen, die Frauenwahlrechtsvorlage zu fördern, abzugewinnen. Die Deputation bestand aus Frau Pankhurst, Frau Martel (aus Australien), Fräulein Kenney, Frau Drummond, Frau Henwick Miller, Frau Dora Montefiore und dreißig minder bekannten Wahlrechtlerinnen. Der Premierminister lehnte es indes ab, die Deputation zu empfangen, worauf die Frauen so laut an die Tür klopften, daß die Polizei herbeikam und sie zum Auseinandergehen aufforderte. Da die Menge immer größer wurde, bestieg Fräulein Kenny ein Automobil — in der Deputation gab es einige sehr reiche sozialistische Frauen — und begann eine Rede zu halten. Drei der Demonstrantinnen wurden verhaftet, aber nach kaum einer Stunde freigelassen, da der Premierminister jedes polizeiliche Einschreiten zurückwies. Er schrieb vielmehr an die Frauen, sie möchten sich mit anderen Frauenorganisationen vereinigen, um der Deputation einen wirklich repräsentativen Charakter zu geben, in welchem Falle er sie gerne empfangen würde.

Die Deputation antwortete: „Unsere Organisation zieht es vor, selbständig vorzugehen und die liberalen und konservativen Frauenorganisationen allein zu lassen. Wir gehören zur Arbeiterpartei und nehmen ihre Taktik an."

Abends erließen sie ein Manifest: „Der Premierminister und die meisten Parlamentsmitglieder haben sich für das Frauen-

wahlrecht erklärt, und im Lande gibt es nur wenige, die bereit wären, die Rechtlosigkeit der Frauen zu verteidigen. Die Zeit des Argumentierens ist deshalb vorbei. Die Zeit des Handelns ist gekommen.

* * *

Wie aus Transvaal berichtet wird, entstand dort in den letzten Monaten eine Bewegung für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Die Boerenführer sind mit den Zielen dieser Bewegung durchaus einverstanden und gaben das Versprechen ab, bei den kommenden Beratungen über die neue Verfassung für das Frauenwahlrecht zu wirken.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. In der Versammlung am Montag, den 12. März, sprach Ottilie Baader über „die Schäden der Kinderarbeit". Die Referentin schilderte den Zusammenhang der Kinderarbeit mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise; an reichem statistischem Material wies sie die verderbenbringende Wirkung der Kinderarbeit nach. Die Verbrecherstatistik zeigt, welch' großen Prozentsatz die in der Jugend Erwerbstätigen bilden. Das Kinderschutzgesetz mildert wohl einige Schäden, ist aber nicht eingreifend genug und es fehlt an Aufsicht zur Kontrolle der Vorschriften. Mit einer lebhaften Aufforderung an die Frauen, für die Aufhebung jeglicher Kinderarbeit einzutreten, schloß die Referentin ihre interessanten Ausführungen. Am Montag, den 19. März, veranstaltet der Verein ein geselliges Beisammensein in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstr. 75, zu dem auch Gäste willkommen sind.

Weißensee. Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Mittwoch, den 7. März, im Lokale von Schmutz, König Chaussee, seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Karo referierte über „Erkältungen". Die gut besuchte Versammlung folgte den Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit und spendete denselben reichen Beifall. Es wurden 13 neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Zur Berufspflicht einer Zeitungshändlerin.

Die 73jährige Zeitungshändlerin Wittwe Ebel stand gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des Feilbietens sittlich anstößiger Schriften. Wie sie angab, verkauft sie seit Jahrzehnten an der Ecke der Linden- und Ritterstraße in Wind und Wetter Druckschriften. Eines Tages wurden ihr, wie gewöhnlich, die gerade erschienene Nummer 47 des „Satyr" und Nummer 20 des „Kleinen Album" gebracht. Kaum hatte sich der Bote entfernt, als ein Kriminalbeamter ihr die Exemplare unter Hinweis auf ein kurz vorher erlassenes polizeiliches Verbot diese Nummern konfiszierte und sie anzeigte. Vom Schöffengericht wurde sie freigesprochen, nachdem festgestellt war, daß sie zur fraglichen Zeit das Verbot noch gar nicht zugestellt erhalten hatte. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung mit der Begründung ein, daß die Zeitungshändler selbst jedesmal prüfen müßten, ob die von ihnen vertriebenen Druckschriften sittlich oder religiös anstößig seien. Letzteres sei aber bei mehreren Artikeln der betreffenden Nummern der Fall. — Als die Angeklagte erklärte, daß sie mit ihren alten Augen doch unmöglich alle die von ihr feilgebotenen Zeitungen und Wochenschriften auf etwaige Anstößigkeiten hin durchlesen könne, wies der Vorsitzende darauf hin, daß ja auch die Nahrungsmittelhändler selber prüfen müßten, ob sie nicht verdorbene Lebensmittel verkaufen; ebenso sei es mit der geistigen Nahrung. — Der Verteidiger der Angeklagten führte demgegenüber aus, daß jedermann wohl beurteilen könne, ob Lebensmittel verdorben seien, daß aber in Deutschland niemand mehr wissen könne, was sittlich oder religiös anstößig sei. Die Zeitungsfrau aber zum Zensor zu machen, würde doch ein sonderbares Beginnen sein. Auch seien Form und Pointe in allen Artikeln derart verschleiert, daß sie wohl für Strafrichter, keineswegs aber für Nichtkenner verständlich seien. — Das Urteil lautete auf 3 M. Geldstrafe. Der Vorsitzende begründete die Verurteilung damit, daß die Verteidigungsgründe zwar Milderungs- aber nicht Strafausschließungsgründe seien. Wenn die Angeklagte solche Dinge nicht lesen oder verstehen könne, dürfe sie nicht Zeitungshändlerin sein. — Diese Ausdehnung der Berufspflicht einer Zeitungshändlerin widerspricht der Möglichkeit der Ausübung des Verkaufsgewerbes und dem Grundsatz, daß ein Vergehen nur begehen kann, wer bewußt rechtswidrig handelt, also das Bewußtsein der Anstößigkeit hat.

Wozu ein großes Beamtenheer in Preußen notwendig ist. Nicht weniger als hundertundzweiundvierzig Strafverfahren wegen Beleidigung der Polizeibeamten in Aachen sind bei dem dortigen Amtsgericht anhängig, und zwar sämtlich aus Anlaß eines Gassenhauers, durch den die Aachener Schutzleute sich in ihrer Ehre gekränkt fühlen und der von den Beschuldigten während der Karnevalstage auf den Straßen gesungen worden ist. Das diesjährige rheinische Karnevalslied lautete: „Drinke mer noch en Dröppchen aus dem kleinen Henkeltöppchen!" Dem Texte hatte man in Aachen noch eine Strophe hinzugefügt, in der die im Volke weitverbreitete, aber selbstverständlich völlig irrige Auffassung zum Ausdruck kommt, daß die Schutzleute gern einen trinken, aber nicht gern bezahlen. Daraus ist die Massenanklage entstanden. Man hat sogar zwei holländische Arbeiter, die aus einem nahen Grenzorte herübergekommen waren, als Ausländer festgenommen und vierzehn Tage in Haft behalten. Die beiden Leute sind aber jetzt vom Schöffengericht mit der Begründung freigesprochen worden, daß es sich um einen Fastnachtsscherz handle und den Leuten Bewußtsein und Absicht der Beleidigung fehlte. Wenn die Staatsanwaltschaft Berufung einlegt, so werden wegen des harmlosen Scherzes an die dreihundert Gerichtsverhandlungen stattfinden müssen.

Gegen Lehrlingsverdummung. Gegen das Ortsstatut der Stadt Gardelegen, das für Lehrlinge und Fabrikarbeiter bis zu 18 Jahren den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht vorschreibt, sollte sich der Schuhmachermeister Krsiger vergangen haben, indem er eines Sonntags seinen Lehrling nicht in den Fortbildungsunterricht, sondern zu seiner Mutter nach einem mehrere Stunden entfernten Orte schickte, damit er der Mutter die schmutzige Wäsche abliefere und sich reine Wäsche hole. Zu diesem Zwecke besuchte der Lehrling jeden sechsten Sonntag seine Mutter. Im Lehrvertrage war ausbedungen worden, daß die Mutter für die Reinigung der Wäsche und die Instandsetzung der Kleidung des Lehrlings zu sorgen habe. Der Angeklagte erachtete deshalb die Versäumung des Fortbildungsunterrichtes an jenem Sonntage als durch einen „triftigen Grund" für entschuldigt. Das Landgericht Stendal verurteilte ihn aber zu einer Geldstrafe. Es nahm an, daß kein triftiger Grund nachgewiesen sei. Der Meister hätte wegen der Wäsche die Post in Anspruch nehmen oder den Lehrling auch an einem schulfreien Wochentage beurlauben können. Im übrigen sei der Sonntagsunterricht, da er mit der Kirchzeit nicht kollidierte, statthaft gewesen.

K. legte Revision ein, zu deren Vertretung er persönlich vor dem Kammergericht erschien. Er betonte besonders, daß es für den Lehrling, der die ganze Woche schwer arbeiten müsse, eine unangebrachte Abhetzung wäre, wenn er Sonntags in die Kirche gehen wollte und vorher noch in die Fortbildungsschule gehen müßte. Angeklagter wollte die Unzulässigkeit des Sonntagsunterrichts damit dartun.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision. Wenn der Angeklagte die schwere Wochenarbeit des Lehrlings ins Feld führe und solch großes Mitleid mit seinem Lehrling zeige, so könne der Senat nicht einsehen, warum er den armen Jungen die ganze Woche über so sehr schwer arbeiten lasse. Das Landgericht hat die Entschuldigung ohne Rechtsirrtum als triftigen Grund nicht gelten lassen.

Verhaftung eines Gerichtsvollziehers. Der Gerichtsvollzieher Wilhelm Kemnitz sollte gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I wegen begangener Amtswidrigkeiten in acht Fällen, Nichtablieferung von Geldern, falscher Registerführung rc. zur Verantwortung gezogen werden. Nach längerer Verhandlung erklärte sich der Gerichtshof für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde beschlossen, den Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen.

Bestrafung des Verleumdeten. Die Klassenjustiz in Sachsen treibt jeder Tag seltsamere Blüten, so daß die Tagespresse das Material kaum noch alles registrieren kann. Zu den wunderbaren Gesetzesauslegungskünsten in Streikprozessen, wo der Klassencharakter immer unverhüllter zutage tritt, kommer nun noch die in politischen Prozessen. Mag man die Opfer der Klassenjustiz auch noch so sehr bedauern, so hat doch diese Art „Rechtsprechung" das große Verdienst, durch ihre Tätigkeit die Arbeiterschaft viel nachhaltiger und intensiver über ihr Wesen als Klasseninstitution und Kampfesmittel der bürgerlichen Gesellschaft aufzuklären, als es die besten theoretischen Darlegungen vermöchten. Ein solcher Fall spielte sich vor dem Schöffengericht in Reichenbach i. V. gegen unseren Genossen Pfaff aus Netzschkau ab. Zwei Stunden vor der letzten Stadtverordnetenwahl in Netzschkau am 7. Dezember v. J. erschien plötzlich ein anonymes Flugblatt, worauf weder der Verleger noch der Drucker verzeichnet, sondern nur: „Mehrere Bürger" unterschrieben war. Dafür enthielt es die schimpflichsten Verleumdungen gegen den Textilarbeiterverband, der mit den Arbeitergroschen nur so herumspringe und den Arbeitern das Geld aus den Taschen ziehe und so weiter. Damit sollte hauptsächlich der Genosse Pfaff, der Stadtverordneter und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes in Netzschkau ist, getroffen werden.

Die Wirkung dieses Flugblattes auf die Wahl war aber für die Urheber trotzdem niederschmetternd; statt der bisherigen drei Vertreter der Arbeiterschaft wurden deren fünf gewählt. Der Kampfesweise des anonymen Verfassers erteilte der Genosse Pfaff aber dann noch in einem Flugblatt die verdiente Antwort.

Darauf haben 23 Netzschkauer Ordnungsstützen: Stadtverordnete, Textilbarone und ihre Prokuristen, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, und die Staatsanwaltschaft übernahm die Anklage „im öffentlichen Interesse" und dehnte sie noch auf die Verübung groben Unfugs aus. In der Verhandlung selbst kam durch die Aussage des einzigen vernommenen Zeugen der Name des anonymen Verfassers ans Tageslicht, es ist der ehrenwerte Textilbaron Gustav Feiler aus Netzschkau, der sich merkwürdigerweise nicht unter den 23 Strafantragstellern befindet, obwohl gerade er sich allein beleidigt fühlen müßte. Das fiel selbst dem Vorsitzenden unangenehm auf.

Die Verhandlung selbst gestattete wunderbare Einblicke in das Treiben einer ordnungsparteilichen Flugblattwerkstelle. Der erwähnte Zeuge sagte nämlich aus, daß die Ordnungshelden, genannt Bürgerwahlkomitee, das anonyme Flugblatt vor dem Druck gelesen, seinen Inhalt gebilligt hätten und es verbreiten ließen. Darin sah das Gericht den Beweis, daß die anonymen Verleumder die Verfasser seien und durch das Pfaffsche Flugblatt beleidigt worden seien, und verurteilte diesen zu 200 M. Geldstrafe. Auf Freiheitsstrafe sei deshalb nicht erkannt worden, weil er der Angegriffene war. Das verleumderische anonyme Treiben der „Ordnungsmänner" wurde vom Gericht in der Urteilsbegründung mit der Bemerkung beschönigt, daß diese in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Ueber den groben Unfug schwieg es sich überhaupt aus, weder bei der Urteilsfällung, noch bei der Begründung erwähnte es ihn. Der Staatsanwalt hatte ihn in seinem „Plaidoyer" ebenso verblüffend einfach wie klar dahin ausgelegt, daß sich des Bürgertums wegen des Flugblattes eine große Empörung bemächtigt habe.

Das dicke Ende für diese Art Gerechtigkeit kündigte der Verteidiger Pfaffs, Rechtsanwalt Dr. Hübler aus Leipzig, an, daß gegen den nunmehr bekannten Verfasser des Verleumdungsflugblattes Strafantrag gestellt werde. Weiter deckte er die für die Staatsanwaltschaft blamierende Tatsache auf, daß sie das preßgesetzliche Vergehen des ordnungsparteilichen Flugblattes habe verjähren lassen, obwohl ihr Pfaff schon bei seiner Vernehmung ein solches Flugblatt mit dem Hinweis auf das Fehlen des Drucker- und Verlegernamens überreicht habe.

Zur Freisprechung des Pfarrers Gaisert. Das freisprechende Urteil nimmt an, Pfarrer Gaisert habe nicht gewußt, daß die Zeugen eidlich vernommen würden, er habe vielmehr geglaubt, der Zeuge werde nach der ihm empfohlenen unwahren Bekundung „ich weiß von nichts" sofort unbeeidigt wieder entlassen. In der Verhandlung kam folgender Brief, den der Abgeordnete und Oberamtsrichter Wittemann an Gaisert geschrieben hatte, zur Verlesung:

Donaueschingen, 17. Dezember 1905.

Hochw. Herr Pfarrer!

Besten Dank für Ihre gütigen Zeilen. Die 2. Kammer wird durch das Ministerium des Innern und dieses durch den Wahlkommissär Oberamtmann Kapferer-Säckingen oder den Amtmann in Bonndorf, soweit Ihre Person angeht, folgendes erheben lassen:

„Ist es richtig, daß der Pfarrer Gaisert von Gündelwangen am Wahltage oder kurz zuvor in den Gemeinden Gündelwangen und Holzschlag von Haus zu Haus ging, um teils zur Teilnahme an der Wahl unter Amtsmißbrauch anzuspornen, teils abzuhalten und mit welchen im einzelnen wiederzugebenden Aeußerungen bezw. Mitteln suchte Pfarrer Gaisert seinen Zweck zu erreichen?"

In erster Reihe werden die drei Personen, welche als Zeugen angeführt sind, und zwar eidlich vernommen. Ich befürchte, Ihr Zusatz: „Ein Katholik darf und kann nicht anders wählen als Zentrum" wird als unerlaubte Agitation und Mißbrauch der geistlichen Autorität von den verbündeten Nazzen und Sozzen aufgefaßt. Sie brauchen kein Zeugnis zu geben, da niemand sich selbst zu beschuldigen braucht. Uebrigens im Ernstfalle würde Sie sicher ein Strafrichter aus § 16o nicht verurteilen können, aber die Wahl könnte vom Landtag kassiert werden. Was erinnert sich denn der Wirt Faller in Gündelwangen und Mich. Stoll noch? Ich wäre dankbar, wenn Sie das erfragen und mir mitteilen würden. Was Sie zu dem Maler sagten, ist gleichgültig und unerheblich. Ich beabsichtige Sie als Zeuge zu benennen: Sie können dann von Ihrem Rechte zur Zeugnisverweigerung immer noch Gebrauch machen — Nein ich unterlasse es besser, der Amtmann wird am Ende schon allein auf Sie kommen. Hoffentlich wissen die 2 nicht mehr, was Sie sagten, dann ist's auch gut. Wenn Sie sagten: „meiner politischen Ueberzeugung nach kann ein Katholik nur Zentrum wählen", wäre die Sache schon gelinder. Der Besuch bei den Familien als Ortspfarrer und die Ansprache dabei wäre übrigens das Verquicken Ihrer Stellung als Ortsgeistlicher mit der Politik, wenigstens würde das der rote und stärkste Teil des Landtages sicher annehmen.

Wenn Sie einen Artikel schreiben wollen, schicken Sie mir solchen vorher bitte zur Durchsicht. Von Montag bis Freitag mittag 3 Uhr bin ich wieder in Karlsruhe (Ständehaus oder Café Rowack.)

Nun beste Grüße für heute. Gott gebe einen günstigen Verlauf der Untersuchung und behüte uns vor einer Neuwahl. Sie selbst persönlich können auf alle Fälle ruhig sein.

Ihr erg. Wittemann.

Vernichten Sie bitte diesen Brief nach Lesung!

Schwerlich würde man der Wahrheit nahe kommen, wenn man annähme, ein Arbeiter, der solchen Brief empfängt und an den zu vernehmenden Zeugen so schreibt wie der Pfarrer Gaisert es getan, wisse nicht, daß der Zeuge eidlich vernommen wird. Freilich ist ein Arbeiter kein Pfarrer.

Versammlungen.

Verband städtischer Arbeiter. Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Gärtner und Parkarbeiter fand am 10. März in den Arminhallen statt. Ortssekretär E. Dittmer referierte über die Verhandlungen der Parkdeputation bezüglich der eingereichten Forderungen. Redner wies ganz besonders auf die notwendige Abschaffung der Arbeitsstunde von 6—7 Uhr abends hin, zumal die Arbeit um diese Zeit ganz erheblich erschwert wird. — In der nachfolgenden Diskussion verbreiteten sich eine ganze Reihe Kollegen im Sinne des Referenten. Sie hoben zum Teil auch die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation hervor, damit die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein beschleunigtes Tempo annehmen könne. Der Verband der städtischen Arbeiter habe in den letzten Jahren erhebliche Vorteile für die städtischen Gärtner und Parkarbeiter erzielt, darum sei es Ehrenpflicht jedes Kollegen, sich rege am Verbandsleben zu beteiligen. Nachstehende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen:

Die zahlreich versammelten Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin haben Kenntnis genommen von den Beratungen der städtischen Parkdeputation. Sie begrüßen die von derselben angenommenen Lohnsätze als Gewährung ihrer eingereichten Forderungen.

Sie können sich jedoch keinesfalls mit der Beibehaltung der elften Stunde einverstanden erklären, sondern erachten vielmehr die Abschaffung derselben für unbedingt erforderlich.

Sollte schon die eine Tatsache, daß kaum andere Kategorien städtischer Arbeiter mehr als zehn Stunden ohne Extrabezahlung zu arbeiten brauchen, Magistrat und Stadtverordneten veranlassen, auch den städtischen Parkarbeitern im Sommer um sechs Uhr Feierabend zu gewähren, so ist diese Maßregel auch aus betriebstechnischen Gründen durchaus geboten, da infolge des großen Passantenverkehres die letzte Arbeitsstunde nur unter erheblich erschwerten Verhältnissen zu Ende geführt werden kann.

Die Versammlung beauftragt das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zur gefl. Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Der Vorsitzende Brink schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. 74. Da Sie nach eigener Angabe „keine Ahnung von Geldgeschäften" haben, können wir Ihnen nur raten, Ihr Geld bei einer Sparkasse unterzubringen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

17. W. M. Ist bereits rechtskräftig entschieden, so ist nichts zu machen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, später an das Reichsversicherungsamt zulässig. Es empfiehlt sich wohl in ihrem Falle, sich an das Arbeitersekretariat unter Vorlegung auch der älteren Akten zu wenden. — **R. W., Rotterdam.** 1. Das ist möglich. 2. Von niemand. 3. Ja, aber auf Antrag kann die nachträgliche Dienstunfähigkeit ausgesprochen werden. — **F. G. 18.** Sie sind zur Zahlung nach Maßgabe Ihrer Versicherungsbedingungen verpflichtet. So viel uns bekannt, steht in denselben kein Passus, der zum einseitigen Rücktritt berechtigt. — **M. B. 59.** 1. Nein. 2. Sie sind an den Vertrag gebunden, aber keineswegs verpflichtet, den schriftlichen Vertrag zu unterzeichnen, den Sie nicht verabredet haben. Ist von vornherein ausgemacht, daß erst durch schriftlichen Abschluß der Vertrag perfekt werden solle, so ist dies gültig. — **M. B., Schöneberg.** Leider nicht. — **K. H. 20.** 1. Ja. 2. Sprechen Sie mit dem Vorsitzenden des Vereins. — **G. S.** Reichen Sie den Zahlungsbefehl mit dem Antrage auf Vollstreckbarkeitserklärung ein, Sie können auch die Vollstreckbarkeitserklärung auf einen bestimmten Betrag einschränken. — **P. B. 81.** Die Kinder erben gleichmäßig. An Stelle des früher verstorbenen Kindes treten dessen Kinder; nicht der Gatte und die Kinder. — **H. 1000.** 1. Es mußte Klage erfolgen. 2. Nein. — **G. S.** 1. 500 M. Anwalt ist erforderlich 2. Beschwerde beim Magistrat und an das Landgericht ist zulässig. — **M. W. 100.** Das wäre nur angängig, wenn eine ausdrückliche Abrede getroffen ist, so können Sie lediglich auf Reparatur klagen und das auch nur mit Aussicht auf Erfolg, wenn Ihr uns nicht bekannter Vertrag dem nicht entgegensteht. — **34. L. W.** Eine solche Vermietung ist nicht verboten. — **S. A. 27.** Für den Schaden, den das Kind angerichtet hat, ist, wenn überhaupt zu haften ist, im vollen Umfange zu haften. Es ist zu haften, wenn der Richter annimmt, der Schaden wäre bei Anwendung der gehörigen Aufsicht unterblieben. — **A. St.** Der Vertrag ist durchaus gültig. Die Stempelung eines Mietsvertrages ist für die Rechtsgültigkeit unerheblich und geschieht durch Eintragung in ein Buch zu Beginn dieses Jahres, nicht durch Stempelmarken auf dem Vertrage. — **St. St. 13.** Ihr Anspruch ist durch Zeitablauf verjährt. Er lebt wieder auf, wenn Sie in Deutschland mindestens 200 Marken auf Grund eines Versicherungsverhältnisses kleben. Ein Anspruch auf eine Rückerstattung steht Ihnen nicht zu. — **K. 101.** Liegt kein schriftlicher Vertrag vor, so können Sie den Knaben sofort aus der Lehre nehmen. Sonst müßten Sie beim Amtsgericht Königs-Wusterhausen auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz klagen. — **E. A. 35.** Die beiden, welche sich als Ihre Schuldner unterschrieben haben, haften für das Darlehn 30 Jahre lang, nicht aber Ehegatten. — **H. S. 1806.** Der Versuch kann in der von Ihnen vorgeschlagenen Art gemacht werden, eventuell tritt aber Zeugniszwangsverfahren ein. — **A. A. 34.** Ja, so lange Sie nicht aus der Kirche austreten, müssen Sie Kirchensteuer zahlen. — **O. M., Schöneberg.** Nein. — **A. B. 90.** Der Chef ist zur Zahlung verpflichtet. — **A. P. 16.** Das Gericht kann diese Säumnis Ihnen zubilligen. — **W. B. 36.** Beantragen Sie Sühnetermin beim Amtsgericht, erwirken Sie dann das Armenrecht zwecks Ehescheidung und reichen Sie dann die Ehescheidungsklage durch einen Anwalt baldmöglichst ein. — **E. F. 300.** 1. Zustimmung der Mutter und des Vormundes ist erforderlich. 2. Großjährigkeitserklärung kann vom vollendeten 18. Jahre ab erfolgen. In Ihrem Fall hätte Sie wenig Zweck, weil bis zur Erledigung all der Formalitäten das 21. Lebensjahr bereits erreicht sein dürfte. Suchen Sie doch die Einwilligung nach und machen Sie sich nicht im voraus Kopfschmerzen. Frisch gewagt ist halb gewonnen! — **R. R.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. St. 9.** Ihre Anfrage enthielt von wöchentlich nichts. Spätestens zu Beginn der Woche ist zum Schluß der Woche zu kündigen. — **G. T.** Versicherungsanstalt Berlin, Kölnischer Fischmarkt, ist für einen eventuellen Anspruch zuständig. — **F. L. 85.** 1. Zahlzwang besteht nicht. Legitimationspapiere zweckmäßig, aber nicht notwendig. 2. In der Vorwärts-Buchhandlung erhalten Sie alle Bücher. — **E. P. 69.** Wenn Sie nicht innerhalb sechs Wochen der Erbschaft entsagt hatten, sind Sie Erbe geworden. Die Entsagung erfolgt durch eine notariell oder gerichtlich beglaubigte Eingabe an das Gericht. — **A. B. 67.** Ja. Sie müssen einen Vertrag notariell oder gerichtlich abschließen. Ein Beispiel finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht" beigefügten „Führer" Seite 225. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **44. H. A.** 1. und 2. Ihre Frau, nicht aber Sie sind an den Vertrag gebunden. Auch Ihre Frau haftet nicht, wenn sie bei Abschluß des Vertrages noch nicht 21 Jahre war. 3. Amtsgericht I zuständig. 4. Nein. — **P. B. 99.** Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 78—86, IIa 63—75, IIIa 52—60, Hammelfleisch Ia 60—71, IIa 54—60. Schweinefleisch 73—78. Rotwild Pfd. 0,00 bis 0,00, Damwild 0,00. Kaninchen Stück 0,85—0,95. Hühner, alte Stück 1,60—2,80, junge 1,00—1,20, do. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,38—0,60, alte 0,45—0,50. Enten, Stück 3,45—3,50. Gänse, junge, Stück 0,00—5,00, russische 0,35—0,40 M. pr. Pfd. Schellfische 0,00 M., Flunder 00—00 M., pro 100 Pfd. Hechte 77—94, Schleie 00,00; Aale, groß 00—00, mittel 00—00; Plötzen 58—61, Plötzen in Eis, große 00, kleine 00—00, Karpfen 55—56, Rheinlachs 500, Seelachs 20—25 M. pr. 100 Pfd. Schottische Vollheringe (gesalzen) 40—44 M. Eier, Schock 3,30—3,60. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 118—122, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Daberscke 2,00—2,50, magn. bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schock 0,00—00,00, Weißkohl pr. 100 Pfd. 3,25—4,00, Rotkohl pr. Schock 00—00, holl. 17—20 M. Saure Gurken, Schock 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsübersicht vom 14. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 Grad reduziert	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Grad	Stationen	Barometer auf 0 Grad reduziert	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Grad
Swinemünde	752 W		4	heiter	—1	Haparanda	735	ONO	4	Schnee	—6
Hamburg	757 WSW		4	halb bd.	—2	Petersburg	742	S	1	wolkig	—3
Berlin	757 WNW		5	heiter	—1	Scilly	760	NW	5	bedeckt	7
Frankf. a. M.	761 S		3	Schnee	—2	Aberdeen	761	WNW	3	heiter	—4
München	763 NW		3	Schnee	—3	Paris	758	SSW	3	bedeckt	2
Wien	761 NW		3	wolkig	—1						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. März 1906.

Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. März.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Narciß.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Liebesleute.
Berliner. Onkel Wanja.
Westen. Die Zauberflöte.
Lessing. Rosmersholm.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Zentral. Die Puppe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Kleines. Antigone.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Luisen. Graf Essex.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.
Wintergarten. Saharet: „Die Kaiserin der Sahara". — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. Thesing: Die Bakterien als Krankheitserreger.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Zum letzten Male:
Onkel Wanja.
Freitag: Nachtasyl.
Sonnabend: Zar Feodor Joannowitsch.
Sonntag nachm. 2½ Uhr zu ermäß. Preisen: Der Widersp. Zähmung.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Liebesleute
(Amants).
Freitag: Boubouroche. Vorher: Die Neuvermählten.
Sonnabend: Ein Sommernachtstraum.
Sonntag: Boubouroche. Vorher: Die Neuvermählten.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Antigone.
Freitag:
Kinder der Sonne.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Die Puppe. Operette in drei Akten.

Komische Oper.
Donnerstag, 15. März, abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Freitag: Die Bohème.
Sonnabend, Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise) u. abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Graf Essex.
Freitag: Ein Sommernachtstraum.
Sonnabend: Der Verschwender.
Sonntag nachm.: Der Kaufmann von Venedig. — Abends: Ein Sommernachtstraum.
Montag: Die Haubenlerche.

Apollo-Theater.
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Burleske in drei Bildern mit Gesang und Tanz von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson.
Im dritten Bilde:
La Matschiche, mexikan. Tanz.
Liane d'Eve.
Vorher 8 Uhr die glänz. Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Schausp. in 5 Akten v. St. Großmann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil).
Schauspiel in 4 Aufz. von Björnstjerne Björnson.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 18. März, nachmittags 2½ Uhr:

Metropol-Theater. 5./6. Abteilung	Carl Weiß-Theater. 12./13. Abteilung
Kater Lampe.	**Ein Frühlingsopfer.**

MÄRZ-FEIER

Sonnabend, den 17. März, Brauerei Friedrichshain.
Programm u. a.:
Sinfonie No. 3 Eroika . . . . . Beethoven.
Violinkonzert . . . . . Mendelssohn.
Der Tempel der Menschheit (für Männerchor) Berlioz.
Apotheose (komponiert in London 1848) . . Berlioz.
Unter Mitwirkung hervorragender Solisten.
Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen.
Nach dem Konzert: **Festball.**
228/11 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Berliner Volks-Chor.

(Dirigent: Dr. E. Zander.)
Montag, den 2. April 1906, abends pünktlich 8½ Uhr, im großen Saale der **Neuen Welt,** Hasenheide 108-114:

Beethoven-Abend

unter gütiger Mitwirkung
des Herrn **Conrad Ansorge** (Klavier),
des Frl. **Bischoff,** Frau **Guttmann,** Frl. **Bremer**
und der Herren **Weiss,** Dr. **Guttmann, Lederer-Prina**

des auf 60 Musiker verstärkten **Neuen Tonkünstler-Orchesters** | des **Berliner Volks-Chores** ca. 200 Mitglieder.

Einlaßkarten 70 Pf. inkl. Garderobe u. Programmzettel.
::: ::: **Eine Wiederholung findet nicht statt.** ::: :::

Oeffentliche Generalprobe: Sonntag, 1. April, mittags 12 Uhr. Billetts im Vorverkauf 40 Pf. inkl. Garderobe und Programmzettel; an der Kasse 50 Pf.

Einlaßkarten sind zu haben bei: **Erbe,** Restaurant, Hasenheide 9; **Gottfried Schulz,** Zigarrenhandlung, Admiralstraße 40a; **L. Tolksdorf,** Restaurant, Görlitzerstr. 58; **Böttcher,** Zigarrenhandlung, Zossenerstr. 30; **Horsch,** Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15; **R. Thomas,** Restaurant, Gartenstr. 71; **E. Beyer,** Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 13; **Parteispedition,** Keibelstraße 42; **Wertheim,** Leipzigerstraße; **Rühle,** Musikalienhandlung, Moritzplatz; **Bickhardt,** Buchhandlung, Rixdorf, Bergstraße 13; **Philipp & Sohn,** Musikalienhandlung, Neue Schönhauserstraße; **Verbandsbureau der Konditoren,** Brunnenstr. 30; **Tabakarbeiter-Genossenschaft,** Rixdorf, Weber, Hermannstr. 110; **Paul Ihm,** Wrangelstr. 58; **Schrolle,** Barbiergesch., Landwehrstr. 3.

An der Abendkasse erhöhter Preis.

Damen und **Herren** — auch ohne Notenkenntnisse — welche dem Chor beitreten wollen, können sich Freitags von 8–10 Uhr, in der Aula, Steinstr. 31–34, melden.

Der Vorstand.
I. A.: **K. Heimann,** Fidizinstr. 18.

65 Abessinier in Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Neu! **Mr. Cashmore,** der Stelzenkönig.
Ein Souper bei Maxim.
Les 7 Perezoffs.
Geschwister Jungmann, Mitz Dassey, Mlle. Motzelt, Mlle. Eugenie, Mr. Joe Hodgins berühmte Turnspringer. Die beliebte jugendliche Schulreiterin Frl. **Dora Schumann.** Mons. Craston, Mr. Woodson, Mons. Arkadia.
Dir. Albert Schumanns neue und moderne Dressuren.
Ferner: **Mlle. Luise Mary** mit ihren wunderbar dressierten
Eisbären.
Zum Schluß zum **88.** Male: Das größte Pracht-Manegen-Schaustück der Gegenwart
Femina das neue Frauenreich.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. **Wilhelm Reimer.**
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Sonnt. Bg. 5, Wochentl. 8 U.
Anmeld. f. d. gr. Theatersaal u. nächst. Salon (a. f. Mittwochs) w. schon jetzt entg.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Um 8½ Uhr! **Neu! Dressierte 70 Eisbären 70**
unter persönlicher Vorführung des Herrn **Hagenbeck.**
Zum Schluß (um 9¼ Uhr):
Zum 116. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ **Indien.** ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Witwenverbrennung.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Nur noch einige Tage:
Der Beheme
und
Nach d. Zapfenstreich.
Sonnabend, den 17. März:
PREMIERE:
Der Schmock
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Wertheim.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 18. März, bei Keller, Koppenstr. 29:

Gr. Frühjahrs-Vergnügen.

Auftreten der Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky.
Turnerische Aufführungen vom Turnverein „Fichte".
Die Musik wird ausgeführt vom **„Neuen Berliner Sinfonie-Orchester"** unter Leitung des Direktors Herrn **Tietz.**
Kassen-Eröffnung **4** Uhr. Anfang **5** Uhr. Billett **25** Pf., an der Kasse **30** Pf. 242/11*
Es ladet ein **Das Komitee.**

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. Thesing: **Die Bakterien als Krankheitserreger.**

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel **Ad. Philipp.** | Zum **83.** Male: **ER & ICH**
Sonnt. nchm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Walhalla-Theater
Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von A. Mels.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Posse m. Ges. i. 2 Akt. v. Dann u. Haskel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 137. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Kanroj und R. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der Schlafwagenkontrolleur.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung, kleine Preise: **Hänsel und Gretel.**

W. Noacks Theater.
Direktion: **Rob. Dill,** Brunnenstr. 16.
Benefiz für Hans Adolfi.
Gastspiel des Fräul. **Else Adolfi.**
Die weiße Sklavin
oder: **Muttersluch.**
Schauspiel in 5 Akten v. Benefizianten.
Anfang 8 Uhr. Entree **30** Pf. **Ball.**

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabends für Sommerfeste sind noch frei.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volksstück in drei Akten von Walter u. Stein.
Vorher das **neue bunte Märzprogramm.**
Sonntag 4 Uhr: **Die goldene Brücke.**

Passage-Theater.
Anfang **8** Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloratursängerin.
Geschwister Fiokati,
Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 15. März:
Große Extra-Benefiz-Vorstellung
für **Elsa Jocesa** vom Bernhard Rose-Theater.
Das Milchmädchen von Schöneberg.
Volksstück mit Gesang in 6 Bildern von Mannstädt.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Saharet
in der Burleske
„Die Kaiserin der Sahara."
Alonzo Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.
Madame Lo, lebende Bilder.
Franco Piper, Banjo-Virtuose.
„Rokoko"-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.
Newhouse und Ward, kom. Radfahr.
Alexia, Pariser Tänzerin.
Die 4 Rasses, Luftgymnastiker.
Gabriele Modl, Soubrette.
De Bière, Zauberkünstler.
Emil Sondermann.
Der Biograph.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Zum **130.** Male:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11–2 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Schluß diesjähriger Spielsaison!
Abschieds-Vorstellung im alten Hause!!

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Die herbe Frucht.**

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bd. Börse.
Täglich **8** Uhr. Entree **50** Pf.
Prol.! **Mlle. Eugenie** Prol.!
Schulreiterin.
Magda & Elsa
Evolutionen auf Doppel-Draht.
Montanis Hunde u. Katzen.
'ne feine Nummer!
Burleske von Max Koch
und **8 Attraktionen I. Ranges.**
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Neu! **Einquartierung.**
Mil. Humoreske v. Meysel
Anfang Wochentags **8** Uhr, Sonntags **7** Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

Vereine!
Zum 1. und 2. Osterfeiertag ist Saal (auch Bühne) frei geworden.
Kommandantenstr. 72, Klubhaus.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater
Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph System 1906
Sy Sy ? ? ? ? ? ?
Die Wunder-Liliputaner!
Die Fußkünstlerin!

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Elysium
Landsberger Allee Nr. 40-41.
Inh. **C. Eisermann.**

Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: **C. Frick** und **F. Kasche-Krause.**
Anfang 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: **Freitanz.**

Mache meine werte Kundschaft aufmerksam:
Morgen Freitag
von Mittag an gibt es
Frische Blut- u. Leber-Wurst
in bekannter, tadelloser Qualität.
Rich. Augustin Oranienstr. 103 Hof parterre.
Frühstücks- und Mittagstisch. 4462
Säle und Vereinszimmer
noch mehrere Wochentage frei.
Telephon: Amt IV. 5652.

Ziehung vom 27.–31. März 1906.
Trierer Dombau-Geld-Lotterie
5 377 Geldgewinne, zus. M. 1
500 000
Hauptgewinne:
100000
50000
Ganze Lose 4.30 | Halbe Lose 2.30 inkl. Porto und Liste empfiehlt
Carl Heintze,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Reichels Universal-
Magenpulver
Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 frk. Berl.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Anzüge, Paletots nach Maß 28
30, 32, 35, 38 M. usw., bei Anzügen von 50 M. an Teilzahlung, monatlich 10 M., gestattet. 8362*
Temporowski, Prinzenstr. 55, I. Etg.

Restaurant Bellevue
früher Rieck-Werder
Woltersdorfer Schleuse, Werderstraße 37 am Flakensee
empfiehlt sich den geehrten Vereinen rc. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer. 2682*

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes
erstklassiges Solidaria-Fahrrad.

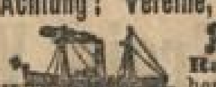
Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen
Teilzahlungen.
Anzahlung Mk. 20, 30, bis Mk. 50; Abzahlung monatlich Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reichsräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 58. an ab. Auch Zubehörteile wie Laufdecken, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten.
Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.

Jedes **Jenensia-Rad**
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, M. 100.—,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage
Der
„Süddeutsche Postillon"
Humoristisch-satirisches Witzblatt
Groß 4° 8seitig, reich und originell illustriert, schwarz und in prächtigem Farbendruck.
Zu beziehen direkt, durch alle Buchhandlungen und Kolporteure, sowie durch die Post.
Preis pro Nummer 10 Pfg.
Jeder Arbeiter trage zu seiner weitesten Verbreitung bei.

Die
Möbel-Fabrik
von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5 5904K*
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulanteste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Voigts „Krampenburg"
gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
mit allem Komfort neuerbautes Wirtshaus, 2 Dampferstege, 3 große Säle rc., Vereinen u. Gesellschaften zu Land- u. Wasserpartien bestens empfohlen. — Zwecks Abschlüssen u. Mietung von Sommerwohnungen bemühe man sich nach meinem Berliner Lokal R. Voigts Rittersäle, S.W. Ritterstr. 75. Achtungsvoll **Robert Voigt.**

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!

Restaurant „Waldhaus",
Rauchfangswerder bei Zeuthen,
herrlich am Zeuthener See u. Hochwald gelegen, hat seine großen Säle Sonntag, d. 10. Juni, 1., 8., 15., 29. Juli, 5., 12. August noch zu vergeben. 4000 Sitzplätze usw. 2 Dampfer (je 200 Personen) zu vermieten. Gute Küche. Anerkennungen zur Einsicht. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bittet
Der Inhaber **Karl Römisch.**

Graumanns Festsäle
Bühne! **Naunynstr. 27.** 3 Kegelbahnen
Achtung! Vereine! Sonnabende, Sonntage im April, Mai und Juni noch frei. **Gustav Graumann.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Shawls) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321K*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei. Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322K*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323K*

Inventurpreis. Steppdecken, Similí, Seide, rot, grün, oliv, blau, zirka 160 breit, 200 lang. Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,85 usw. 1326K*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,85, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327K*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328K*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329K*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330K*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Shawls, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331K*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332K*

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1291K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 1342K*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 1343K*

Grammophonplatten und Reparaturen. Rothenburg, Prenzlauerstraße 42, 2. Hof. 1336K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1339K*

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Remontoiruhren, Regulatoren, Spiegel, Bilder, Gaskronen, Möbel spottbillig. Leihhaus, Grünerweg 113.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Herrenhüte, moderne, 1,25 Mark. Holzmarktstraße 34a, I. 3195

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 4085*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Nah, Mulackstraße 14. 444b*

Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Felle, Portieren, Tischdecken, Anzüge, Remontoiruhren, Uhrketten, Freischwinger, Operngläser, Gaskronen, Petroleumkronen, Bilder, Spiegel, Möbel spottbillig, Leihhaus Grünerweg 113. 431b*

Herrenfahrrad, kleines Plüschsofa, Kleiderspind, Bettstelle, Dresdenerstraße 58, III rechts. 3906b

Möbelangebot. Im Möbelverkaufsspeicher (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Zimmer Nußbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bücherschränke, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibtische 28,00, funkelnagelneu, Ruhebetten mit wunderschöner Diwandecke 22,50, hochelegante Säulentrumeau 36,00, prachtvolle Zimmerteppiche 8,00, Salonteppiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saalteppichen, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, kostenlose Aufbewahrung und Transport gekaufter Möbel. Otto Liebes Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25. 1306K*

Gardinen, Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, spottbillig, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1344K*

Möbel, ganze Wirtschaften, Gelegenheitskäufe billigst. Möbelspeicher Dresdenerstraße 117 — Gneisenaustraße 62. 818b

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Ausziehtisch 17, Nußbaum-Kleiderschrank, Vertiko 45, Trumeau geschliffen 35, Plüschsofa 55, Muschelbettstellen mit Matratze 40. Schlafzimmer. Farbige Küchen 60. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 1288K*

Gut erhaltenes Spind und Vertiko billig verkäuflich, Magazinstraße 18b, parterre. 375b*

Monatsanzüge, Paletots von 5 Mark an, direkt vom Schneidermeister Fürstenzelt, Rosentalerstraße 15 III. 261/11*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen rc. billigst. Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Betten, Stand elf, zweischläfrig 16,00 Mark, Freischwinger, billigst. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †40*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 25, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1133K*

Brautleute — Sofas, Spiegel, Bettstellen, reelle Matratzen, enorme Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen in riesigen Fabrikräumen bekannt billigst! „Nur Grünerweg 81." Dwinatzki. 1303K*

Kostüme, Kostümröcke, Blusen zu Fabrikpreisen, Blumenstraße 9 II.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 1016*

Graupapageien (Reitvögel), sprechende Doppelgelbköpfe, Surinam, Gelbnacken, Blaustirnamazone auch Tausch, Restaurant Kommandantenstraße 52. 1358K*

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1361K*

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbratöfen, Gaskronen, 6,00. Gasplätteisen! Gasbügelapparat spottbillig! Gaskronenhaus Woblauer, Wallnertheaterstraße 32. 1314K*

Teilzahlung! Sommerpaletots, Herrenanzüge, Damenblusen, Kleiderröcke, Damenjacketts, Damenumhänge. Schmidt, Petersburgerstraße 23. 817b

Motorzweiräder, Adler, Wanderer, Neckarsulmer 175,00. Janke, Friedrichstraße 125. 98/15*

Destillations-Niederlage billig zu verkaufen. Offerten unter A. K. Zeitungsspedition Lausitzerplatz 14/15.

Hochvornehme Herrenanzüge, Paletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38,00. Herrenhosen verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Bronzegaskronen! dreiflammig 6,00, Gaszuglampen 9,00! Salongaskronen 15,00! Gasampeltulpen 1½! Schaufensterlicht spottbillig! Woblauer, Wallnertheaterstraße 32. 1315K*

Sofort müssen zwei Kleiderschränke, Vertiko, Bettstellen, Garnitur, Plüschsofa, Nußbaumpiano, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Spiegelspind, Muschelspiegel 10,00, Stühle, Schreibtisch, Regulator, Bilder, Betten, komplette Küche, spottbillig verkauft werden. Waldemarstraße 27, vorn I. Wohnung vermietbar. 464b

Gehrockanzug, schwarz, neu, Mittelfigur, billig. Zimmerstraße 65, parterre. 458b

Verzugshalber verkauft schöne Nußbaumwirtschaft Liese, Königsbergerstraße 11. †48

Plüschsofa, Bettstelle, Matratze verkauft Proskauerstraße 34, vorn II links. †43

Eleganter Kinderwagen, Sportwagen. Edeling, Gubenerstraße 54.

Parteilokal mit Vereinen und Zahlstellen sofort zu verkaufen. Näheres bei Nölte, Brunnenstraße 63, vorn II. 467b

Stehbierhalle, nahe Oranienplatz, elegantes Geschäft, große Wohnung, Brauerei gibt Hälfte zu. Auskunft Dresdenerstraße 117, Restaurant. 459b

Fahrrad, fast neu, 40,00 verkauft Lenz, Dresdenerstraße 38. 469b

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 118. 463b

Ringschiffchen (Singer) 35,00, Adler 55,00, Langschiffchen 25,00, alle wie neu, nur kurze Zeit gebraucht, Tilsiterstraße 16, Milchgeschäft. †43

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Für Nachweis Provision. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Vergüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †42*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Pianinos Miete, Teilzahlung. Andersen, Schillingstraße 38. 288/9*

Schleunigst Plüschsofa 45,00, Paneelsofa 56,00, Säulentrumeau 32,00, Bilder, Gardinen, Freischwinger 14,00, Nähmaschine, drei Zimmer Möbel, jeden Preis, Landsbergerstraße 42, II.

Möbelverkauf Wallstraße 80/81. Am Lager befinden sich viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 29, Muschelspiegel 12, Kommode 18, Ruhebett 25, Muschelbettstelle, komplett 39, Rohrstühle 3, Taschensofa 54, Paneelsofa 75, Schlafsofa 38, Waschtoiletten 26, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Büfetts, Säulenmöbel, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport in Berlin und Vororten frei. 99/13

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 99/12*

Teppiche, kleine Webefehler, spottbillig, Teppichhaus Münzstraße 17.

Gardinen, Portieren, Store, Tüllbettdecken wegen Ueberfüllung spottbillig, Teppichhaus Münzstraße 17.

Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken, Reisedecken spottbillig. Teppichhaus Münzstraße 17. 1369K*

Flügel verkauft billig Hänsel, Oppelnerstraße 27, vorn V. †14

Grünkramgeschäft umständehalber zum April verkauft Bartsch, Urbanstraße 33. 454b

Milchgeschäft ohne Konsum wegen Grundstücksübernahme verkäuflich. Näheres Elisabeth-Ufer 11, Restaurant.

Zigarrengeschäft verkauft Richter, Müllerstraße 37. †63*

Baustelle in Pankow, mit Bauerlaubnis, verkaufe billig mit ganz geringer eventuell ohne Anzahlung an solvente Käufer. Eventuell Baugeld. Offerten R. 3742 Annoncenbureau Potsdamerstraße 115a. 473b

Fichtenau. Beste Lage, fertige Straße, verkaufe gutgeschnittene Baustellen, Wald und Wasser, an solvente Käufer, zu bequemen Bedingungen mit ganz geringer, eventuell ohne Anzahlung. Offerten Q. 3741 Annoncenbureau Potsdamerstraße 115a.

Kolonialwaren- und Gemüsegeschäft verkauft sofort billig. Auskunft: Seibler, Hochmeisterstraße 22. †58

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 3483*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren. Kehrgold, Staubgold, photographische Rückstände, Stanniolabfälle, alte Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Groh, Wrangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 97/1*

Pfandleihe. Prinzenstraße 68, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

Vier Vereinszimmer frei Gerbelstraße 30. 291b*

Wernaus Saal und Garten-Etablissement, Schwedterstraße 23, zu Frühjahrs- und Sommer-Festlichkeiten bestens empfohlen, von 200 bis 1000 Personen fassend. Volksbelustigung aller Art. 1351K*

Maßanfertigung tadellos sitzender Damengarderobe, sowie Schneiderkostümen, Blumenstraße 9 II. *

Gnörich, Volkshumorist, Fennstraße 1a. †14*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 4355

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, billige Wohnungen von 19 Mark ab. Näheres Wirt 37. 433b*

Rixdorf, Warthestraße 1/12, Nähe Bahnhof Hermannstraße, gute Verbindung mit der Elektrischen. 3, 2 Stuben, Balkon, Bad. 1 Stube, Küche, viel Nebengelaß. 100 Prozent Gemeindesteuern. Gesunde Gegend. Näheres Verwaltung Warthestraße 4 und 7 I. 1815*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26, III. 7882

Schlafstelle Bierente, Oranienstraße 156, vorn. 99/17

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren zum 1. April bei Kunst, Schönhauser Allee 31, rechter Seitenflügel II. †58

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer, 15 Mark inklusive. Offerten M. 102 Zeitungsspedition Wienerstraße 1. 4625

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Granitschriftehauer sucht Scholz, Neue Königstraße 2. †142*

Lehrling für Lederarbeit verlangt. Dresdenerstraße 62. 4105*

Sandbläser für Sandbläserei sofort gesucht. Wehrhahn, Strausbergerstraße 36. 99/15

Steinmetz, tüchtiger, auf Grabsteinarbeit verlangt Buerh, Westend, Neuer Fürstenbrunner Weg. †126

Arbeitsbursche für Galvanisierung verlangt H. Ziegler, Boeckhstraße 28.

Kürschnerlehrling verlangt Dresdenerstraße 30a, IV. †64

Wagenlackierer suchen für dauernde Beschäftigung Gebrüder Reichstein, Brandenburg a. H., Kinderwagen- und Fahrrad-Fabrik. 1366K*

Formerlehrling verlangt Müller, Skalitzerstraße 132. 99/14*

Zwei Koffermacher auf Musterkoffer verlangt Kurstraße 41/42. 4575

Lehrling für Schleiferei und galvanische Anstalt verlangt Karl Hinz, Linienstraße 65. 470b

Tischlergesellen auf Kundschaft und Möbel. Lurban, Schöneberg, Belzigerstraße 12. †105

Kistenmacher verlangt Eckert, Große Hamburgerstraße 20. 261/12

Drei Färber verlangt Gebrüder Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †138*

Belegerin sucht Barthels, Michaelkirchstraße 17. 467b

Flaschenwäscherin und -Füllerin suchen Gebr. Kroner, Alexandrinenstraße 119. 456b

Junge Mädchen für leichte Handarbeit gegen Wochenlohn. Scholz, Lindenstraße 69, Blumenfabrik. 455b

Mamsells auf Jacketts verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16.

Zeitungsfrauen sofort verlangt Ryckestraße 31. 99/18*

Belegerinnen auf Goldleisten verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †14

Zeitungsfrauen sofort verlangt Prinzenstraße 41. 98/15*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Zwei tüchtige Kunstschmiede
mit getriebener Arbeit, speziell Blätter und mit der Zusammensetzung von Kunstschmiedesachen vertraut, erhalten sofort Engagement bei 98/18*
Nils Erickson, Malmö, Schweden.

Bedeutende
Berliner Wurstfabrik
sucht tüchtigen, bei großen Abnehmern eingeführten 441L*
Agenten.
Gefl. Offerten unter **D. 2** in der Expedition dieser Zeitung.

Rheinische Pianofortefabrik
sucht
einen tüchtigen Umbaumacher
sowie 4535
einen tüchtigen Fournierer
bei gutem Verdienst in dauernde Stelle.
Gefl. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit und unter Uebersendung von Zeugnissen an die Exped. des „Vorwärts" unter **E. 2** erbeten.

Ein tüchtiger Kunstschlosser,
welcher gut schmieden kann, wird für Kopenhagen gesucht. Offerten mit Empfehlungen und Lohnforderungen und „Kunst 4448" an Aug. J. Wolff & Co., Annoncenbureau, Kopenhagen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen Streik und Differenzen ist
Zuzug fernzuhalten
von Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer) von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von Einsetzern vom Bau Gerhardt in Halensee, Schweidnitzerstr. 6 und 7, und Tischlern von Ebers Möbeltischlerei, Manteuffelstr. 22;
von Parkettbodenlegern vom Bau Schostow, Gleditschstr. 11;
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

gen und Leuten ihre Stimme zu geben, von denen sie sonst sehr wenig wissen wollen. In Berlin liegen ja für den, der sich etwa durch einen Stöcker oder seinesgleichen vertreten lassen möchte, die Dinge nicht besonders günstig. Bei den Reichstagswahlen, bei den Landtagswahlen, bei den Kommunalwahlen — überall müssen die „Nationalgesinnten", die Konservativen und Antisemiten sich mit aussichtslosen Durchfallskandidaturen begnügen. Ein wahrhaft patriotischer Mann kann hier sein Wahlrecht höchstens noch in negativem Sinne ausüben — nur so, daß er wenigstens die Wahl von Sozialdemokraten zu verhindern sucht und gegen seine sonstige Ueberzeugung für die Kandidaten des Freisinns stimmt. Das ist ein hartes Opfer, aber da darf vaterländischer Geist sich nicht lange sperren, es zu bringen.

Daß es gebracht wird, das haben wir erst wieder in allerletzter Zeit gezeigt, bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen vom November 1905. Im 30. Bezirk wurde der Kandidat der „Nationalen", der antisemitische Rechtsanwalt Ulrich, von den dort sehr zahlreichen Unterbeamten der Post preisgegeben, weil er keine Aussicht hatte, zu siegen. Aber in der Stichwahl zwischen dem Freisinnigen Rettig und dem Sozialdemokraten Sassenbach taten sie dann ihre Schuldigkeit und halfen Herrn Rettig herausreißen. Im 19. Bezirk, wo in der Hauptwahl Herr Rosenow der Einzige gewählt wurde, traten Männer der Post und anderer Verwaltungen von vornherein für diesen Freisinnskandidaten ein. Einen eigenen Kandidaten hatten sie nicht, da konnten und durften sie natürlich nur dem Freisinnigen und nicht etwa dem Sozialdemokraten, unserem Genossen Fröhlich, ihre Stimme geben. Sie mußten sogar für den Freisinnigen eintreten, damit nicht etwa der Sozialdemokrat gewählt würde.

Herr Rosenow und seine Freunde haben in der Stadtverordnetenversammlung, als dort diese Dinge im Januar von unserem Genossen Singer zur Sprache gebracht wurden, ihren getreuen Helfern mit feigem Undank gelohnt, wie wenn sie sich ihrer schämten. Von den Postillionen aus der Melchiorstraße, die Herrn Rosenow so tapfer beigestanden hatten, wollten die Freisinnshelden nun plötzlich gar nichts mehr hören. Nicht wahr, da ist Stöcker doch ein anderer Kerl?! Er erkennt ihn doch wenigstens noch an, den „gesunden Geist", der in den Post-Unterbeamten steckt und die Postillione der Melchiorstraße antrieb, Herrn Rosenow beizustehen. Für künftige Debatten zum Postetat stellen wir hiermit ein aktenmäßiges Material zur Verfügung, das als Beweis dafür dienen möge, wie groß das Vertrauen zu dem „gesunden Geist" der Männer von der Post ist. Am Tage der Stadtverordnetenwahl von 1905 wurde im 19. Bezirk das folgende Flugblatt verbreitet:

Berlin, 8. November 1905.

Mitbürger! Postillione!

Heute findet die **Stadtverordnetenwahl** statt.

Als Träger des kaiserlichen Rockes **könnt** Ihr selbstredend keinen Sozialdemokraten wählen, der gegen die Monarchie, gegen Kaiser und König ist.

Ihr **dürft** aber auch nicht von der Wahl fern bleiben, da Ihr dadurch indirekt dem Sozialdemokraten helfet.

Daher tretet an, Mann für Mann, geht zum Wahllokal

Köpnickerstr. 137 (Fürstenhof)

und wählt alle den alleinigen bürgerlichen Kandidaten

Stadtverordneten Rosenow.

Das liberale Wahlkomitee.

Wie wir Herrn Rosenow kennen, müssen wir leider annehmen, daß er niemals Gelegenheit suchen wird, diesen schönen Beweis seines Vertrauens zu den Trägern des „kaiserlichen Rockes", den Postillionen der Melchiorstraße, öffentlich zum besten zu geben. Wir müssen daher an Herrn Stöcker, seinen würdigen Waffenbruder im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die Bitte richten, seinerseits von diesem Flugblatte Gebrauch zu machen. Er möge hinzufügen, daß die Postillione Herrn Rosenow tatsächlich ihre Stimme und nicht etwa einen Fußtritt gegeben haben. Den Fußtritt gab nachher Herr Rosenow und seine Sippschaft ihnen.

Die Automobildroschkenkutscher waren beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden wegen einer Reihe Erschwerungen, die ihnen durch polizeiliche Maßnahmen bereitet werden. Jetzt ist folgende Antwort erteilt worden: Die Ansicht der Beschwerdeführer, daß die Höchstgeschwindigkeit der mit Pferden bespannten Droschken auf 160 Meter in der Minute beziehungsweise 9,6 Kilometer in der Stunde festgesetzt ist, ist irrig. Es ist dies vielmehr die Geschwindigkeit, welche als Mindestleistung gefordert wird. (§ 86 der Droschkenordnung.) Meistens ist die Geschwindigkeit der Droschken eine weit höhere und übersteigt zuweilen die für Kraftwagen innerhalb der Stadt zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometer in der Stunde. Seitens der Polizeibeamten werden nur dann Strafanzeigen wegen übermäßig schnellen Fahrens erstattet, wenn diese Höchstgeschwindigkeit erheblich überschritten ist, gleichgültig ob durch Pferde- oder Kraftfuhrwerke. Eine Feststellung darüber läßt sich durch Vergleichung der Geschwindigkeiten der in derselben Richtung fahrenden Fuhrwerke bewirken. Die Zahl der wegen übermäßig schnellen Fahrens bestraften Kraftdroschkenführer ist keineswegs groß, da unter den wegen dieser Uebertretung im Jahre 1905 bestraften 333 Wagenführern sich nur 14 Kraftdroschkenführer befunden haben."

Eine Belohnung von 1000 Mark hat der Regierungspräsident auf die Ermittelung des Mannes ausgesetzt, der am Abend des 7. März den in dem Schnellzuge 24 fahrenden Kammerherrn von Zitzewitz durch mehrere Revolverschüsse verletzt hat. Der Täter ist zwischen Biesenthal und Bernau bei der Bude 32 aus dem Zuge gesprungen und in den Wald geflüchtet.

Ueber die Leistungen unserer Polizei haben wir schon manches Stückchen zu berichten gehabt, das oft Kopfschütteln und Empörung hervorrufen mußte, und möchten wir heute dieses Kapitel um einen neuen Beitrag bereichern. Vor einiger Zeit entstand in der Friedrichstraße ein großer Auflauf durch die Sistierung eines Zeitungsverkäufers. Der Verkäufer stand an der Bordschwelle und bot seine Zeitungen aus, als ein Schutzmann hinzukam und ihn aufforderte, weiter zu gehen. Dessen weigerte er sich, weil er angeblich auf ein Automobil acht geben sollte. Da schritt der Schutzmann zu seiner Verhaftung. Der Sistierte widersetzte sich, so daß ein zweiter Schutzmann zu Hülfe kam. Nachdem die Schutzleute den Widerstand des Mannes schon gebrochen hatten, wurde er von dem einen Schutzmann zur Erde geworfen, mit der Faust auf den Kopf geschlagen und mit dem Fuße gestoßen. Als sich Personen aus dem Publikum über diese Behandlung empörten, dem Schutzmann Vorwürfe machten und ihm sagten, das sei doch keine Art, einen Menschen so zu behandeln, drohte er den Herren, ihnen auch „so eins zu geben, wie der bekommen hat" Als einige Herren, die diesen Vorfall beobachtet hatten, auf die Wache wollten, um den Vorgesetzten von dem Geschehenen in Kenntnis zu setzen, wurden dieselben von den Schutzleuten vor dem Revier zurückgewiesen und von einem wurde ihnen gesagt, wenn sie sich nicht sofort entfernten, würde er sie bei den Ohren nehmen und hinauf bringen, dann hätten sie ja Gelegenheit, sich zu beschweren. Auch die Bitte, seine Nummer anzugeben, weigerte sich der Schutzmann, weil er es nicht nötig habe.

Einer der so Beleidigten erkundigte sich am anderen Tage bei dem Vorsteher des Reviers nach dem Namen des Schutzmanns und trug bei dieser Gelegenheit den Sachverhalt in ruhiger Weise vor. Der Vorsteher war in diesem Falle sehr zugänglich und erklärte dem beschwerdeführenden Herrn, er werde für volle Genugtuung sorgen. Diese loyale Erklärung bewog den Beschwerdeführer, von einer weiteren Beschwerde beim Polizeipräsidenten auf Wunsch des Vorstehers Abstand zu nehmen. In welcher Weise nun diese Genugtuung erfolgen soll, ist uns sehr unklar, denn dieser Tage erhielt der sich beleidigt Fühlende eine polizeiliche Vorladung, zu einer verantwortlichen Vernehmung sich auf dem Polizeirevier einzufinden. Was soll man dazu sagen? Soll etwa gegen den Beschwerdeführer vorgegangen werden? Es wäre ein Grund nicht ersichtlich, aber in Preußen erleben wir ja sehr viel. Ist dem Vorsteher des in Frage kommenden Reviers sein Versprechen bezüglich der Genugtuung leid geworden? Auf den Ausgang dieser Affäre darf man gespannt sein.

Zwischen die Wagenpuffer geraten. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern auf dem Steinplatz in der Grunewaldstraße 96 zugetragen. Der 26jährige Kutscher Fritz Mietke, Belzigerstraße 47 wohnhaft, geriet zwischen die Bremspuffer zweier Lastwagen und wurde innerlich so schwer verletzt, daß er dem Leben wohl kaum erhalten bleiben dürfte. Der Bedauernswerte fand im Elisabeth-Krankenhause Aufnahme.

Sie haben ihn, den Hennig.

Nach einem Drahtbericht des „Wolffschen Telegraphenbureaus" ist dem hiesigen Polizeipräsidium aus Stettin die Meldung zugegangen, daß Hennig dort ergriffen worden sei. Aus Stettin wird gemeldet: Nachmittags gegen 1 Uhr wurde ein mittelgroßer Mann in dem Augenblicke verhaftet, als er sich ein Fahrrad widerrechtlich aneignen wollte. Der Verhaftete, der sofort den Revolver zog und sich des Beamten durch Schüsse zu erwehren suchte, zeigte auf den ersten Augenblick so große Aehnlichkeit mit Hennig, daß man sofort Feststellungen in der Richtung vornahm, ob man es mit dem langgesuchten Mörder zu tun habe. Es stimmte nicht nur die genaue körperliche Untersuchung des Fahrraddiebes mit dem Signalement überein, sondern man fand auch in den Rocktaschen des Fahrraddiebes Dokumente, die auf den Namen Hennig lauteten. Im weiteren Verlaufe stellte die Polizei auf unzweifelhafte Weise fest, daß der Verhaftete mit dem Raubmörder Hennig identisch ist. Der Verhaftete wurde in sicheres Gewahrsam gebracht.

Und die „Ostsee-Zeitung" meldet: Heute vormittag wollte hier in der Arndtstraße ein Schutzmann einen Fahrraddieb festnehmen, dieser schoß und verwundete den Beamten an der Wange. Man stürzte sich auf den Dieb, schlug ihn nieder und brachte ihn zur Polizeiwache. Dort fand man in seinen Taschen einen Heimatschein und Pfandscheine auf den Namen Hennig, Berlin. Der Verhaftete gestand, der Raubmörder Hennig aus Berlin zu sein.

Weitere Nachrichten besagen: Stettin, 14. März. Es besteht kein Zweifel mehr, daß der heute mittag 12½ Uhr hier verhaftete Fahrraddieb der gesuchte Raubmörder Hennig ist. Hennig hat es, als er sich von dem ihm von einem Schutzmann erteilten Stockschlag soweit erholt hatte, daß er wieder vernehmungsfähig war, eingestanden und die bei ihm vorgefundenen Papiere beweisen es. Bei seiner Durchsuchung wurden bei ihm gefunden ein Heimatschein, der vom Berliner Polizeipräsidium am 29. April 1905 auf seinen Namen ausgestellt war, verschiedene ausgefüllte, gefälschte und unausgefüllte Pfandscheine auf den Namen Otto Wille-Berlin, Schützenstraße 9. Ferner wurden bei ihm vorgefunden eine Korrespondenz, die aus dem Heiratsschwindel, den er in Berlin betrieben hat, herrührt, außerdem noch ein guter Revolver amerikanischen Systems, ein neuer Dolch, Einbrecherwerkzeug und viele scharfe Patronen sowie zwei polizeiliche Anmeldescheine, die er selbst ausgefüllt hatte. Hennig hatte hier zwei Wohnungen; zuerst hat er sich eingemietet unter dem Namen eines Monteurs Otto Fuchs am 27. Februar, dann noch am 6. März unter dem Namen eines Monteurs Otto Vorkmann, wahrscheinlich hat er dann noch eine dritte Wohnung gehabt. Bei einem Wirt hat er in einer Nacht die Wohnung heimlich verlassen und hat dabei noch einen Spiegel und eine Uhr gestohlen, außerdem wurden 38 M. 35 Pf. Bargeld bei ihm gefunden. Die Polizei nimmt an, daß die in letzter Zeit hier vorgekommenen schweren Einbruchsdiebstähle Hennig zur Last zu legen sind.

Der Vorgang bei seiner Verhaftung spielte sich folgendermaßen ab: Heute mittag 12½ Uhr sah der Kassierer der Wach- und Schließgesellschaft, der kurz zuvor in ein Haus getreten war, daß ein Unbekannter sein Fahrrad stahl. Mit einem anderen Manne nahm er sofort die Verfolgung des Diebes auf. Als dieser sich verfolgt sah, ließ er das Rad stehen und rannte in eine andere Straße, dort lief er einem Kriminalschutzmann in die Arme, der ihn sofort festhielt. In Begleitung des Beamten der Wach- und Schließgesellschaft und zweier Zivilpersonen führte der Schutzmann den Verbrecher bis zum nächsten Polizeirevier. Vor dem Bureau zog Hennig den Revolver und feuerte auf den Schutzmann, der einen Streifschuß, anscheinend nur einen Fleischschuß erhielt. Der Schutzmann schlug mit seinem Stock Hennig so stark über den Kopf, daß dieser bewußtlos zusammbrach und in das Bureau getragen werden mußte.

Demnach ist Hennig der Polizei geradezu in die Arme gelaufen, es hätte sonst auch wohl wer weiß wie lange gedauert, ehe Hennig ergriffen worden wäre. Damit ist aber auch die ganze Kalkulation der Berliner Polizei, Hennig müsse sich bei hiesigen Prostituierten aufhalten, eine vollständig verfehlte gewesen. Dem Fiasko der politischen Polizei reiht sich das der Kriminalpolizei würdig an.

Wie uns übrigens von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll gegen Hennig in Stettin verhandelt werden, da man befürchtet, daß, wenn er nach Berlin gebracht wird, er hier wieder ausrückt!

Feuer auf der Spree. Nach einem seltsamen Brandherd wurde gestern die Rummelsburger Feuerwehr gerufen. Mitten auf der Spree, in der Nähe des Klemannschen Gehöftes, war ein Motorboot in Brand geraten. Das Feuer war infolge einer Explosion entstanden und es griff mit solch enormer Schnelligkeit um sich, daß es den Insassen nur mit knapper Not gelang, sich in Sicherheit zu bringen. Bald züngelten an allen Teilen des Passagierbootes die Flammen empor. Die Feuerwehr vermochte das Fahrzeug nicht mehr zu retten und mitten im nassen, löschenden Element mußte man es der Vernichtung überlassen.

Durch einen Sturz vom Kutscherbock lebensgefährlich verletzt wurde der Kutscher Jacobi, der einen Arbeitswagen des Gärtnereibesitzers Ost lenkte. Die Pferde des Wagens wurden, kaum daß sie das Gehöft verlassen hatten, in der Frankfurter Allee plötzlich scheu und rannten so heftig gegen einen Zaun, daß das Fuhrwerk in Trümmer ging und der Kutscher infolge des starken Anpralles vom Bocke stürzte. Außer einem Knochenbruch zog sich der Unglückliche sehr schwere innere Verletzungen bei dem Sturze zu. J. ist verheiratet und Familienvater.

Rechtsanwalt Buderus, der Arrangeur des Silberfestes, das seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat, hat Berlin den Rücken gekehrt, ehe die behördlichen Untersuchungen in der Angelegenheit abgeschlossen sind. Der vielgenannte Herr hat bei einer großen Zahl von Gläubigern sehr unangenehme Erinnerungen hinterlassen. Besonders beklagen sein Scheiden die Vermieterinnen und Pensionsinhaberinnen im Westen, die er in letzter Zeit in unheimlich schneller Folge aufsuchte, weil ihn keine Dame länger als absolut notwendig behalten wollte.

Der Besuch der Ausstellung für Säuglingspflege im Landesausstellungspark, Alt-Moabit 4—10, war in den ersten Tagen nach der Eröffnung ein sehr reger. Es ist Vorsorge getroffen, daß den Besuchern eine sachkundige Führung sowie Erklärung der einzelnen Gegenstände durch die ärztlichen Abteilungsleiter zuteil wird.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. Um jedoch auch den Minderbemittelten ausgiebige Gelegenheit zum Besuche der Ausstellung zu bieten, ist am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag von 2 Uhr an das Eintrittsgeld auf 25 Pf. festgesetzt worden.

Wer ist der Tote? Am 7. d. Mts. wurde auf dem Kavallerie-Exerzierplatz des Tempelhofer Feldes ein unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender, ungefähr 20 bis 25 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Der Unbekannte, der sich durch einen Revolverschuß in die rechte Schläfe entleibt hatte, ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar und keinen Bart. Er war bekleidet mit schwarz- und graupunktiertem weichen Filzhut, schwarzem Winterüberzieher mit Samtkragen, Kette als Anhänger und weißgestreiftem Futter, ohne Weste und Jackett, dunkler Hose, Zugstiefeln, rotbraunen Strümpfen, wollenem Hemd, buntem Chemisett mit weißem Stehkragen, blau- und grünpunktiertem Schlips, in welchem sich 2 Krawattennadeln, die eine mit dem Bildnis einer Dame und die andere mit einem roten Stein versehen, befanden. In den Taschen des Unbekannten wurden vorgefunden: eine Schnurrbartbürste mit Etui, ein Zigarrenetui, ein Messer mit Etui und eine Schachtel mit Patronen. Die Persönlichkeit des Unbekannten ist noch nicht festgestellt, und es werden deshalb diesbezügliche Angaben in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstraße 3/6, zwei Treppen, Zimmer 334, schriftlich und mündlich zu Tagebuchnummer 1639 IV 48. 06 entgegengenommen.

Zeugen gesucht. Am 4. Dezember 1905, abends gegen 5 Uhr, wurde ein alter Handelsmann mit blauer Schürze an der Dircksen- und Kaiser Wilhelmstraßen-Ecke von einem einspännigen Möbelwagen der Firma Max Schmidt überfahren und verletzt. Die Adressen von Zeugen dieses Vorfalles erbittet Schulz Pankow, Gottschalkstraße 2.

Vermischtes.

Ueber Hochwasser und Sturmflut

wird noch aus Emden berichtet:

Der seit Sonnabend wütende Sturm hat an der ostfriesischen Küste und den ihr vorgelagerten Inseln furchtbare Verheerungen angerichtet. Auf Langeoog ist am Sonnabend ein von Hamburg hierher bestimmter Leichter gestrandet. In der Nacht zum Montag strandete ein von hier ausgehender englischer Dampfer auf der Sandbank Randzeel bei Borkum. Von dem Pilsumer Leuchtturme aus wurden Montag nachmittag zwei Tjalken in Seenot bemerkt, deren Mannschaft, die in die Masten geklettert war, das Norddeicher Rettungsboot in fünfstündigem Ringen mit dem Tode keine Hülfe zu bringen vermochte, während es dem neuen Greetsieler Rettungsboote ebenfalls erst nach mehrstündigem Kampfe mit den Wellen gelang, zwei Mann von der einen sinkenden Tjalk aufzunehmen und zu landen. Inzwischen hat sich der Sturm immer mehr verstärkt. Im Emdener Außenhafen erreichte die Flut den ungewöhnlich hohen Stand von 4,6 Meter über Null, etwa 10 Zentimeter höher als bei der zuletzt gemessenen höchsten Fluttiede (1901). Der Außenhafen war so hoch überschwemmt, daß die Feuer unter den Lokomotiven erloschen, so daß von 12 bis 4 Uhr keine Züge verkehren konnten. Das Wasser soll auch den Nesserlander Durchlaß passiert haben. Bei Hilkenborg hat die Flut den Bahndamm gebrochen, so daß der Bahnverkehr von Neuschanz an der holländischen Grenze nach Leer unterbrochen ist. Bei Wybelsum, nahe der Knock, hat der Deich schwer gelitten, desgleichen bei Oldersum, wo der Deich bei dem alten Siel unterspült und an anderen Stellen überflutet wurde. Dort wurden die Feuerwehren alarmiert und die Sturmglocke geläutet. In Leer hat ebenfalls die Schleuse stark gelitten. Bei Beenhusen ist der Deich auf eine große Strecke weggerissen und das Wasser weit darübergegangen. Viele Häuser in der dortigen Gegend und die Leda hinauf stehen unter Wasser.

Berichte von Mühlberg a. Elbe lauten folgendermaßen: Infolge des hohen Wasserstandes und des herrschenden Sturmes sind im sogenannten Döbeltitzer Durchstich — zwischen Mühlberg und Torgau — in den letzten Tagen acht große Frachtschiffe in Grund gegangen, die das Elbstrombett vollständig absperren, so daß jeglicher Schiffahrtsverkehr abgebrochen ist. Ober- und unterhalb der Unfallstelle sammeln sich zahlreiche Schiffe an, die nicht weiterfahren können. Die Elbstrombehörde hat einige Bugsierdampfer an die Unfallstelle beordert, um weiteres Unglück zu verhüten. Der verursachte Schaden ist ganz bedeutend.

Besonders großen Schaden hat der Sturm an der englischen Küste verursacht, was aus einer Meldung von London, die wie folgt lautet, hervorgeht:

Die vorgestrige Flutwelle hat auch an der englischen Küste großen Schaden angerichtet. Zwölf Schiffe sind an der schottischen Küste gesunken. Der Verlust an Menschenleben ist sehr bedeutend.

Eine alte Raubritterburg an der Elbe ist in der Nacht vom 26./27. v. M. ein Raub der Flammen geworden. Hoch oben am Elbufer lag die alte Veste zu Arneburg (Kreis Stendal). Sie war in den 70er Jahren durch Anbau zu einer Ofenfabrik umgewandelt und hat als solche die verschiedenen Stadien des Verkaufs und Bankrotts durchgemacht. Mit der Zeit befand sie sich in nicht mehr gutem Zustande. Der alte Turm aus früheren Jahrhunderten hat jedoch standgehalten. Man vermutet Brandstiftung und ist am Sonnabend die Besitzerin Frl. Schwenke (Schwester der Freifrau von der Horst) verhaftet und in das Stendaler Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. So ist nun wieder ein Schwurzeuge aus der goldenen Raubritterzeit zum großen Teil vernichtet, der einem Adlerhorst gleich, hoch oben am Wasserweg zwischen Hamburg und Magdeburg liegt, dessen kolossale meterdicke Ruinen das Königreich Westfalen überstanden hatten und unter dessen Regierung am Anfang des vorigen Jahrhunderts Arneburg mit seiner Raubritterburg stand.

Die ihr gegenüberliegende, nur durch den alten Hohlweg, durch den die alten Ritter so manches geschleppt haben mögen, getrennte Fabrik war schon im Oktober 1904 ein Raub der Flammen geworden. Nun ziehen die Schiffer ruhig vorüber, nicht achtend der alten Brandruinen, an welchen früher ein stolzes Schloß gestanden hat und wo so mancher von einer gefährlichen Horde Land- und Wasserräuber bedroht wurde.

Drei Dörfer vom Erdbeben weggefegt.

Schwere vulkanische Erschütterungen haben, wie ein Telegramm meldet, im Stillen Ozean stattgefunden. Der in Honolulu eingetroffene Dampfer „Sierra" meldet, daß ein starker vulkanischer Ausbruch auf der Insel Savaii stattgefunden und drei Dörfer, darunter auch Malacola, vom Erdboden weggefegt habe. Ein Lavastrom in einer Breite von ¾ englische Meilen fließe dem Meere zu. Die Regierung habe einen Dampfer gemietet, der die Frauen und Kinder außerhalb des Gefahrbereiches bringen solle.

Wasserstand am 13. März. Elbe bei Aussig + 2,22 Meter, bei Dresden + 0,97 Meter, bei Magdeburg + 3,41 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 3,15 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,41 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,18 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,54 Meter, bei Frankfurt + 2,04 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 5,28 Meter. — Warthe bei Posen —,— Meter. — Netze bei Usch + 1,40 Meter.

Sitzung haben Donnerstag:

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Adolf Braun, Liebenwalderstr. 50, II. „Arkona", Reitz, Lausitzerstr. 37. — „Palmerio", Rau, Triftstr. 1. — „Mehr Licht", Sorrer, Neu-Weißensee, Straßburgstr. 56. — „Rote Nelke", Tämmus, Neu-Weißensee, Sedanstr. 35d. — „Mailust", Papke, Neu-Weißensee, Pistoriusstr. 95a. — „Colorado", Klinge, Reinickendorferstr. 56. — „Zufriedenheit", Krause, Rixdorf, Ziethenstr. 33. — „Näsenwärmer", Ehser, Dunckerstr. 88. — „Kamerun", Lubotta, Zorndorferstr. 63. — „Glühlicht I", Dittmann, Neu-Weißensee, Streustr. 3. — „Einigkeit II", Wähner, Gubenerstr. 57. — „Fidelio", Grünberg, Pücklerstr. 19. — „Alter Hussit", Matthea, Bernauerstr. 120. — „Feste Brüder", Keil, Rixdorf, Ziethenstraße 29. — „Grüne Quaste", Donner, Rixdorf, Jägerstr. 46. — „Edelweiß", Kühl, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 66/67. — „Ohne Furcht", Hannemann, Wienerstraße 44. — „Fidelibus", Thiel, Matternstr. 14. — „Pfeifenkopf", Gonell, Falckensteinstr. 5. — „1902", Herms, Weißensee, Sedanstr. 25. — „Frei weg I", Hoffmann, Schöneberg, Max- und Ebersstraßen-Ecke. — „Glückauf", Degebrot, Gesellschaftshaus, Erkner. — „Fidele Brüder Berlin", Winkelsesser, Plantagenstraße 5. — „Gloria", Dornbusch, Prinz Eugenstr. 8. — „Feigenblatt", Schmidt, Treskowstraße 35. — „Edles Kraut", Siebert, Halensee, Kurfürsten-Damm Nr. 119/120. — „Edelweiß II", Schulze, Charlottenburg, Schillerstr. 69. — „Neu-Lichtenberg", Strick, Lichtenberg, Friedrichstr. 68. — „Tadellos", Nagel, Rostockerstr. 17. — „Columbus", Palluth, Urbanstr. 102. — „Einigkeit VII", Poschmann, Dunckerstr. 22. — „Ohne Zwang", Späth, Weinstr. 28. — „Kleeblatt", Burgänger, Rummelsburg, Kanitstr. 44. — „Maryland", Misch, Lychenerstr. 133. — „Phönix", Scheerer, Schöneberg, Sedanstr. 60. — „Weichselduft II", Clawe, Liebenwalderstr. 4. — „Habana III", Löffler, Rodenbergstr. 32. — „Kastanienblatt", Schönbeck, Greifswalderstr. 203. — „Verzaget nie", Kirchhof, Schöneberg, Sedanstraße 48. — „Transvaal", Rabsch, Ober-Schöneweide, Edisonstr. 13. — „Aroma", Reimann, Drontheimerstr. 5b. — „Collegia", Kaiser, Reichenbergerstraße 57. — „Kuba", Sieg, Müllerstr. 25. — „Freie Männer", Loffegger, Gr.-Lichterfelde, Chausseestr. 54. — „Graue Asche", Mickley, Köpenickerstr. 121a. — „Heiter und Fidel", Gallowski, Grünauerstr. 5. — „Hoffnung I", Diesener, Adalbertstr. 62. — „Kein Ton", Billwock, Kastanien-Allee 11. — „Lindenheim", Federhart, Boppstr. 4. — „Pfeifchen glüh", Buttlerstr. 19. — „Pfeifendeckel", Marth, Fruchtstr. 69. — „Raucherlust", Reimer, Adlershof, Friedenstr. 14.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Provinz Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Fischer, Waldstr. 8. „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein", Abteilung II, nach dem 1. und 3. bei Schwanties, Mittenwalderstraße 15. Abteilung VI, nach dem 1. und 3. bei Wernau, Schwedterstraße 23/24. Abteilung IX, bei Wicke, Schillingstr. 21. — Baumschulenweg, „Frisch auf", nach dem 1. und 15. bei Schäfers. — Gassen, „Frohsinn", nach dem 1. „Zum Kronprinzen". — Kalkberge, „Pfeil" bei Grewe. — Königswusterhausen, „Brüderschaft" nach dem 1. und 15. im Alten Schützenhaus. — Landsberg a. W., „Frisch auf" bei Kaiser, Louisenstr. 5. — Mariendorf, „Vorwärts" vor dem 1. und 15. bei Reichardt, Chausseestr. 16. — Ober-Schöneweide, „Oberspree" nach dem 1. u. 15. bei Sipli, Siemensstr. 28. — Rummelsburg, A.-R.-B. nach dem 1. und 15. bei Gorgas, Neue Prinz Albertstr. 70/71. — Sorau, „Frisch auf" nach dem 1. im Flora-Etablissement. — Werder a. H., „Freiheit" nach dem 1. im „Schwarzen Adler", Fischerstr. 98. — Wittenberge, „Vorwärts" nach dem 1. und 15. bei Stiehm, Herzstr. 19. — Woltersdorf b. Erkner, „Sanitas" nach dem 1. und 15. im Restaurant „Seehof". — Zossen, „Vorwärts" nach dem 15. bei Küster, Barutherstr. 51. — Caputh bei Potsdam, „Freiheit" vor dem 1. bei Lieske. — Buckow bei Berlin, „Freiweg" nach dem 1. und 15. bei Klein, Chausseestr. 19. — Potsdam, „Hoffnung" jeden 1. im Viktoriagarten, Alte Luisenstr. 32. — Pankow-Schönhausen, A.-R.-B. 1. und 3., Pankow, Berlinerstr. 103. — Gräbendorf, „Vorwärts" vor dem 1. bei Schubert. — Heiligensee, A.-R.-B. bei Wilh. Buhlmann. — Kaulsdorf, A.-R.-B. bei Adolf Aler, Adolfstraße. — Stahnsdorf, „Frisch auf", bei August Fiedler, Alt-Stahnsdorf.

Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit". Geschäftsstelle bei F. Liehr, Weinstr. 3, I. „Arbeiter-Radfahrerverein Berlin", jeden 1. und 3. Donnerstag bei Mann, Strausbergerstr. 3. — „Voran II" Berlin, jeden 1. und 3. Donnerstag in Körners Gesellschaftshaus, Langestr. 108. — „Courier" Berlin, in den Berolina-Sälen (Schütz), Schönhauser Allee 28. — „Ziel" (Adlershof), jeden 2. und 4. Donnerstag (früher Lau), Bismarckstr. 10. — „Gloria", bei Kesselring, Schwedterstr. 22b. — „Stern", Köpenickerstr. 158. — „Hansa" bei Lange, Gubenerstr. 12. — „Frei Weg", Schöneberg, bei Korn, Gleditschstr. 19.

Berliner Ruderverein „Vorwärts". Sitzung abends 9 Uhr im Bootshause, Stralau, Tunnelstr. 17.

Gesellige ꝛc. Vereine. Zitherklub „Menzenhauer" (gemischter Chor), Andreasstr. 3. — Lotterieverein „Prämie", jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. bei Hubrich, Warschauerstr. 65. — Musikverein „Harmonie", bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — „Diskutierklub des Verbandes der Bäcker" jeden Donnerstag, nachm. 6 Uhr, bei Fenlara, Augustr. 36. — Skat- und Lotterieverein „Brauner Lappen", Donnerstag und Sonnabend bei Kniest, Simon Dachstr. 39. — Lotterieverein „Zieh gut", Schulstr. 38. — Lotterieverein „Nimmersatt" bei Plaen, Friedenstr. 81. — Lotterieverein „Osten" bei Fuchs, Kraussstr. 16. — Tambourverein „Immer flott" bei Detmer, Spandauerstr. 3/4. — Gesangverein „Nordkap" bei Korus, Schulstraße 77. — Skatklub „Hinein mit ihm", Vereinshaus Fisch, Forsterstr. 9.

Arbeiter-Stenographen-Verein (System Arends), Mitgl. d. deutsch. Arb.-St.-B. Sitzung jeden Donnerstag und Freitag im Restaurant Liehr, Grenadierstr. 35.

Verein Berliner Hausdiener. Versammlung jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Verband der Friseurgehülfen. Versammlung jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Rosenthalerstr. 11/12.

Warenhaus

H. Joseph & Co.

Berlinerstr. 55. **RIXDORF.** **Ecke Jägerstr.**

Größtes Geschäft am Platze.

3 Präsent-Tage

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, den 15., 16. u. 17. d. Mts.,

erhält jeder Käufer **1 Pfund vorzüglichen Kakao gratis**

bei einem Einkauf von Mark 10

" " " " " 6 1/2 Pfund

" " " " " 3 1/4 "

Außerdem verabfolgen auf sämtliche Waren unsere beliebten **Rabatt-Marken.**

Lebensmittel sind von der Extra-Vergünstigung ausgeschlossen.

Zum Umzug

empfehlen zu außergewöhnlich billigen Preisen und größter Auswahl:

Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Läuferstoffe, Steppdecken, Bettdecken, Betten, Bettfedern, Bettstellen.

Emil Hoegner

Schöneberg Grunewaldstraße 108. Schöneberg

Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.

Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.

Wegen Vergrößerung um 10 Proz. herabgesetzte Preise.

Herren-Artikel.

Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.

339V*

Eduard Möller 307V*

Hüte, Mützen, Pelzwaren

Rixdorf, Bergstr. 24.

Möbel u. Polsterwaren

reell, zu soliden Preisen, empfiehlt 279Q*

H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf,

Richardstr. 116, am Denkmal.

Eigene Werkstatt im Hause. Gegründet 1890.

Moabiter Bürgersäle

BERLIN NW., Beusselstr. 9

1 großer und 1 kleiner Saal ::: stehen täglich zu ::: Versammlungen und Vergnügen zur Verfügung.

XXXX Vereinszimmer einige Sonnabende noch frei. XXXX

Soeben erschien:

Der Zukunftsstaat. Von J. Stern. Thesen über den Sozialismus. Sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. Fünfte, wesentlich verbesserte Auflage. Der Preis beträgt 60 Pf.

Wir empfehlen weiter die nachstehenden in letzter Zeit erschienenen Schriften:

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch von Karl Kautsky. Preis broschiert 1 M., geb. 1,50 M. 238/10

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat. Von J. van den Brink. Preis 10 Pf.

Der Sultan des Weltkrieges. Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomatenpolitik. Von Kurt Eisner. Preis 40 Pf.

Expedition des „Vorwärts"

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Berthold Lucas,

Rixdorf, Schönweiderstraße Nr. 5.

Wollwarenfabr., Strickgarne, Strümpfe, Tücher, Hemden, Westen, Sweaters.

Verkauf nur Hofpart. bis 9 Uhr abends

J. Bieselt, Rixdorf, Steinmetzstr. 9 älteste Resterhandlung.

Große Auswahl in Herren- u. Damenstoffen sowie fertiger Knaben- und Arbeitergarderobe, Mädchenmänteln, Kostümröcken. 813B*

+ Bruchleidende +

welche durch den so lästigen Federdruck der Federbruchbänder zu leiden haben, empfehle **dringend** meine **Lucas'schen Bruchbänder ohne Gürtelfeder** mit Kreuzhebel auf der Pelotte. Dieselben sitzen selbst bei **schwerster Arbeit bequem** und **halten** jeden Bruch **sicher zurück.** Prospekt kostenlos! **J. H. Lucas, Güstrow i. M.,** Bandagist. 98/16*

Aeltestes konz.

Leihhaus

Charlottenburg,

Wilmersdorferstr. 40 I.

Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer. Gelegenheitskäufe in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [829L*

Leih-Haus

Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12, Berlin, Anklamer-Straße 2.

Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Büchern, Wäsche, Kleidungsstücken ꝛc. 354V*

Oswald Scholz, Rixdorf, Bergstraße 141.

Krawatten, Handschuhe, Wäsche, — Regenschirme, Spazierstöcke. —

Schirmreparaturen und Bezüge.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68

In unserem Verlage erschien:

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur

von Curt Grottewitz, mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche

Mit Buchschmuck und dem Portrait des Verfassers

Broschiert 60 Pfennig Gebunden 1 Mark

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:

„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturschilderungen gibt, mit so scheinbar allereinfachsten Mitteln, wie in diesem Büchlein."

„Seglerschloß" Hankels Ablage a. Zeuthener See u. Wald gelegen, ist den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle, Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich. *

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 62. Donnerstag, den 15. März 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 17. März, abends 9 Uhr, im Saale von Karl Petznick, Friedrichstr. 114: Versammlung des Wahlvereins. Vortrag von Dr. Max Schütte über: „Heinrich Heine“. — Die Protestversammlung am Sonntag, den 18. März, findet nachmittags 3 Uhr im Saale von Karl Conrad statt.

Lichtenberg. Sonnabend, den 17. März, veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein in Gebr. Arnholds „Schwarzem Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, sein diesjähriges Stiftungsfest. Ein reichhaltiges und gewähltes Programm sorgt für Unterhaltung der Teilnehmer, ein an das Konzert sich anschließender Ball dürfte besonders der jüngeren Welt nicht unangenehm sein. Billetts sind bei den Bezirksführern und in der Spedition, Kronprinzenstr. 50, zu haben.

Wilmersdorf. Heute abend 7 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokalen eine Flugblattverbreitung statt. Kein Genosse darf an derselben fehlen.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden heute in Pankow, Nieder-Schönhausen, Wilhelmsruh und Karlsdorf statt.

Pankow. Die Wahl findet heute in der Zeit von 11—8 Uhr statt. Wir bitten die Genossen, nach Möglichkeit die Mittagszeit zu benutzen und sich am Abend zahlreich zur Arbeit in den Wahllokalen einzufinden. **Arbeiter! Agitiert energisch, um zu zeigen, daß die III. Klasse uns gehört.**

Karlsdorf. Heute nachmittag von 1—3 Uhr finden im Lokale von Götze die Gemeindewahlen statt. Trotz der für die Arbeiter äußerst ungünstigen Wahlzeit, ist es Ehrenpflicht aller Arbeiter ihr Wahlrecht auszuüben, damit unsere Kandidaten, Tischler Paul Colditz und Putzer Friedrich Grasme als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen.

Nieder-Schönhausen. Heute findet in der Zeit von 12 bis 6 Uhr, im Liedemitschen Lokal die Gemeindevertreterwahl für die dritte Abteilung statt. Arbeiter, Parteigenossen! Tut Euere Schuldigkeit! Strömt in Massen zum Wahltisch! Nur wenn wir ohne Ausnahme unsere Pflicht tun, werden wir unseren Kandidaten zum Siege verhelfen!

Wir ersuchen die Berliner Parteigenossen, soweit diese mit Genossen aus Nieder-Schönhausen zusammenarbeiten, dafür zu sorgen, daß kein Nieder-Schönhausener Arbeitskollege seine Wahlpflicht verabsäume.

Nieder-Schönhausen. „Wen wählen wir?“ lautete das Thema, über das Genosse O. Grauer (Lichtenberg) in der öffentlichen Kommunal-Wählerversammlung am Dienstag (im Ulitzschen Lokal) referierte. Die Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag gestaltete sich recht rege. Gemeindevertreter Kuhlmann fühlte sich gemüßigt, unter allgemeiner Heiterkeit der Versammelten mitzuteilen, daß alles das, was die Sozialdemokraten forderten, in Nieder-Schönhausen schon erfüllt sei. Genosse Pätzold leuchtete ihm kurz und bündig heim. Gemeindevertreter Rückert nennt die Ausführungen des Referenten „olle Kamellen“; über Nieder-Schönhausener Verhältnisse hätte der Redner so gut wie gar nichts vorgebracht. Was über die Schulverhältnisse, Steuerangelegenheiten gesagt worden sei, treffe für Nieder-Schönhausen nicht zu. Ihm tritt Genosse Girbig entgegen, der besonders auf das Verhalten der beiden vor zwei Jahren gewählten Gemeindevertreter hinweist. Die Arbeiter hätten entschieden ein Interesse daran, einen Vertreter ihres Standes in das Dorfparlament hineinzuwählen. Schon die Kritik desselben würde genügen, einen guten Einfluß auf diesen oder jenen Beschluß der Gemeindevertretung auszuüben. Genosse Märten polemisierte gegen Rückert. Die Gemeindevertretung hätte sich mit ihrer Grundwertsteuer in die Nesseln gesetzt. Die Wertzuwachssteuer fehle noch immer; durch Einführung derselben könne man aber die Pflichten der kleinen Steuerzahler ganz schön entlasten. Er sehe in der Rückertschen Rede nichts weiter, als die alte, oft angewandte bürgerliche Taktik, Stimmen zu fangen. Genosse Rißmann bemängelt Einzelheiten aus dem Nieder-Schönhausener Schulwesen sowie die Sauberkeitsverhältnisse auf den Straßen. Eine Besserung auf letzterem Gebiete wäre ja eingetreten, aber es bliebe noch vieles zu wünschen übrig. Genosse Märten ergreift noch einmal das Wort. Er weist auf die unerquickliche, für die Arbeiter aber gerade deshalb interessante Polemik zwischen Franzen und Knitzky hin; das wären die Leute, die sich immer über den „guten Ton in der Sozialdemokratie“ aufhielten. Gemeindevertreter Rückert verwahrt sich gegen die Ausführungen Märtens; für die Charakterqualitäten der einzelnen Gemeindevertreter könne keiner Garantie übernehmen. Es ergreifen noch das Wort die Genossen Beille und Grauert, die beide zur regen Wahlbeteiligung auffordern. Sodann zerpflückt der Referent in seinem Schlußwort die einzelnen Angriffe der Gegner und fordert die Anwesenden auf, mit aller Kraft für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Die Versammlung wählt sodann auf Vorschlag Hellrichs (im Auftrage des Wahlkomitees) als Kandidaten die Genossen Pätzold und Salomon-Lessen. Mit der Aufforderung, am Wahltage mit aller Energie für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten, schloß der Vorsitzende, Genosse Pätzold, die Versammlung.

Pankow. Am Dienstag, den 13. März cr., tagte im „Kurfürsten“ eine sehr gut besuchte Wählerversammlung, zu der vom sozialdemokratischen Wahlkomitee, entgegen den bürgerlichen Gepflogenheiten, die Wähler aller Parteien eingeladen waren. Genosse Dr. Südekum referierte über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung in Pankow.“ Eine Diskussion entspann sich nicht, da von den zahlreich erschienenen Gegnern sich niemand zum Worte meldete. Nachdem Genosse Freiwaldt noch auf örtliche Angelegenheiten näher eingegangen war, wurden die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee aufgestellten Kandidaten einstimmig akzeptiert.

Britz. In der am Dienstag stattgefundenen, leider schwach besuchten öffentlichen Versammlung, erläuterte Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen in treffenden Worten das sozialdemokratische Gemeindeprogramm und wies an der Hand vieler Beispiele auf die Aufgaben unserer Vertreter in den Gemeindeparlamenten hin.

Parteigenossen! Da der Besuch der Versammlung überaus viel zu wünschen übrig ließ, sei hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß die Wahl morgen, Freitag, den 16. März, nachmittags von 2 bis 6 Uhr stattfindet. Wenn auch unsere Gegner mit ihrem Kandidaten noch nicht in die Oeffentlichkeit getreten sind, so steht doch fest, daß sich Grundbesitzer- und Bürgerverein diesmal auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt haben und daß unsererseits die größten Anstrengungen notwendig sind, um als Sieger aus dem Wahlkampf hervorzugehen. Versäume deshalb niemand seine Pflicht, rüttele ein jeder die Säumigen und Lässigen auf. Nur dann werden wir die Hoffnung der Gegner zu schanden machen, nur dann wird unser Kandidat, Genosse Hermann Schliebitz, wieder in das Gemeindeparlament einziehen!

Friedenau. Nach der gestern erfolgten amtlichen Bekanntmachung über die notwendigen Gemeindevertreter-Ergänzungswahlen müssen die zwei neu zu wählenden Vertreter der dritten Klasse, die allein für uns in Betracht kommt, Angesessene sein. Da unsere Organisation am Orte über solche Glückliche nicht verfügt, die von uns aufgestellten Kandidaten vielmehr beide Nichtangesessene sind, ist es ausgeschlossen, daß die Arbeit unserer Genossen schon diesmal durch realen Erfolg, das heißt durch endliche Erringung eines Gemeindevertretersitzes gekrönt wird. Nichtsdestoweniger werden wir unentwegt an unserer vornehmsten Aufgabe, an der Revolutionierung der Köpfe arbeiten und, da uns der Wahlkampf dazu erwünschte Gelegenheit bietet, denselben energisch fortsetzen. Zu diesem Zwecke findet am Dienstag der nächsten Woche bei Grube, Kaiserallee, eine außerordentliche Wahlversammlung statt. Die offenbare Ungerechtigkeit, die uns ine angemessene Vertretung im Gemeindeparlament mit kalter Bosheit vorenthält, unsere Arbeiter dauernd zu Heloten stempeln will, sie drückt uns, die wir nicht im Augenblickserfolg, sondern im sicheren Endsieg unser Heil sehen, nicht nieder, im Gegenteil, sie treibt uns zur Anspannung aller Kräfte, sie spornt uns zum erbitterten Kampfe gegen die Ungerechtigkeit an. Ist es nicht schreiende Ungerechtigkeit, wenn die III. Klasse mit zirka 2200 Wählern ganze 6 Vertreter wählt, während die 12 anderen Gemeindevertreter von nur 700 Bürgern ins Parlament gesandt werden? Und zum Ueberfluß bestimmt die Landgemeindeordnung, damit dem Kapitalismus noch mehr Vorrechte in den gierig geöffneten Rachen geworfen werden, daß $^2/_3$ der Gemeindeväter, d. h. für die III. Klasse 4 von 6 Vertretern Angesessene sein müssen. In der angekündigten Versammlung und am 18. März werden wir der Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht in Preußen, diejenige nach Aenderung des Landgemeindewahlrechts hinzufügen und flammenden Protest gegen die Entrechtung der Arbeiter erheben. Fällt das eine, so stürzt das andere nach. Darum fordern wir die Parteigenossen und alle freiheitlich denkenden Mitbürger auf, ihre Pflicht zu tun und Mann für Mann ihre Stimme für unsere Kandidaten, die Genossen Grunwald und Angermüller, am Wahltag, den 20. März zwischen 5 und 9 Uhr abzugeben. Gilt es auch nicht die Erringung eines Mandats, so gilt es doch zu zeigen, daß wir nicht länger gewillt sind, schweigend das uns angetane Unrecht zu tragen.

Zehlendorf. Endlich hat unser Gemeindevorstand nach den Strapazen der verflossenen Festivitäten die Termine für die bevorstehenden Gemeindewahlen festgesetzt. Dieselben finden statt für die dritte Abteilung:

Im Wahlbezirk I: — umfassend alle Straßen, welche südlich der Stammbahn gelegen sind mit Einschluß des Ortsteils Schönow, sowie die Hauptstraße und alle Straßen östlich derselben, ferner die Häuser Nr. 1 und 2 der Potsdamerstraße, die Spandauerstraße, sowie diejenigen Straßen, die zwischen der Spandauerstraße und der Hauptstraße gelegen sind — am Donnerstag, den 22. März dieses Jahres, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Restaurant Fürstenhof, Hauptstr. 2.

Im Wahlbezirk II: — umfassend alle übrigen Straßen des Gemeindebezirks einschließlich des Ortsteiles Schlachtensee sowie Etablissements Beelitzhof, die Beamtenhäuser am Bahnhof Nikolassee, die Schneidemühle, Dammhaus und Neu-Zehlendorf — am Donnerstag, den 22. März d. J., nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Restaurant Kaiserhof, Potsdamerstr. 50.

Am Sonntag, den 11. März, tagte im Rüterschen Lokal in Schlachtensee eine außerordentlich gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung, in welcher die Kandidaten, Genosse Göhre und Scheller, über unsere kommunalen Forderungen referierten. Die Genossen Köster und Fuchs beteiligten sich in zustimmendem Sinne an der Diskussion. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden nicht. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Kommunalwählerversammlung, welche von zirka 250 Gemeindewählern besucht ist, erkennt an, daß 1. die bisherige Gemeindevertretung eine reine Klassenvertretung der Besitzenden darstellt, daß 2. die heutige Gemeindevertretung keine Veranlassung nimmt, in irgend einer Weise Arbeiterpolitik zu treiben. Sie beschließt, bei der Wahl mit allen Kräften und mit aller Energie für die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Göhre und Scheller einzutreten.“ Nachdem noch auf die Arbeiten am Wahltage aufmerksam gemacht wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Geist, der in der Versammlung zum Ausdruck kam, war ein vorzüglicher und läßt hoffen, daß es trotz der schwierigen Verhältnisse auch hier rüstig vorwärts geht.

Mahlsdorf. Morgen, nachmittag von 1—3 Uhr finden im Lokale von Arndt die Gemeindewahlen statt. Trotzdem man in der Gemeindevertretung darauf hingewiesen hat, daß es im Interesse der Gemeindewähler liege, die Wahlen des Abends stattfinden zu lassen, hat man dieselben zu so ungünstiger Zeit angesetzt. Arbeiter, Parteigenossen! Macht durch eine rege Beteiligung an der Wahl den Gegnern einen Strich durch ihre Rechnung und sorgt dafür, daß unsere Kandidaten Hugo Weiß in der dritten und Kassenbote Robert Oertel in der zweiten Abteilung als Vertreter ins Gemeindeparlament gewählt werden.

Wahlergebnisse.

Die gestrige Gemeindewahl in Südende hat an dem erfreulichen Resultate unserer Mariendorfer Genossen nichts geändert. Im ganzen wurden in beiden Wahlbezirken 567 Stimmen abgegeben, von diesen entfielen auf unseren Genossen Reichardt 357 und auf den Gegner 214 Stimmen. Genosse Reichardt ist somit mit 143 Stimmen Majorität gewählt.

Steglitz. Bei der gestern stattgehabten Gemeindewahl haben erhalten: im 1. Bezirk: Sozialdemokratie 684 Stimmen, Bürgerliche 934 Stimmen; im 2. Bezirk: Sozialdemokratie 382, Bürgerliche 840 Stimmen. Gegen die Wahl wird wegen verschiedener Ungehörigkeiten Protest eingelegt.

Der Charlottenburger „Neuen Zeit“

gefällt durchaus nicht der Beschluß, den die Generalversammlung des Kreises Teltow am Sonntag in der Sache Goerke faßte. Weil die Delegierten über die Angelegenheit, die sie schon zum Ueberdruß beschäftigt hat, keine Diskussion wünschten und weil sie wichtigeres zu tun hatten, ist die „Neue Zeit“ ungehalten. Man kann es ihr nicht recht machen. Wir sind auch sicher, daß die „Neue Zeit“ nicht zufrieden gewesen wäre, wenn die Generalversammlung der Sache eine längere Diskussion gewidmet hätte, denn es hätte sich nur um Wiederholungen von bereits Gesagtem handeln können. Die „Neue Zeit“ wird sich schon damit trösten müssen, daß die Partei ihre Angelegenheiten so regelt, wie sie es für richtig hält und sich den Teufel darum schert, was Blätter vom Schlage der „Neuen Zeit“ darüber schreiben.

Schöneberg.

Stürmische Debatten hat es in der letzten Stadtverordnetenversammlung in nichtöffentlicher Sitzung gegeben, bei welchen sich der Vorsteher als Repräsentant der Mehrheit zu erkennen gab. Es handelte sich um die Besetzung des Etatsausschusses. Die Hausbesitzerfraktion, die jetzt schon über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügt, benutzte ihre Macht, um der Minderheit die ihr rechtlich zukommende Vertretung im Etatsausschuß zu verweigern und die Sitze für sich in Anspruch zu nehmen. Voraussichtlich wird sich die Minderheit diesen brutalen Vergewaltigungsakt nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

Der Schöneberger Mittelstandsvereinigung den Rücken gekehrt haben eine große Anzahl städtischer Beamten. Sie sind vielleicht zu der Einsicht gekommen, daß derartige Vereinsgründungen nur der persönlichen Eitelkeit gewisser Herren dienen. Den Anlaß zu der Austrittserklärung soll in erster Linie der Umstand gegeben haben, daß der mit Hülfe der Mittelstandsvereinigung zum Stadtverordneten gewählte Mittelschullehrer Kunze sich der Hausbesitzerfraktion angeschlossen habe. Vor seiner Wahl habe sich dieser Herr nicht genug im Schimpfen auf die Hausbesitzer leisten können, die er als Fronknechte des Kapitals bezeichnete. Jetzt geht er mit diesen Arm in Arm und sucht deren Interessen mit seiner ganzen Kraft zu vertreten. — Das ist der Entwickelungsgang schon vieler Bürgerlicher gewesen, die nur immer vor der Wahl den Oppositionellen hervorkehrten und nach der Wahl im großen Haufen Schutz suchen.

Die Inanspruchnahme des städtischen Arbeitsnachweises gestaltete sich im Januar folgendermaßen: Die Zahl der offenen Stellen betrug für männliche Personen 283, weibliche 473, Dienstboten 210, zusammen 966; die Ziffer der Arbeitsuchenden war eine bedeutend höhere, sie betrug 1068, davon waren männliche 461, weibliche 479, Dienstboten 128; besetzt wurden 827 Stellen und zwar von männlichen Personen 276, weiblichen 427 und Dienstboten 124. Der unentgeltliche Nachweis befindet sich für männliches Personal Hauptstr. 82, für weibliches im Rathause, Kaiser Wilhelmplatz 8.

Die Aufwendungen aus Armenmitteln werden im diesjährigen Etat ziemlich die gleichen sein wie im Vorjahre. Einer Einnahme von 101 910 M. steht eine Ausgabe von 338 903 M. gegenüber, so daß ein Zuschuß von 236 993 M. erforderlich ist, das ist 24 477 M. mehr als für 1905. An Einnahmen sind zu erwarten: von Armenverbänden 75 000 M. (+ 3000 M.), von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. 5500 M. (+ 500 M.), von anderen Verpflichteten 20 000 M. (+ 2500 M.); aus Hebungen, Vergleichen, Schiedsmannsstrafen, Fundsachenerlös usw.) und sonstigen Einnahmen erstehen 1410 M. — Die Ausgaben für Armenpflege allein erfordern 171 750 M. (+ 14 000 M.), darunter für Fürsorgezöglinge 1000 Mark, Beihilfen an schulentlassene städtische Kostpflegekinder zur Erlernung eines Berufs 1000 Mark. Der Betrag ist erst neu eingesetzt zu dem Zwecke, den aus der Armenpflege entlassenen Kindern ein besseres Fortkommen zu ermöglichen, damit sie nicht, wie bisher, ausnahmslos ungelernte Arbeiter werden. Es kommen nur ortsangehörige Kinder in Frage. Für Lieferung von Kohlen im Winter sind 1000 Mark eingesetzt. Die Krankenpflegekosten werden veranschlagt auf 121 250 Mark (+ 7800 Mark), davon entfallen auf sechs Armenärzte je 1000 M., Verpflegung von Irren, Idioten, Blinden und Taubstummen in den Anstalten des Provinzialverbandes 27 600 M. (+ 4800 M.), Heil- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser, sowie sonstige Ausgaben für Kranke einschließlich der Kosten für Ueberführung, Bekleidung und Beerdigung 86 000 M. (+ 3000 M.). An Armen- und Pflegekosten an andere Armenverbände sind 40 000 M. eingesetzt (+ 2000 M.). Als Entschädigung an 13 Armenkommissionsvorsteher für Hergabe eines Sprechzimmers werden 3250 M. (je 250 M.) sowie für Beaufsichtigung der Kostpflegekinder an Fräulein Hoffmann 1200 M. gezahlt.

Friedenau.

Die letzte außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschloß eine demonstrative Beteiligung an den am 20. d. M. von 5—9 Uhr stattfindenden Gemeindewahlen der dritten Klasse, sah aber aus Zweckmäßigkeitsgründen von der früher in Aussicht genommenen besonderen Wählerversammlung ab. Die nächste außerordentliche Mitgliederversammlung findet am Montag, den 19. d. M., abends 7 Uhr, bei Thiel, Gesellschaftshaus, statt. Am Dienstag, den 20. d. M., abends 9 Uhr, Verkündigung der auf unsere Kandidaten entfallenen Stimmenzahl und Monatsversammlung des Wahlvereins bei Grube, Kaiser-Allee. Das Erscheinen aller Vereinsmitglieder ist zu beiden Versammlungen dringend erforderlich.

Rixdorf.

Am Dienstag früh gegen 10 Uhr wurde die Witwe J. Barineck in ihrer Wohnung, Weserstr. 3, tot aufgefunden. Dieselbe hat vor 9 Monaten ihren Mann durch den Tod verloren. Diesen Verlust hat sie sich so sehr zu Herzen genommen, daß sie deshalb durch Gift ihrem Leben ein Ende machte. Bevor sie zur Tat geschritten, hat sie in ihrer Wohnung noch alles geordnet.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am 11. März in Thiels Festsälen, Bergstraße, seine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse P. M. Grempe hielt einen Projektionsvortrag über: „Die Freiheitskämpfe in Rußland“. Unter Verschiedenem ersuchte der Vorsitzende, daß diejenigen Kollegen, welche im Jahre 1905 von der Rixdorfer Polizeibehörde wegen Befahren der Straßenbahnschienen mit Polizeistrafen bedacht worden sind, diese polizeilichen Liebesbriefe dem Verbande zur Verfügung stellen möchten. Des weiteren machte er auf die am 25. März am hiesigen Orte stattfindenden Gewerbegerichtswahlen aufmerksam und ersuchte die Kollegen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Britz.

Im Schneesturm schwer verunglückt ist Dienstag nachmittag der Eigentümer Mechling, welcher mit einer Strohladung die Canner Chaussee bei Buckow entlang fuhr. Der Wagen wurde von einem plötzlichen Wirbelwind erfaßt und umgeworfen, wobei M. unter sein Fuhrwerk zu liegen kam. Erst nach etwa einer halben Stunde wurde der Unglückliche durch den Kutscher eines vorbeikommenden Lastwagens in seiner entsetzlichen Lage entdeckt und konnte nun mit Hülfe von Bewohnern aus Buckow befreit werden. M. hat Knochenbrüche beider Unterschenkel, sowie innere Verletzungen erlitten und mußte nach dem Kreiskrankenhause in Britz überführt werden.

Wilmersdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung erstattete der stellvertretende Gemeindevorsteher, Stadtrat Peters, über die Verwaltung Bericht und stellt sich der Gesamtabschluß in Einnahmen und Ausgaben auf 11 765 665 M. Für 1906 zeigt die ordentliche Verwaltung in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 4 979 000 M. oder nahezu eine Million Mark mehr als im Vorjahre; Einnahmen und Ausgaben des Extraordinariums betragen 6 786 665 M. — Für Anschaffung eines Krankentransportwagens sind 1875 M. vorgesehen, für Einführung einer Berufsfeuerwehr 91 885 M. Das Gehalt des Brandmeisters beträgt 4920 M. An Gemeinde-Einkommensteuer werden 90 Proz. Zuschlag für 1906 erhoben. Die Aufnahme einer Anleihe von 18 Millionen verteilt sich in Ausgabe wie folgt: 5 Millionen zum Neubau des Rathauses, 2½ Millionen zum Erwerb von Gelände des künftigen Seeparkes, zum Ankauf des Joachimtalschen Gymnasiums 4⅓ Millionen, für die Ausgestaltung des Hohenzollernplatzes 1 300 000 M., zum Ankauf von Gelände des Kirchhofes 650 000 M. Der Rest wird für Schulzwecke verwendet. Ferner wurde beschlossen, vom 1. April für die in Gastwirtschaften aufgestellten elektrischen Klavier- und Orchestrions eine Lustbarkeitssteuer von 10 M. zu erheben. Das Grundgehalt der Maschinisten und Heizer an der Pumpstation ist auf 1740 M., steigend bis 2060 M., festgesetzt; das der Putzer auf 1460 M. Ferner wurden noch 10 000 M. für Mieten von Räumen für die katholischen Schulen bewilligt.

Eine Anleihe von 18 Millionen Mark wird die Gemeinde Wilmersdorf noch vor der Stadtwerdung aufnehmen. Von der Anleihe werden Verwendung finden 5 Millionen Mark zum Bau des neuen Rathauses, 2½ Millionen Mark zum Ankauf von Gelände für den zukünftigen Seepark, 4⅓ Millionen Mark zum Ankauf des Joachimsthalschen Gymnasiums, 1 300 000 M. zum Ankauf von Gelände für die weitere Ausgestaltung des Hohenzollernplatzes, 650 000 M. zur Erweiterung des Kirchhofes an der Berlinerstraße und 250 000 M. zum Ankauf eines Grundstückes im Berliner Ortsteil für Schulzwecke; ferner sind bestimmt 780 000 M. zum Neubau der Cäcilienschule in der Württembergischenstraße und 570 000 M. zum Neubau der sechsten Gemeindeschule in der Pfalzburgerstraße.

Lichtenberg.

Bei der Gewerbegerichtswahl wurden die Kandidaten der Gewerkschaftskommission: Meyer, Fischer, Pohlmeyer, Backhaus, Brühl, Wagner, Engel und Schiweck glatt gewählt.

Bezüglich der Wahlen der Arbeitgeber waren die Gewerkschaften auch in diesem Jahre nicht in der Lage, Erfolge zu erzielen. Es macht sich unter den Arbeitgebern in ganz erheblicher Weise das Abhängigkeitsverhältnis der einzelnen Kleingewerbetreibenden von der Spar- und Vorschußbank bemerkbar. Die Organisationen der einzelnen Berufe werden sich durch derartige Mißerfolge nicht abschrecken lassen, sondern auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen, unbekümmert um das Geflenne der Angehörigen der hiesigen bürgerlichen Parteien.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend Uebungsstunde der 4. Abteilung im Restaurant Piekenhagen, Scharnweberstr. 69. Herr Dr. Nachtwey spricht über den Transport Verunglückter und Erkrankter. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Rummelsburg.

Zur Etatsberatung in Rummelsburg wird uns geschrieben: Selten wohl haben bürgerliche Gemeindevertreter, insbesondere diejenigen, welche sich sonst bei politischen Wahlen mit Stolz als „Freisinnige Männer" bezeichnen, eine so traurige Rolle gespielt, wie dies bei der diesjährigen Etatsberatung im Rummelsburger Gemeindeparlament der Fall war. Die in großer Zahl erschienenen Zuhörer kamen durch das Schweigen der bürgerlichen Vertreter nur zum Teil auf ihre Rechnung. Die Generaldiskussion beschränkte sich allein nur auf ein Für- und Gegenreden zwischen unseren Genossen und dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter. Als erster in der Generaldiskussion sprach unser Genosse John, welcher in einstündiger Rede vorerst die Rückständigkeit des Etats in bezug auf alle Wohlfahrtseinrichtungen scharf kritisierte. Obwohl die Gemeindevertretung im vorigen Jahre für Wohlfahrtseinrichtungen (?? Die Redaktion) auch nur einige Pfennig übrig hatte, so sind diese Pfennige im diesjährigen Etat statt vermehrt noch gekürzt worden. So bekamen die drei Schulärzte zusammen im vorigen Jahre 1200 M., der diesjährige Etat weist hierfür nur noch 1050 M. auf, für einen Kindergarten hatte man im vorigen Jahre 3000 M. übrig, in diesem Jahre nur 1200 Mark. Ebenso sind für all die anderen äußerst notwendigen Wohlfahrtseinrichtungen (?? D. Red.) wie Schulbäder, Schmuckanlagen, Mittel für Schulausflüge, sowie Mittel für die unentgeltliche Abgabe von Lernmittel nicht eingestellt. Andererseits wies Genosse John zahlenmäßig nach, daß die Gemeindezuschüsse zu den höheren Schulen nicht 11 490 Mark, wie der Etat angibt, betragen, sondern daß die Zuschüsse der Gemeinde weit über 20 000 Mark ausmachen, und daß diese Zuschüsse in den nächsten Jahren nach Fertigstellung der höheren Schulgebäude sich auf mindestens 80 000 Mark belaufen werden. — Die Gemeindezuschüsse zur Kanalisation, welche nur allein den Hausbesitzern zugute kommen, betragen in diesem Jahre 64 000 M. — Trotzdem die Beträge, welche wir für Wohlfahrtseinrichtungen (!!) für die minderbemittelte Bevölkerung verlangen, kaum so viel Groschen ausmachen, als andererseits die Gemeinde für die wohlhabendere Bevölkerung bereits an Mark auswirft, ist das satte Bürgertum auch für dies kleine Entgegenkommen nicht zu haben. Nachdem Genosse John alle gestellten Anträge in eingehender Weise begründet hatte und auch gleichzeitig den Nachweis erbrachte, daß die Gemeinde Rummelsburg sehr wohl in der Lage ist, alle diese Forderungen ohne finanzielle Schwierigkeiten erfüllen zu können, übte Redner auch noch Kritik an der Gepflogenheit, — Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde an Gemeindevertreter zu vergeben, insbesondere muß es als ein ungesunder Zustand bezeichnet werden, wenn einem Gemeindevertreter ein Jahresgehalt von 1200 M. gezahlt wird. Genosse Ritter sprach dann noch zur Lohnklausel und begründete eingehend den Antrag betreffend die Nichtbeteiligung von Gemeindevertretern bei Vergebung von Gemeindearbeiten. — Man konnte es dem Herrn Bürgermeister sehr wohl mitfühlen, daß es ihm äußerst schwer wurde, einigermaßen stichhaltige Gründe zur Rechtfertigung zu finden. Die Gegenrede fiel denn auch so matt aus, daß es unseren Genossen ein Leichtes war, die meisten Ausführungen des Bürgermeisters als Verlegenheitsausflüchte zu beweisen. Aeußerst auffällig war es hierbei, daß die bürgerlichen Vertreter ihren Bürgermeister vollständig im Stiche ließen, sämtliche bürgerlichen Vertreter vom biederen Rentier bis hinauf zum Herrn Rechtsanwalt hüllten sich in ein tiefes Schweigen ein. Herr Krägenbring, der schon des öfteren als Retter in der Not erschienen war, machte auch diesmal durch Stellung eines Schlußantrages dem grausamen Spiel ein Ende. Die Spezialdebatte wurde hierauf vertagt.

Adlershof.

In Ergänzung des Beschlusses vom 8. Februar, die Steuern für Einkommen unter 900 M. für das 4. Quartal nicht zu erheben, beschloß am Donnerstag die Gemeindevertretung, für denselben Steuersatz auch die Kreissteuer nicht einzuziehen, sondern dieselbe aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bezahlen. Beide Beschlüsse verursachen einen Ausfall an Steuern von rund 2000 M.

Vor der Etatsberatung hatte sich die Gemeindevertretung mit dem Antrage der Rektoren unserer Schulen um Erhöhung ihres Grundgehalts, welches 1800 M. beträgt, und mit dem Antrage der Lehrerkollegien um Erhöhung der Mietsentschädigung zu beschäftigen. In der Begründung hatten die Rektoren besonders darauf verwiesen, daß ihre Tätigkeit bedeutend anstrengender sei als die des übrigen Lehrerpersonals. Außerdem beriefen sich dieselben darauf, daß das Durchschnittsgrundgehalt der Rektoren in den Provinzen Brandenburg und Pommern 2145 Mark beträgt und demnach auch ihr Grundgehalt dementsprechend erhöht werden müsse. Entsprechend dem Antrage der Rektoren hatte die Schuldeputation eine Erhöhung des Grundgehalts derselben auf 2000 M. beantragt, eine Erhöhung des Grundgehalts des übrigen Lehrerpersonals hingegen nicht empfohlen.

In der Diskussion trat besonders Genosse Hildebrandt dieser Ungerechtigkeit entgegen und konnte an der Hand eines reichhaltigen Materials von 28 Orten in der näheren Umgebung Berlins den Nachweis führen, daß der Unterschied zwischen dem Grundgehalt der Rektoren und Lehrer auch in unserer Gemeinde vollständig dem der anderen Orte entspricht. Weiter ging aus den Zahlen hervor, daß in den 28 Orten durchschnittlich ein höheres Grundgehalt als hier gezahlt wird und forderte deshalb Redner, daß nicht nur das Grundgehalt der Rektoren, sondern auch das des übrigen Lehrpersonals entsprechend erhöht werde. Während ein Teil der bürgerlichen Vertreter sich den Ausführungen unseres Genossen anschloß, traten diejenigen Vertreter, welche man als das konservative Element in der Gemeindevertretung bezeichnen kann, für die einseitige Erhöhung des Grundgehalts der Rektoren ein. Von allen Seiten wurde aber die Notwendigkeit der Erhöhung der Mietsentschädigung anerkannt. Bei der Abstimmung wurde denn auch die letztere angenommen, während die Erhöhung des Grundgehalts mit 6 gegen 5 Stimmen fiel. In der darauffolgenden Etatsberatung, welche bis 12½ Uhr nachts dauerte, wurde von unseren Genossen bei den verschiedensten Positionen eine Besserung im Sinne unseres Programms angestrebt, jedoch mit nur geringem Erfolge. Die meisten Anregungen in diesem Sinne wurden von den bürgerlichen Vertretern mit der Motivierung bekämpft, daß eine Herabsetzung des Steuerzuschlages für unseren Ort eine Notwendigkeit sei und die hygienischen und Wohlfahrtseinrichtungen erst nach einer Aufbesserung unserer Finanzen in Angriff genommen werden können. Wo den Anregungen unserer Vertreter entsprochen wurde, wurden aber auch nur derartig niedrige Summen eingesetzt, daß von einer wirklichen Besserung kaum gesprochen werden kann. — Bis jetzt wurden die in der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter im Stundenlohn entlohnt, und sind im laufenden Etatsjahr bis jetzt noch nicht 1300 M. verausgabt, trotzdem zeitweise 3 Arbeiter beschäftigt wurden. Auf Anregung unserer Vertreter sollen nunmehr die Arbeiter im Wochenlohn beschäftigt werden, so daß die Gemeinde als Betriebsunternehmerin das Risiko der ungünstigen Witterung zu tragen hat. — Trotzdem im Vorjahre schon von unseren Vertretern eine größere sanitäre Kontrolle des Wochenmarktes gefordert wurde, da die Amtsbehörde als solche vollständig versagt, wurden im laufenden Jahre auch hierfür nur 24 M. verausgabt. Nachdem auch bei diesem Punkte von unseren Vertretern darauf verwiesen wurde, daß eine scharfe Kontrolle unbedingt notwendig ist und auf die Amtsbehörde gar kein Verlaß sei, wurden dann großmütig 125 M. in den Etat eingesetzt. Daß auch diese Summe nicht im entferntesten dem Bedürfnis entspricht, braucht wohl nicht besonders betont zu werden, wenn man in Betracht zieht, daß an 104 Tagen im Jahre der Wochenmarkt stattfindet. — Bei dem Titel Schulunterhaltung wurde von unseren Genossen die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel gefordert. Dieses wurde von bürgerlichen Vertretern prinzipiell bekämpft und eine Erhöhung des Etatspostens damit abgetan, daß der hierfür eingestellte Betrag von 200 M. noch nicht einmal aufgebraucht wurde. — Auch der Forderung, einen Posten in den Etat einzusetzen, aus welchem Lungenleidende zur Herstellung ihrer Gesundheit eine ausreichende Unterstützung erhalten können, ohne der öffentlichen Armenpflege zu verfallen, wurde nicht entsprochen. — Bei dem Titel Armenverwaltung rügte Genosse Hildebrandt, daß aus Sparsamkeitsrücksichten Waisenkinder in ländliche Pflege gegeben werden, wo die Gemeindeverwaltung keinerlei Aufsicht ausüben könne, andererseits aber auch die Kinder jeden einigermaßen guten Schulunterricht entbehren müssen. Eine Verteidigung dieses Verfahrens wurde erst gar nicht versucht. — Auch bei dem Titel Amtsverwaltung wurde von unseren Vertretern angeregt, von neuem den Antrag auf Ausscheidung aus dem Amtsbezirk zu stellen, damit eine bessere, gedeihliche Entwickelung des Ortes gefördert wird. Dieser Anregung entsprechend, soll sich die Gemeindeverwaltung in nächster Zeit damit beschäftigen. Gerade die Etatsberatung weist die Arbeiter mit zwingender Gewalt darauf hin, bei den bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen ihre ganze Kraft einzusetzen, um die dritte Abteilung sich ganz zu erhalten. Haben wir auch bei dem plutokratischen Wahlsystem keine Aussicht, in die zweite Abteilung Bresche zu legen, so wäre es doch gerade eine Schande für die Arbeiterschaft und ihre Vertretung, die Sozialdemokratie, wenn sich nicht am Tage der Wahl eine überwältigende Stimmenzahl auf unsere Kandidaten vereinigte.

Ober-Schöneweide.

Gemeinderatssitzung. In Sachen der Errichtung der katholischen Schule hat die Regierung der Gemeinde das Ultimatum gestellt, innerhalb 2 Monaten die Schule zu eröffnen, widrigenfalls die Regierung zwangsweise vorgehen würde. Treibende Kraft ist hier der in der Gemeinde amtierende Kuratus Rennoch, welcher beim Bischof Beschwerde führte, daß die Gemeinde ihrem Versprechen, zum 1. April 1906 diese Schule zu errichten, nicht nachkomme. Von den meisten Vertretern wurde dieses Vorgehen lebhaft kritisiert. Genosse Grunow bezeichnete es als wenig rücksichtsvoll auf die Gemeindefinanzen, wenn hier etwas gefordert würde, was der Gemeinde nur mit Aufwendung großer und unnötiger Kosten zu erfüllen möglich wäre. Es sei doch den Katholiken bekannt, daß die Vertretung in der zu erbauenden dritten Gemeindeschule auch die katholische Schule unterbringen wolle. Andererseits sei doch aber diesen Kreisen auch bekannt, daß der Bau dieses Gebäudes erst 1907 fertiggestellt werden könnte. Für die Gemeinde liege kein Grund vor, ihren Beschluß zugunsten der konfessionellen Sonderwünsche der Katholiken zu ändern. Die übrigen Schulverhältnisse erheischen erst recht dringende Verbesserung.

In diesem Sinne wurde beschlossen. Zu recht erregten Debatten kam es gelegentlich eines Antrages des Bürgervereins betreffs Bauausführung des Amts- und Gemeindehauses. Herr Silchmüller brachte eine Reihe von Beschwerden über die Ausführung des Baues durch den Gemeindeschöffen Baumeister Lehmann vor. Auch bei der Submission sei nicht korrekt verfahren. Seine Ausführungen wurden von erregten Zwischenrufen, wie Verleumdung, Gemeinheit, unterbrochen. Genosse Grunow gab den Herren zu bedenken, daß sie begründete Ursache hätten, sich nicht zu erregen. Schon des öfteren sei unsererseits darauf hingewiesen, unter welchen abnormen Verhältnissen gerade dieser Bau unternommen wurde. Wenn jetzt Beschwerden und auch Verdächtigungen kämen, sei dies mindestens zu verstehen. Zudem entsprächen die Raumverhältnisse und Konstruktion des Gebäudes nicht entfernt den Bedürfnissen des Ortes. Die Forderung, daß Gemeindevertreter nicht zu Gemeindearbeiten zugelassen werden sollten, sei nur allzu berechtigt.

Die Angelegenheit wurde der Baukommission überwiesen.

Der Vertreter des Forstfiskus, Herr Kottmeier, stellte der Gemeinde das Ansinnen, in der Streitsache gegen den Fiskus wegen Zahlung der Grundwertsteuer für eingemeindetes Forstareal nachzugeben, damit drohend, ein wie mächtiger Nachbar der Fiskus sei, dem die Gemeinde ja doch öfter kommen müßte. Vom Vorsteher wurde in geschickter Weise dieser Wahn zerstreut und beschlossen, dem Streitverfahren seinen Lauf zu lassen.

Eine Petition betreffs Straßenherstellung im Ortsteil Ostend wurde dahin erledigt, daß den Anliegern die Aufbringung der Kosten hierfür nahegelegt wurde. Der stellvertretende Amtsvorsteher bezeichnete es als eine Unwahrheit, wenn in einem Wahlflugblatt durch den Genossen Grunow behauptet würde, die Arbeiter wären gelegentlich der Interpellation über die Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie durch die Vertretung beschimpft und verhöhnt worden.

Genosse Grunow gab die Erklärung ab, nichts von dem Gesagten zurückzunehmen, denn in der besagten Sitzung seien Ausdrücke, wie Mästen von Arbeitergroschen, hetzenden Führern usw., gefallen. Ein solches Herunterreißen von ehrenwerten Leuten, die Gesundheit, Familienglück für ihre Kollegen aufs Spiel setzen, empfinde er eben als Beschimpfung. Zudem brauchten ja auch die Arbeitgeber Leute, welche, vielleicht gegen eigene Ueberzeugung, deren Geschäfte in Arbeitsnachweisen usw. wahrnehmen. Daß übrigens diese angestellten Herren die größten Gemeinheiten gegen mißliebige Arbeiter vollbrächten, sei ja offenkundig.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden zurückgestellt.

Pankow.

Ein Sittlichkeitsattentat gegen eine Stotternde hat der Arbeiter K. aus der Mühlenstraße in Pankow begangen. Er gesellte sich kürzlich zur Frau eines Berliner Buchbinders, welche in den Abendstunden ihre in Pankow wohnhaften Angehörigen aufsuchen wollte, aber den Weg nicht kannte. K. versprach der Frau, den kürzesten Weg zu zeigen. Als er bemerkte, daß es seiner Begleiterin infolge eines Sprachfehlers schwer fiel, sich verständlich zu machen, gründete er darauf einen scheußlichen Plan. Er führte die arme Frau aufs freie Feld und warf sie zu Boden, um sie zu vergewaltigen. Wie der Unhold richtig vorausgesehen hatte, hinderte die Ueberfallene ihr Sprachfehler und der Schreck daran, vernehmlich um Hülfe zu rufen, so daß ihm das Verbrechen gelang. Dann flüchtete der verkommene Mensch und überließ sein Opfer ihrem Schicksal. Obwohl alsbald die Verfolgung des Sittlichkeitsverbrechers aufgenommen wurde, gelang es erst nach mehreren Tagen der Pankower Kriminalpolizei, den Täter zu ermitteln.

Teltow.

Vor einigen Tagen wurde in der Kantine des Schlächtermeisters Kaminsky, neben der Elberfelder Papierfabrik, ein Einbruch verübt, wobei einem 16jährigen polnischen Arbeiter Geld und Sachen gestohlen wurden. Auch ist aus der nebenliegenden Schmiede verschiedenes Handwerkszeug entwendet worden. Von dem Täter fehlt jede Spur. Eigentümlich ist, daß trotz der Aufmerksamkeit des für die Kantine wie für die Maschinen am Kanal postierten Wächters die Diebe ungestört hausen konnten.

Trebbin.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung stand die Beschlußfassung über den Schadenersatzanspruch der Frau Erpel in Höhe von 9223,50 M. auf der Tagesordnung. Genosse Hannemann wünscht vom Magistrat in dieser Sache genauen Aufschluß. Nach längerer Debatte wird auf Antrag des Stadtv. Rathnow die Sache einem Rechtsanwalt zur Begutachtung übergeben. Der nächste Punkt handelte von der Beschlußfassung über den Abschluß eines Vertrages mit dem Postfiskus bezüglich Erbauung eines Postgebäudes seitens der Stadt, sowie über Ankauf eines Grundstücks dazu; es wird dies zu Punkt „Beratung des Etats für 1906" gestellt. Dieser Punkt erforderte eine längere Debatte, an welcher sich besonders die Stadtvv. Rathnow und Ribbeck beteiligten und sich im allgemeinen dagegen aussprachen, da sie nicht ersehen könnten, welche Vorteile der Stadt durch den Postneubau entstehen. Der Magistratsbeschluß wird dann auch mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der nächste Punkt wird wegen vorgeschrittener Zeit vertagt. — Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Ausfall der Klage gegen Schönsee. Die Klage ist abgewiesen, und wird beschlossen, gegen das Urteil keine Berufung einzulegen.

Löwendorf bei Trebbin.

Am Sonnabend fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Ewald-Berlin über die neuen Steuervorlagen referierte. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Kohlmann und wies er besonders als Zigarrenarbeiter auf die elende Bezahlung in seiner Branche hin, welche durch die Vorlage noch schlechter würde. Nachdem referierte noch Genosse Ewald über die bevorstehende Gemeindewahl in Löwendorf. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Milius. Derselbe betonte, es müsse den Bauern gezeigt werden, wie groß unsere Zahl sei, und hofft, daß jeder einzelne zur Wahl gehe. Der Genosse Sälewski wird dann einstimmig als Kandidat aufgestellt und wird demnächst Löwendorf mit zwei Genossen in der Gemeinde vertreten sein. Unter Verschiedenem sprach auch noch der Gemeindevertreter Tanneberg, welcher sehr erregt war, daß jetzt mit einem Male in einer öffentlichen Versammlung die Vertreter aufgestellt würden, was doch sonst im „Klub" erledigt worden wäre. Genosse Ewald und Milius betonten jedoch, daß hier in der Versammlung die geeignetste Gelegenheit sei, und forderten die Anwesenden auf, alle in den Wahlverein einzutreten.

Potsdam.

Der Automobilomnibusverkehr zwischen Potsdam und seinen Vororten Bornstedt und Bornim, der am 1. Mai beginnt, kann vorläufig nur mit zwei Omnibussen, die zunächst nur bis zum Brandenburger Tor, später erst bis zum Bahnhof fahren, aufgenommen werden, weil die Daimlerwerke in Marienfelde infolge der für Berlin und andere Orte anzufertigenden Omnibusse nicht in der Lage sind, bis zum 1. Mai mehr Gefährte zu liefern.

Die Arbeiterbildungsschule für Potsdam und Umgegend hält heute (Donnerstag) bei Ladenthin eine für die weitere Entwickelung dieser Bildungsstätte wichtige Versammlung ab. Die Mitglieder sowohl wie auch die organisierte Arbeiterschaft im allgemeinen werden deshalb ersucht, vollzählig zu erscheinen. — Einen erfreulichen Beweis des wachsenden Interesses für die Arbeiterbildungsschule haben die Maler und Metallarbeiter in Nowawes-Neuendorf, sowie die Maler, Buchdrucker u. a. in Potsdam gegeben, indem sie namhafte Beiträge für dieselbe bewilligten. Mögen die anderen Organisationen bald nachfolgen.

Berliner Nachrichten.

Der gesunde Geist der Berliner Postillione.

Von den Unterbeamten der Post hat man gesagt, daß mancher unter ihnen nicht ganz unempfänglich für die Lockungen der Sozialdemokratie sei. Im Reichstag hat jetzt der brave Stöcker in der zweiten Lesung des Postetats sich mit Entschiedenheit gegen diese schnöde Verdächtigung ausgesprochen. Auf Grund seiner eigenen Beobachtungen hat er erklärt, daß „der Geist in diesen Kreisen überwiegend gesund" sei. „So weit ich mit diesen Kreisen in Berührung komme, finde ich," so sagte der furchlose Gottesstreiter, „einen gut monarchischen, gut vaterländischen Geist, einen Geist des Vertrauens zu den Behörden und der Leitung des Verkehrswesens."

Das war nett von Stöcker! Speziell für Berlin, wo die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger um sich schart, kann es nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Post-Unterbeamten trotz elender Bezahlung treu ausharren und ihr Vertrauen weder Herrn Stöcker noch Herrn Krätke noch sonstwem entziehen. Herr Stöcker hätte ruhig hinzufügen dürfen, daß Unterbeamte der Post wie auch anderer Verwaltungen des Staates sogar bereit sind, bei gewissen Wahlen ihre Ueberzeugung auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer zu brin-